

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Kai-Olaf Lang

Ostmitteleuropa nach dem Beitritt

Entwicklungen, Herausforderungen, Potentiale

S 2
Februar 2006
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2006

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Schlussfolgerungen
7	Mitgliedschaft im Zeichen fortschreitender Differenzierung
8	Innere Voraussetzungen und Entwicklungen
8	Interne Entwicklungsdiskrepanzen
9	Stetiges Wachstum, bleibender Reformbedarf
10	Hohe innenpolitische Fluktuation
10	Moderate Europaskepsis
12	Nach dem Beitritt, vor alten und neuen Herausforderungen
12	Neue außenpolitische Verortung?
13	Subregionale Kooperation
13	Finalisierung der Mitgliedschaft
14	<i>Euro-Übernahme</i>
16	<i>Wegfall der Grenzkontrollen</i>
17	<i>Übernahme und Anwendung des Gemeinschaftsrechts</i>
18	Welche EU?
19	Mögliche Kontroversen und Probleme
19	Außen- und sicherheitspolitische Präferenzen
19	<i>Russland und Europäische Nachbarschaftspolitik</i>
20	<i>USA und transatlantische Beziehungen</i>
20	Wirtschafts- und Sozialmodell
21	Innenpolitische Labilität
22	Aktive oder passive Mitgliedschaft?
25	Deutschland und die ostmitteleuropäischen Partner in der EU
29	Anhang: Länderporträts
33	Estland
36	Lettland
39	Litauen
44	Polen
44	Tschechische Republik
44	Slowakei
44	Ungarn
44	Slowenien
44	Abkürzungen

**Ostmitteleuropa nach dem Beitritt.
Entwicklungen, Herausforderungen, Potentiale**

Für die acht Länder aus dem östlichen Mitteleuropa, die am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, endete die Zwischenphase des postkommunistischen Übergangs mit der »Rückkehr nach Europa«. Für die Bundesrepublik und die EU insgesamt stellt sich daher die Frage, wie die Agenda der ostmitteleuropäischen Länder nach dem Beitritt aussieht und wie diese ihre Mitgliedschaft gestalten wollen. Wo liegen ihre besonderen Präferenzen? Welchen Herausforderungen müssen sie sich stellen? Werden sie in der Lage sein, die Mitgliedschaft erfolgreich zu nutzen?

Ein Blick auf den aktuellen Zustand der neuen Mitgliedsländer zeigt, dass die Sammelbezeichnung »neue Mitgliedsländer« schon bald obsolet werden könnte. Die einzelnen Länder in der Region entwickeln sich so unterschiedlich, dass die Interessen mittelfristig zunehmend auseinanderdriften dürften. Gleichwohl gibt es auch Gemeinsamkeiten: Ein jeweils beachtliches internes Entwicklungsgefälle wird auch durch das zumeist robuste Wirtschaftswachstum nicht entscheidend abgemildert. Vielfach labile Parteiensysteme sorgen für innenpolitische Unwägbarkeiten, etwa – wie im Herbst 2005 in Polen – den Vormarsch populistischer Parteien, mit denen jedoch in der Regel keine konfrontative außen- oder europapolitische Neuorientierung verbunden ist.

In den nächsten Jahren stehen die Länder der Erweiterungswelle von 2004 vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen müssen sie die Mitgliedschaft »finalisieren«, also die Binnenmarktintegration voranbringen und der Eingliederung in die Europäische Währungsunion bzw. in die Schengen-Zone näherkommen, zum anderen neue europa- und außenpolitische Ziele festlegen. Die Diskussion zu diesen Fragen hat eingesetzt, bedarf aber einer weiteren Konkretisierung. In einigen Ländern (wie in Polen) ist dazu ein neuer außenpolitischer Konsens vonnöten.

Vor diesem Hintergrund zeichnen sich auch die Themenbereiche ab, aus denen mittelfristig inner-europäische Kontroversen erwachsen können. Außen- und sicherheitspolitisch legen viele der neuen Mitglieder den Akzent auf eine Intensivierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, wobei – besonders deutlich im Falle Polens – diese als eine Vorstufe zur

Erweiterungspolitik verstanden wird. Gleichzeitig fordern Länder wie Polen oder die baltischen Staaten im Umgang mit Russland mehr Standhaftigkeit, eine gemeinsame europäische Positionierung und eine entschlossene Haltung gegenüber vermeintlicher russischer Dominanz im postsowjetischen Bereich. Die in allen neuen Mitgliedsländern zu erwartende graduelle »Europäisierung« des außen- und sicherheitspolitischen Handelns wird dort jedoch nicht mit einer Reduktion der atlantischen Komponente einhergehen. Insbesondere der Primat der Zusammenarbeit mit den USA in sicherheitspolitischen Fragen bzw. der Vorrang der transatlantischen Beziehungen vor der europäischen Sicherheitskooperation werden Bestand haben, auch wenn die europäische Dimension aufgewertet wird. Die Affinität vieler Beitrittsländer für das angelsächsische Sozial- und Wirtschaftsmodell birgt weiteren Konfliktstoff, wenngleich die reformorientierten Regierungen mit wachsender gesellschaftlicher Ablehnung eines wirtschaftsliberalen Kurses rechnen müssen.

Gelingt es den neuen Mitgliedsländern aus Ostmitteleuropa, ihre europa- und außenpolitischen Ziele klar zu definieren, die Mitgliedschaft zu »vollenden« und ihre Interessen ohne Konfrontationen durchzusetzen, dann können sie in einer wichtigen europäischen Transitregion als Exporteure von Stabilität und Prosperität fungieren. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist, ob *Polen und Ungarn* sich als willens und fähig erweisen, ihre Mitgliedschaft derart aktiv wahrzunehmen. Polen als das größte Land der Region kann der Europäischen Nachbarschaftspolitik durch seine Kenntnis der osteuropäischen Peripherie, vor allem der Ukraine, besondere Impulse verleihen; verweigert es sich jedoch einer elastischen Kompromissfindung in der EU, birgt es beachtliches negatives Potential. Ungarn wiederum kann als dynamisches und zugleich stabiles Element nach Südosteuropa hineinwirken – in die instabile Peripherie auf dem westlichen Balkan und als Vermittler von Erfahrungen gegenüber dem künftigen EU-Mitglied Rumänien. Innenpolitischer Zwist in Ungarn droht jedoch die Problematik der Auslandsungarn erneut anzufachen und die Beziehungen zu den Nachbarländern zu belasten.

Deutschland sollte bei der Gestaltung seiner Beziehungen zu den neuen Unionsmitgliedern diese besonderen Rollen Polens und Ungarns berücksichtigen und sein Beziehungsgeflecht zu den Ländern aus der Region insgesamt an einem mit multilateralen Aktionsformen angereicherten, intensivierten Bilate-

ralismus ausrichten. Thematisch und länderspezifisch fokussiert, sollte es den neuen Mitgliedern als flexibler und kooperationsbereiter Partner entgegentreten.

Angesichts der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik werden die einzelnen Länder vermutlich auch in der EU verschiedene Rollen einnehmen. Bis feststeht, welche Beitrittsländer die Vorteile der Mitgliedschaft genutzt haben und welche nur ihren Beitritt konsumieren wollen, werden jedoch fünf bis zehn Jahre verstreichen.

Mitgliedschaft im Zeichen fortschreitender Differenzierung

Die im Mai 2004 der Europäischen Union beigetretenen Länder aus dem östlichen Mitteleuropa waren niemals eine homogene Gruppe. Verbunden sind sie durch Geschichte und Geographie, also durch die Erfahrungen mit vier (oder mehr) Jahrzehnten totalitärer Diktatur, durch die Notwendigkeit postkommunistischer Systemtransformation auf vielerlei Ebenen und durch die Positionierung in einem geopolitisch prekären »Zwischeneuropa«. Dieselben Faktoren sorgen aber auch für Kontraste und Besonderheiten: Der »real existierende Sozialismus« nahm eben äußerst unterschiedliche Ausprägungen an, die sozial-ökonomische und politische Umgestaltung lief unter jeweils anderen Voraussetzungen ab und folgte abweichenden *trajectories*; das Verhältnis zu Nachbarn und Großmächten variiert nach wie vor deutlich, je nach »historischem Gepäck« und Ort auf der politischen Landkarte Europas.

Zu den sichtbarsten Entwicklungen, die die Region auch nach dem Beitritt charakterisieren werden, gehört eine wachsende zwischenstaatliche Differenzierung. Entgegen dem verbreiteten Eindruck, mit der Zehner-Erweiterung werde eine Gruppe weitgehend gleich gut vorbereiteter und in ihren Reformen ähnlich weit fortgeschrittener Länder in die Union aufgenommen, gab es im Hinblick auf Konvergenz und Harmonisierung zum EU-Durchschnitt von Anfang an substantielle Unterschiede unter den Neumitgliedern. Die Tschechische Republik etwa hatte noch vor dem Beitritt hinsichtlich der ordnungspolitischen und institutionellen Rahmenbedingungen, der makroökonomischen Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit das Durchschnittsniveau der vier Kohäsionsländer Irland, Griechenland, Portugal und Spanien erreicht. Lettland dagegen lag, was die genannten Parameter betrifft, nahe bei den reformpolitischen Nachzögern Bulgarien und Rumänien.¹ Obwohl in allen Ländern ein mehr oder weniger dynamisches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen ist, kann es nicht als gesichert gelten, dass auch die zum Zeitpunkt des

Beitritts weiter hinten liegenden Mitgliedstaaten ihren Abstand zu den anderen reduzieren werden. Im Gegenteil: Da bei Fähigkeiten wie Innovationskraft, Konkurrenzfähigkeit oder Verbreitung von Hochtechnologie, die für den wirtschaftlichen Aufholprozess strategisch wichtig sind, immense Diskrepanzen zu beobachten sind,² könnte die Schere künftig weiter auseinander gehen.

Sozial-ökonomische Strukturunterschiede haben abweichende Interessen und Ziele in wichtigen europäischen Politikfeldern zur Folge. Dynamische und/oder wohlhabendere Reformländer wie Estland, Slowenien oder die Tschechische Republik³ werden als potentielle Nettozahler einer Redimensionierung oder einem forschungs- und innovationsorientierten Umbau des EU-Haushalts offener gegenüberstehen als nominell arme oder agrarische Länder, die eher am Status quo und an umfangreichen regionalpolitischen oder landwirtschaftlichen Finanztransfers interessiert sind.

Außen- und sicherheitspolitisch bevorzugen die neuen Mitgliedsländer ebenfalls unterschiedliche Wege. Polen und die baltischen Staaten werden einen eher proamerikanischen und russlandskeptischen Kurs beibehalten, während die anderen Länder aus dem östlichen Mitteleuropa sich bemühen werden, ein Gleichgewicht zwischen dem europäischen und dem atlantischen Vektor herzustellen; auch der »russische Faktor« spielt in ihren Überlegungen keine ähnlich herausragende Rolle.

² So wird im Global Competitiveness Report 2004–2005 des Weltwirtschaftsforums ein kometenhafter Aufstieg Estlands in der Wettbewerbsfähigkeit vermerkt, während für andere Beitrittsländer deutliche Defizite diagnostiziert werden, vgl. Klaus Schwab/Michael E. Porter u.a. (Hg.), *Global Competitiveness Report 2004–2005*, Basingstoke/New York 2004, <www.weforum.org/pdf/Gcr/Executive_Summary_GCR_04>; siehe auch Schaubild 1 (»Wertschöpfung für die kapital- und arbeitsintensiven Wirtschaftszweige in den Mitgliedstaaten, 2001«) bei Hendrikus Storm, »Spezialisierung im Verarbeitenden Gewerbe in der EU«, in: *Statistik kurz gefasst, Industrie, Handel und Dienstleistungen (Eurostat)*, Nr. 41/2004, <http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY_OFFPUB/KS-NP-04-041/DE/KS-NP-04-041-DE.PDF>.

³ Vgl. Dietmar Hornung, »Drei sind reif für die EU«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.3.2004.

¹ Federico Foders/Daniel Piazzolo/Rainer Schweickert, *Fit für die EU? Indikatoren zum Stand der Wirtschaftsreformen in den Kandidatenländern*, Kiel: Institut für Weltwirtschaft, Juni 2002 (Kieler Diskussionsbeiträge, 389/390).

Innere Voraussetzungen und Entwicklungen

Das Verhalten der neuen Mitgliedstaaten in der Europäischen Union hängt zu einem beachtlichen Maße davon ab, mit welchen inneren Dauerproblemen sie konfrontiert sind. Als auf lange Sicht bedeutsamste Belastung könnten sich dabei die in fast allen Ländern zu beobachtenden internen wirtschafts- und sozialräumlichen Diskrepanzen erweisen. Die immensen Unterschiede in der regionalen Entwicklung lassen sich auch im Rahmen der EU-Strukturpolitik nur schwer beheben. Die politisch Verantwortlichen werden ihnen dauerhaft besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Innerhalb der Europäischen Union werden deshalb die meisten der 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten auf unabsehbare Zeit für ein wirksames und vor allem großzügig finanziertes System horizontaler Transfers zur Stimulierung regionaler Wachstumsimpulse oder Abmilderung regionaler Einkommensunterschiede eintreten.

Zwar werden die neuen Mitgliedsländer voraussichtlich auch in naher Zukunft mit einem satten Wirtschaftswachstum rechnen können, die anhaltend ungünstige Situation auf den meisten Arbeitsmärkten und weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme werden aber weiterhin für gesellschaftlichen und politischen Zündstoff sorgen. Das wiederum kann die innenpolitischen Auseinandersetzungen verschärfen. Die Aussichten auf eine rasche Stabilisierung der vielfach labilen und fragmentierten Parteiensysteme sind daher relativ gering; populistische Neueinsteiger und ein polarisierender Politikstil werden auch künftig gute Chancen haben. Die unmittelbar nach dem Beitritt zu beobachtende Tendenz eines Rückgangs europaskeptischer Stimmungen könnte sich vor diesem Hintergrund wieder umkehren.

Interne Entwicklungsdiskrepanzen

In allen Ländern, die im Mai 2004 der EU beigetreten sind, gibt es ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle oder, genauer, ein Gefälle zwischen hauptstädtischer Agglomeration und ländlicher Peripherie. Mancherorts (wie in Polen, Ungarn oder der Slowakei) besteht ein klarer West-Ost-Gegensatz, mit entwickelten Regionen in

Grenzregionen zur alten EU und stagnierenden Gebieten etwa an der neuen EU-Außengrenze. Vielfach sind diese strukturellen Unterschiede aus kommunistischen oder vorkommunistischen Zeiten »erbt« und haben sich nach 1989 verfestigt oder sogar verstärkt. Ein Blick auf das wirtschaftsgeographische Profil der Regionen verdeutlicht, wie sehr die Beitrittsländer von der Struktur der »alten« EU abweichen. Leben in Westeuropa etwa 80 Prozent der Bevölkerung in »metropolitanen, industriellen oder tertiären Kernregionen«, sind es in Mittel- und Osteuropa lediglich 7 Prozent. Nach der jetzigen Erweiterungsrunde leben mehr als 140 Millionen Menschen in peripheren Agrar-, Industrie- und Dienstleistungsregionen; das sind fast doppelt so viele wie in der EU der 15.⁴

Mittlerweile sind sich die politischen Eliten in den neuen Mitgliedsländern der Problematik, die sich aus diesen territorialen Spaltungen ergibt, bewusst. Ein Ungarn, Polen oder Litauen »der zwei Geschwindigkeiten«⁵ würde auf ein Nebeneinander von einem oder mehreren binnenmarktintegrierten Entwicklungskernen und einer vom europäischen Mainstream abgekoppelten Randzone hinauslaufen. Zu den damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen gehört auch das Risiko einer territorialpolitischen Polarisierung vieler Länder – hier prosperierende Regionen mit vorwiegend moderaten und proeuropäischen Einstellungen, da periphere Zonen mit einer Präferenz für populistische und euroskeptische Orientierungen.

Ob strukturpolitische Maßnahmen Abhilfe schaffen werden, ist unklar. Erfahrungen aus der alten EU zeigen, dass solche Diskrepanzen durch Regionalpolitik allein nicht behoben werden können. Selbst dort, wo sich, wie im Falle der alten Kohäsionsländer Irland, Spanien, Portugal und Griechenland, Konvergenz auf

⁴ Martin Heidenreich, »Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 55 (2003) 1, S. 31–58 (46f).

⁵ Das Bild vom »Ungarn der zwei Geschwindigkeiten« stammt vom jetzigen ungarischen Ministerpräsidenten Gyurcsány, vgl. Ferenc Gyurcsány, »Merjünk baloldalnak lenni! 10 pontban a modern Magyarországról és a baloldalról« [Wagen wir es, links zu sein! In zehn Punkten über ein modernes Ungarn und die Linke], in: *Mozgó világ*, (2004) 3.

Tabelle 1
Wirtschaftliche Indikatoren der neuen Mitgliedsländer (für 2005: Prognose)

	BIP*		Konsumentenpreise*		Arbeitslosenquote**		Staatsverschuldung***	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Estland	7,8	7,7	3,0	3,7	9,7	9,3	1,7	0,6
Lettland	8,3	9,0	6,2	6,6	10,4	9,8	1,1	0,8
Litauen	7,0	6,5	1,2	2,8	11,4	10,5	1,4	2,0
Polen	5,4	3,2	3,5	2,1	19,1	18,2	3,9	3,9
Tschechien	4,4	4,8	2,8	1,9	10,2	9,7	3,0	3,5
Slowakei	5,5	5,0	7,5	3,0	14,3	11,5	3,1	3,0
Ungarn	4,2	3,7	6,8	3,7	6,1	7,1	5,4	6,1
Slowenien	4,2	3,8	3,6	2,5	6,3	6,2	2,1	1,9

* Bruttoinlandsprodukt, Veränderung zum Vorjahr in %.

** Jahresdurchschnitt in %.

*** In % des BIP.

Quelle: Bank Austria Creditanstalt, *CEE-Report*, (2005) 4, <www.ba-ca.com/informationpdfs/CEE_4-2005.pdf>.

nationalstaatlicher Ebene verzeichnen lässt, ging dieser Prozess mit wachsender regionaler Divergenz einher.⁶ Für Länder wie Griechenland und Spanien wurde dezidiert festgestellt, »there is no statistical evidence that Structural Funds have had a positive impact upon the growth rates of either labour or total factor productivity in the poorer regions«.⁷ Auch in den neuen Mitgliedsländern gibt es daher Befürchtungen, dass bestehende raumwirtschaftliche Unterschiede künftig noch zunehmen.⁸ Zumindest werden sie entsprechend den angesprochenen Mustern mittelfristig fortbestehen.

Stetiges Wachstum, bleibender Reformbedarf

In allen ostmitteleuropäischen Beitrittsländern wird sich auf absehbare Zeit ein stabiles Wirtschaftswach-

tum fortsetzen; 2005 liegt es zwischen 4 und 9 Prozent (siehe Tabelle 1). Neben den kleinen, agilen Reformvorreitern, die ein äußerst dynamisches Wachstum aufweisen können (baltische Staaten, Slowakei), schreiten auch die größeren Volkswirtschaften stetig voran und haben ihre Schwächephase vom Ende der neunziger Jahre und Anfang des laufenden Jahrzehnts (Tschechische Republik, Polen) definitiv hinter sich gelassen. Das Wachstum speist sich gegenwärtig stärker als früher aus einer Expansion der Investitionstätigkeit. Vor allem die Länder, die in den letzten Jahren einen hohen Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen verbuchen konnten (Tschechische Republik, Ungarn, Estland), erzielten ein kräftiges Exportwachstum. Doch auch andere Länder in Ostmitteleuropa steigerten erfolgreich ihre Ausfuhren, so dass sich insgesamt das Handelsbilanzdefizit der neuen Mitgliedsländer reduzierte.⁹

Auf den Arbeitsmärkten hat sich das stetige Wirtschaftswachstum bislang allerdings kaum niedergeschlagen. Die Arbeitslosenquote rangiert mit Ausnahme Ungarns und Sloweniens zwischen knapp 10 und 19 Prozent. Nur in der Slowakei konnte der Anteil der Beschäftigungslosen in den letzten Jahren deutlich reduziert werden, er liegt aber dort immer noch bei 13 Prozent.

All diesen Ländern stehen in den nächsten Jahren Strukturreformen – vor allem der Umbau der sozialen

6 Vgl. Rolf Caesar/Konrad Lammers/Hans-Eckart Scharrer (Hg.), *Konvergenz und Divergenz in der Europäischen Union: empirische Befunde und wirtschaftspolitische Implikationen*, Baden-Baden 2003 (Veröffentlichungen des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Bd. 74).

7 Michel Boldrin/Fabio Canova, *Inequality and Convergence: Reconsidering European Regional Policies*, Paper presented at the 31st Panel Meeting of »Economic Policy«, Lissabon, 14.–15.4.2000, S. 35, <www.econ.umn.edu/~mboldrin/Papers/ep.pdf>.

8 Marek W. Kozak, »Skutki integracji z UE dla polskich regionów« [Folgen der Integration mit der EU für die polnischen Regionen], in: *Korzyści i koszty członkostwa Polski w Unii Europejskiej* [Nutzen und Kosten der Mitgliedschaft Polens in der EU], Warschau: Centrum Europejskie Natolin, 2003, S. 67–95.

9 *Xplicit*, *CEE-Kommentar* (Bank Austria Creditanstalt), (2005) 1, <www.ba-ca.com/informationpdfs/Xplicit_CEE-Kommentar_14-01-05_g.pdf>.

Sicherungssysteme – bevor, durch die sie, nicht zuletzt mit Blick auf die Euro-Einführung, eine nachhaltige Budgetkonsolidierung bewerkstelligen wollen. Naturgemäß wird es dabei zu intensiven Verteilungskämpfen kommen. In Anbetracht des Vormarschs oppositioneller oder populistischer Parteien könnten Regierungen dann dazu neigen, zurückzuweichen und die Haushaltssanierung zu verwässern. Vor allem in den größeren Neumitgliedsländern Polen, Ungarn und Tschechische Republik, in denen zwischen Frühjahr 2005 und Sommer 2006 Wahlkämpfe stattfinden, dürften energische Sparpakete – wenn überhaupt – erst nach der Konstituierung neuer Regierungen aufgelegt werden. Die aus den polnischen Parlamentswahlen hervorgegangene Administrative sendete erst einmal widersprüchliche Signale aus: Während die neue Finanzministerin eine Lockerung der fiskalischen Austerität forderte, stellte der Premierminister eine moderate Rückführung des Haushaltsdefizits in Aussicht.

Hohe innenpolitische Fluktuation

Für die meisten Beitrittsländer ist zudem ein hoher Grad an innenpolitischer Fluktuation kennzeichnend. Nur in begrenztem Maße haben sich Bindungen zwischen Wählern und Parteien herausgebildet. Die Wähler wechseln deshalb schneller zu politischen Alternativen als in der »alten EU«, und auch die Pendelbewegung zwischen Regierung und Opposition ist hier ausgeprägter. Regierungsparteien werden häufiger durch »negatives Wählen« abgestraft. Vor allem in den baltischen Staaten und in Polen sind die Parteiensysteme in ständigem Wandel. In Estland, Lettland und Litauen gingen aus den letzten Parlamentswahlen Parteien als Sieger hervor, die erst in der vorausgegangenen Legislaturperiode in Erscheinung getreten waren. In Polen hat die sozialdemokratische Linksallianz bei den Parlamentswahlen vom September 2005 nicht weniger als 30 Prozentpunkte verloren. Die Rechte und die rechte Mitte in Polen werden sich möglicherweise komplett neu organisieren.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, die als »second-order-elections« ohnehin den Charakter von »Denkzettelwahlen« besitzen, fiel denn auch das Nein zu den Regierungskoalitionen in den neuen Mitgliedstaaten deutlicher aus als in den alten EU-Ländern. Regierende Parteien wie die tschechische Sozialdemokratie oder die polnische Linksallianz erlitten Einbußen gegenüber den vorangegangenen

nationalen Wahlen von 20 bis 30 Prozentpunkten. Im Schnitt verloren die Regierungsparteien knapp 20 Prozentpunkte – doppelt so viel wie in der EU-15. In mehreren Ländern (Polen, Tschechische Republik, Ungarn) kam es daraufhin zu Regierungsumbildungen.

Schwache Loyalitäten von Wählern gegenüber den Parteien, häufige Veränderungen auf der politischen Angebotsseite sowie Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Akteuren schaffen nicht zuletzt Raum für konfrontative und demagogische Politik. Radikale und populistische Parteien und Politiker können in den Beitrittsländern immer wieder reüssieren.¹⁰ Besonders anschauliche Beispiele hierfür sind die zahlreichen Erfolge nationalistischer oder radikaler Parteien bei den Wahlen zum Europaparlament im Beitrittsjahr 2004, der Einzug zweier kontroverser Kandidaten in die zweite Runde der slowakischen Präsidentschaftswahlen oder die Siege des dubiosen litauisch-russischen Geschäftsmanns und Politikers Viktor Uspaskich mit seiner Arbeitspartei und anderer populistischer Parteien bei den litauischen Parlamentswahlen. National- und linkspopulistische sowie radikale Gruppierungen unterschiedlicher Couleur verfügen in vielen Beitrittsländern über ein Stimmpotential zwischen 10 und 40 Prozent. Noch stärker sind »gemäßigte« Populisten einzuschätzen, also Politiker und Parteien, die kein klares Profil haben, eventuell der Mitte des politischen Spektrums zuzurechnen sind, jedenfalls keine Anti-System-Politik verfolgen, sich aber eines aggressiven, polarisierenden Politikstils bedienen. Diese Kräfte sind – im Unterschied zu den meisten »radikalen« Strömungen – durchaus mehrheitsfähig. Als Prototyp darf die polnische Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) gelten, die mit einem national und sozial orientierten Konservatismus die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom September 2005 für sich entschied.

Moderate Europaskepsis

Bislang ist der vielfach befürchtete »Beitrittskater«, Enttäuschung angesichts erst mittel- und langfristig greifender positiver Effekte nach den hohen Erwartungen, die an die EU-Mitgliedschaft gestellt wurden,

¹⁰ Kai-Olaf Lang, »Politische Profile der neuen Mitgliedstaaten aus Ostmitteleuropa und ihre Bedeutung für die Europäische Union«, in: *Integration*, 27 (Mai 2004) 1–2, S. 12–27.

Tabelle 2
Einschätzung der EU-Mitgliedschaft vor und nach dem Beitritt

Frage: »Die Mitgliedschaft in der EU ist eine ...«

	Tschechien		Estland		Ungarn		Litauen		Lettland		Polen		Slowakei		Slowenien	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
gute Sache	41	44	31	41	45	39	33	36	52	57	42	54	46	50	40	43
schlechte Sache	17	11	21	11	15	14	22	15	12	12	18	8	9	7	13	9
weder noch	28	44	39	42	32	42	38	47	30	27	33	34	39	42	44	46

a = Candidate Countries Eurobarometer, 2004.1, Untersuchungszeitraum Februar–März 2004.

b = Eurobarometer 64, Untersuchungszeitraum Oktober–November 2005.

Quelle: Eurobarometer 61 – *Candidate Countries Eurobarometer 2004.1, Comparative Highlights*, Mai 2004,

<http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/cceb/2004/cceb_2004.1_highlights.pdf>;

Eurobarometer 64, First Results, *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union*, Standard Eurobarometer, Dezember 2005,

<http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_first_de.pdf>.

ausgeblieben. Die ersten anderthalb Jahre in der Europäischen Union wurden in den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern durchweg positiv aufgenommen und führten überall¹¹ zu einer wachsenden Zustimmung zur Mitgliedschaft (siehe Tabelle 2). In Polen, dem größten Beitrittsland, erreichte die Befürwortung der »europäischen Integration« Werte, die zuletzt 1996 erzielt worden waren. Nach dem Beitritt erhöhte sich selbst die Europa-Freundlichkeit unter den traditionell wenig EU-begeisterten polnischen Bauern.¹²

Zwar gab es Erfolge europaskeptischer Parteien bei den Wahlen zum Europaparlament, doch sollten diese nicht überbewertet werden. Hinter dem Zuspruch, den diese Parteien erfuhren, stand in den meisten Fällen nicht die Ablehnung der EU, sondern die Absicht, den Regierungsparteien eine Lektion zu erteilen. Dementsprechend waren es vielfach nicht europäische, sondern innenpolitische Themen, die den Wahlkampf prägten. Überdies konnten in mehreren Beitrittsländern auch dezidiert proeuropäische Parteien und Politiker reüssieren, so in Estland (Sozialdemokraten), Polen (Freiheitsunion, Sozialdemokratie), der Tschechischen Republik (Josef Zieleniec und

die Europäischen Demokraten) oder Slowenien (Lojze Peterle).

Gleichwohl sollte man sich davor hüten, aus diesen Sachverhalten eine dauerhaft hohe EU-Akzeptanz abzuleiten. Immer noch gibt es einen hohen Anteil von neuen Unionsbürgern ohne eigene Position zur EU. Diese und viele der kurzfristig ins Lager der Proeuropäer Übergewechselten können ihre Meinung leicht ändern. Dies zeigt sich etwa im Zusammenhang mit den Einstellungen zum Verfassungsvertrag. In Polen und der Tschechischen Republik lagen in Umfragen lange Zeit die Befürworter des Vertrags klar vorn. Nach dem negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden machten indes die Gegner des Verfassungsvertrags Boden wett; die Zustimmung zum Vertrag ging jedenfalls stark zurück.

¹¹ Mit Ausnahme Ungarns, wo der Rückgang aber schwach ausfiel und das Lager der EU-Gegner ebenfalls schwächer wurde.

¹² Letzteres wird mit der Aussicht auf die unmittelbar in die Taschen der polnischen Landwirte fließenden Direktzahlungen in Zusammenhang gebracht, vgl. *Wzrost Poparcia dla Członkostwa w UE i Przyjęcia Europejskiej Konstytucji* [Anstieg der Unterstützung für die Mitgliedschaft in der EU und die Annahme der Europäischen Verfassung], Warschau: Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS), November 2004 (Raport z badań, Nr. 181), <www.cbos.pl>.

Nach dem Beitritt, vor alten und neuen Herausforderungen

Für die Länder Ostmitteleuropas hat sich mit dem EU-Beitritt manches geändert, aber vieles ist gleich geblieben. Neben neuen Aufgaben harren zahlreiche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme, die schon Jahre vor der Erlangung der Mitgliedschaft bekannt waren, weiterhin der Lösung – wenn auch unter veränderten Rahmenbedingungen. Mit Blick auf die EU stehen, abgesehen von der zentralen Aufgabe, längerfristig wirtschaftliche Konvergenz sicherzustellen, außenpolitische Herausforderungen, die Positionierung hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der EU und die »Finalisierung« der Mitgliedschaft im Vordergrund.

Die außenpolitische Dimension der »Nach-Beitritts-Agenda« umfasst die Festlegung außen- und sicherheitspolitischer Prioritäten, die der Zäsur EU-Mitgliedschaft Rechnung tragen, und die Suche nach Partnern in der Union. Dabei müssen sich die Neumitglieder insbesondere vergewissern, welchen Stellenwert die vor dem Beitritt verbal immer wieder hervorgehobene Kooperation mit geographischen Nachbarn im Rahmen subregionaler Strukturen hat. Eine durch den Beitritt vorgegebene, »harte« Handlungsanforderung resultiert aus der Eingliederung in Integrationsprojekte, denen die neuen Mitgliedsländer noch nicht angehören (Euro-Einführung, Schengen-Zone), und ergibt sich außerdem aus der stringenten Umsetzung des rechtlichen Besitzstandes der Gemeinschaft. Schließlich müssen sich die neuen Mitglieder vergewissern, welches Leitmodell oder zumindest welche Kernelemente die künftige EU aufweisen soll.

Neue außenpolitische Verortung?

In allen Ländern gibt es Diskussionen über eine »neue« Außenpolitik nach dem EU-Beitritt bzw. nach der Realisierung der außen- und sicherheitspolitischen Fundamentalarziele EU- und Nato-Mitgliedschaft. Vielfach wurden oder werden außen-, sicherheits- oder verteidigungspolitische Grundlagendokumente novelliert. Dabei tauchen durchgängig drei große Themen auf:

- ▶ der Ruf nach funktionierenden transatlantischen Beziehungen und einer langfristig gesicherten

strategischen Verkopplung zwischen Europa und Amerika;

- ▶ die Forderung nach einer Aufwertung der Kooperationsbeziehungen mit den östlichen bzw. südöstlichen Nachbarn der größeren Europäischen Union;
- ▶ der Wunsch, die Außenpolitik der EU stärker als bislang als »gemeinsames« Projekt zu begreifen.

Die Länder Ostmitteleuropas, so der Eindruck, den diese Dokumente und die einschlägigen Debatten vermitteln, wollen sich als gute Unionsmitglieder profilieren; sie möchten zu einem »euroatlantischen« Westen dazugehören und ihre Randlage in der EU durch die Stabilisierung des unmittelbaren Umfeldes bzw. die Fortführung des Erweiterungsprozesses entschärfen oder gar überwinden.

Die Diskussionen über neue außenpolitische Ziele können indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich häufig lediglich um gut gemeinte Absichtserklärungen handelt. Nur selten stehen ausdifferenzierte Maßnahmenkataloge oder stringente Konzeptionen dahinter. Am ehesten werden konkrete Überlegungen im Rahmen der Nachbarschaftspolitik angestellt. Hier sind – etwa von Polen, Litauen oder Ungarn – sogar konzeptionelle Vorschläge präsentiert und Aktivitäten initiiert worden. Sichtbarster Ausdruck des Interesses an der Europäischen Nachbarschaftspolitik war bisher das polnische bzw. polnisch-litauische Engagement während der Ukraine-Krise Ende 2004.

Unverkennbar ist auch, dass zwar in einigen Ländern (etwa den baltischen Staaten) die neu gefassten außenpolitischen Prioritäten von allen relevanten politischen Akteuren bejaht werden, in anderen aber ein neuer außenpolitischer Konsens auf sich warten lässt. Zumindest in Polen und der Tschechischen Republik streiten die führenden Parteien über die Grundausrichtung der Europapolitik und die Frage, welchen Partnern der Vorrang zu geben ist. Hier stehen europaskeptische und ideologisch stärker am angloamerikanischen Raum orientierte Strömungen integrationsfreundlichen Kräften gegenüber.

Subregionale Kooperation

Alle ostmitteleuropäischen Länder sind gewillt, subregionale Kooperationsformen auch nach dem EU-Beitritt aufrechtzuerhalten. Die Regierungschefs Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns bekräftigten am 12. Mai 2004 ihre Entschlossenheit zur weiteren Zusammenarbeit im Rahmen der Visegrád-Gruppe. Die vierseitige Kooperation soll der Stärkung der regionalen Identität dienen und sich auf konkrete Vorhaben konzentrieren.¹³ Damit zog man die Lehre aus einem knapp eineinhalb Jahrzehnte währenden halbherzigen Miteinander, das von divergenten nationalen Interessen geprägt war, die ein solidarischeres Verhalten häufig blockierten.

Die Visegrád-Gruppe hat also ihren Anspruch nach unten korrigiert und sich von der unrealistischen Idee einer regionalen Schicksals- und Interessengemeinschaft verabschiedet. Vielmehr versteht sie sich nun als eine pragmatische Zweckgemeinschaft, die auf der gesellschaftlichen Ebene Kontakte vertiefen und gemeinsame Projekte voranbringen möchte, in strategischen Fragen indes nur punktuell nach Koordination strebt.¹⁴

Auch die baltischen Staaten möchten ihre trilaterale Zusammenarbeit fortführen, diese aber in zunehmendem Maße in ein System multipler regionaler Kooperationszusammenhänge einfügen – vor allem in den Ostseerat und in die Partnerschaft mit den Nordischen Ländern oder im Rahmen des Baltischen Entwicklungsforums bzw. der Nördlichen Dimension.¹⁵ Anders als die oft schwerfällige oder vage Vise-

grád-Kooperation scheint der Ansatz der baltischen Staaten effektiver und flexibler zu sein, eröffnet er doch die Möglichkeit, Initiativen mit regionaler oder europäischer Reichweite in unterschiedlichen Foren zu lancieren. Aus Sicht der Partnerländer ist von Bedeutung, dass sich die Kooperation zwischen den drei baltischen Staaten – ungeachtet der Vorbehalte gegenüber einer übermäßigen Vernetzung – soweit eingespielt hat, dass der Dialog mit diesen Ländern auch im Format 1+3 geführt werden kann. Mit den Visegrád-Staaten ist so etwas bislang nicht machbar.¹⁶

So oder so stellen die regionalen Kooperationsstrukturen im östlichen Mitteleuropa keine neuen Machtblöcke in der erweiterten EU dar. Ihr Potential besteht darin, grenzübergreifende Kooperationsvorhaben in der betreffenden Region aufzuzeigen und eventuell zu implementieren sowie Anstöße aus den Ländern zu bündeln und den Partnern in der EU darzustellen. Dies kann eine Chance für die gesamte Region sein.

Finalisierung der Mitgliedschaft

Noch sind die neuen Mitgliedsländer nicht vollständig in das Regelsystem der EU integriert. Rund 300 Übergangsregelungen, die während der Beitrittsverhandlungen festgelegt wurden, haben zum Teil bis ins Jahr 2017 Bestand.¹⁷ Der Beitritt zur Eurozone und zum sogenannten Schengen-Raum – der Zone, in der Personenkontrollen an den Binnengrenzen entfallen – steht noch aus.

¹³ *Declaration of Prime Ministers of the Czech Republic, the Republic of Hungary, the Republic of Poland and the Slovak Republic on co-operation of the Visegrád Group countries after their accession to the European Union* (Abschnitt »Guidelines on the future areas of Visegrad co-operation«), 12.5.2004, <www.visegradgroup.org/documents/visegraddeclaration2004.pdf>.

¹⁴ Bezeichnend ist, dass es während der Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau 2007–2013 zu intensiven Konsultationen zwischen den Visegrád-Ländern kam, sich jedoch noch im Vorfeld des entscheidenden EU-Gipfels Ende Dezember 2005 zeigte, dass die vier Länder zu keiner einheitlichen Linie finden würden. Unmittelbar danach betonte der slowakische Premier Dzurinda denn auch, dass Visegrád keine »Lobby-Gruppe« in der EU werden dürfe, da solche Institutionen ohnehin nicht zur Problemlösung innerhalb der Union beitragen würden, »Dzurinda: V4 by nemala v EÚ pôsobí ako lobistické zoskupenie« [Dzurinda: Die Visegrád-Gruppe sollte in der EU nicht als Lobby-Gruppe fungieren], in: SME Online, 1.1.2006.

¹⁵ Vgl. u.a. *Latvijas ārpolitikas pamatvirzienu projekts 2005–2009* [Projekt »Hauptrichtungen der Außenpolitik Lettlands für die

Jahre 2005–2009«], 22.11.2004, <www.mfa.gov.lv/lv/Arpolitika/arpolitikas-pamatvirzieni-2009/>; Kristina Ojuland (Minister of Foreign Affairs of the Republic of Estonia), *Main Guidelines of Estonia's Foreign Policy, Address to the Riigikogu on behalf of the Government of Estonia*, 8.6.2004; <www.vm.ee/eng/euro/kat_314/4567.html>; Artūras Paulauskas (Acting President of the Republic of Lithuania), *Speech at Vilnius University, on Lithuania's New Foreign Policy*, 24.5.2004, <www.urm.lt/popup2.php?item_id=8496>; Valdas Adamkus (President of the Republic of Lithuania), *Address during the Meeting of the Heads of Foreign Diplomatic Missions in Lithuania*, 14.7.2004, <www.president.lt/en/news.full/5126>; *Agreement between Political Parties of the Republic of Lithuania on the Main Foreign Goals and Objectives of Lithuania for 2004–2008*, 5.10.2004 <www.urm.lt/popup2.php?nr=1&item_id=255>.

¹⁶ Die Visegrád-Gruppe kennt zwar ein Format 4+1, allerdings kam dies bislang nur gegenüber Nicht-EU-Partnern (wie etwa der Ukraine) zur Geltung.

¹⁷ Vgl. Barbara Lippert, »Glanzloser Arbeitserfolg von epochaler Bedeutung: eine Bilanz der EU-Erweiterungspolitik 1989–2004«, in: dies. (Hg.), *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Baden-Baden 2004, S. 13–71 (51ff).

Tabelle 3
Entwicklung der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Konvergenzkriterien laut letztem Konvergenzbericht

	Rechts- anglei- chung September 2004	Inflation HVPI ¹ August 2004	Finanzlage der öffentlichen Hand					Wechselkurs: Teilnahme am WKM II September 2004	Lang- frist- zinsen ³ August 2004	
			übermäßiges Defizit? ²	Defizit ² (% des BIP)	Öffentliche Verschuldung (% des BIP)	Veränderung im Vergleich zum Vorjahr				
						2003	2003			2003
Referenzwert		2,4 ⁴		3,0	60,0				6,4 ⁵	
Tschechische Republik	nein	1,8	ja ⁶	12,6	37,8	9,0	3,5	7,1	nein	4,7
Estland	nein	2,0	nein	-3,1	5,3	0,0	0,9	-0,3	ja ⁷	4,6 ⁸
Zypern	nein	2,1	ja ⁶	6,4	70,9	3,5	3,1	2,7	nein	5,2
Lettland	nein	4,9	nein	1,5	14,4	0,3	-0,8	2,0	nein	5,0
Litauen	nein	-0,2	nein	1,9	21,4	-1,0	-0,5	-0,9	ja ⁷	4,7
Ungarn	nein	6,5	ja ⁶	6,2	59,1	1,9	3,7	-1,9	nein	8,1
Malta	nein	2,6	ja ⁶	9,7	71,1	8,4	0,5	5,8	nein	4,7
Polen	nein	2,5	ja ⁶	3,9	45,4	4,3	4,4	-0,1	nein	6,9
Slowenien	nein	4,1	nein	2,0	29,4	-0,1	1,4	0,7	ja ⁷	5,2
Slowakei	nein	8,4	ja ⁶	3,7	42,6	-0,7	-5,4	-1,2	nein	5,1
Schweden	nein	1,3	nein	-0,3	52,0	-0,6	-1,8	1,6	nein	4,7
EUR-12		2,1		2,7	70,7	1,3	-0,1	-0,9		4,3
EU-25		2,1		2,8	63,3	1,7	-0,5	-0,8		4,6

1 Prozentuale Veränderung des arithmetischen Mittels des Zwölfmonatsdurchschnitts des Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) gegenüber dem arithmetischen Mittel des Zwölfmonatsdurchschnitts des HVPI des Vorjahres.

2 Ein negatives Vorzeichen bedeutet einen Überschuss.

3 Zehnjährige Staatsanleihen; Durchschnitt über die letzten 12 Monate.

4 Für diesen Bericht gültige Definition: das einfache arithmetische Mittel der Inflationsraten der drei Mitgliedstaaten mit der geringsten positiven Inflation plus 1,5 Prozentpunkte.

5 Für diesen Bericht gültige Definition: das einfache arithmetische Mittel des Zwölfmonatsdurchschnitts der Zinssätze für die drei Mitgliedstaaten, die für die Berechnung des Inflationsreferenzwertes herangezogen wurden, plus 2 Prozentpunkte.

6 Entscheidung des Rates vom 5. Juli 2004.

7 Seit 28. Juni 2004.

8 Bankkreditzinsen, nicht direkt vergleichbar mit den Langfristzinsen der anderen Mitgliedstaaten.

Quelle: »Kommission verabschiedet Konvergenzbericht 2004 zur Eurotauglichkeit«, IP/04/1251, Brüssel, 20.10.2004, S. 3,

<<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/1251&format=PDF&aged=0&language=DE>>.

Euro-Übernahme

Laut Konvergenzbericht der EU-Kommission vom Herbst 2004¹⁸ erfüllte zum damaligen Zeitpunkt keines der »Länder mit Ausnahmeregelungen«,¹⁹ also auch keines der ostmitteleuropäischen Neumitglieder,

18 Commission of the European Communities, *Convergence Report 2004*, Brüssel, 20.10.2004, COM(2004) 690, <http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2004/cr2004_en.pdf>.

19 Gemeint sind die zehn Beitrittsländer aus dem Jahre 2004 sowie Schweden, also jene Staaten, die nicht der EWU angehören, jedoch anders als Großbritannien und Dänemark keine Opt-out-Regelung erstritten haben.

die zur Einführung des Euro notwendigen Voraussetzungen (siehe Tabelle 3). Allerdings bestehen bei der Annäherung an die »Maastrichter« Konvergenzkriterien (Budgetdefizit, Staatsverschuldung, Preisstabilität, langfristige Zinsen, Wechselkursstabilität) erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Die baltischen Staaten und Slowenien haben dank niedriger Haushaltsdefizite gute Chancen, den fiskalischen Erfordernissen dauerhaft zu genügen. Estland und

Tabelle 4

Möglicher Verlauf der Osterweiterung der Europäischen Währungsunion auf der Zeitachse

Estland	Beigetreten 28.06.2004			Möglicher Beitritt 2007						
Litauen	Beigetreten 28.06.2004			Möglicher Beitritt 2007						
Slowenien	Beigetreten 28.06.2004			Möglicher Beitritt 2007						
Lettland	Beigetreten 02.05.2005			Möglicher Beitritt 2008						
Slowakei	Beigetreten 28.11.2005			Möglicher Beitritt Januar 2009						
Tschechien				Möglicher Beitritt 2008			Möglicher Beitritt 2010			
Polen				Möglicher Beitritt 2008			Möglicher Beitritt 2011			
Ungarn				Möglicher Beitritt Januar 2009			Möglicher Beitritt 2011			
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013

Quelle: Auf der Grundlage von Credit Suisse Economic Research, »Osterweiterung der Währungsunion – eine Frage der Zeit«, in: *Spotlight*, 13.6.2005, <http://emagazine.credit-suisse.com/data/_product_documents/_articles/107767/spo_0506_osterw_wu_de.pdf>.

Litauen (sowie die Tschechische Republik) haben überdies auch die Preissteigerung im Griff.²⁰

In den größeren Beitrittsländern, insbesondere in Polen und Ungarn, wo die Regierungen wegen der erheblichen Konsolidierungsanstrengungen mit beachtlichen politischen Kosten rechnen müssen, gestaltet sich die Situation schwieriger.²¹ Schließlich erschwert bzw. unterbindet die Einschränkung haushalts-, geld- und wechselkurspolitischer Gestaltungsspielräume sowohl ein Gegensteuern bei konjunkturu-

rellen Abwärtsbewegungen als auch die Kompensation struktureller Schwächen bei der Konkurrenzfähigkeit durch Abwertungspolitik.

Da die Regierungen bei ihrer Entscheidung für das Tempo der Euro-Vorbereitung außerdem die von Land zu Land variierenden Vorteile der Euro-Einführung berücksichtigen, wird sich die wahrscheinliche Erweiterung der Währungsunion mindestens auf den Zeitraum 2007 bis 2010/2011 verteilen (siehe Tabelle 4).²² Statt zu einer »großen Eurozonen-Erweiterung« wird es also zur Aufnahme kleiner Konvois kommen.²³ Estland, Litauen und Slowenien, die dem Europäischen Wechselkursmechanismus II (WKM II) bereits im Sommer 2004 beigetreten sind, haben die besten Aussichten, schon 2007 die Gemeinschaftswährung einzuführen; Lettland, das zusammen mit Malta und Zypern seit Mai 2005 dem WKM II angehört, möchte Anfang 2008 »Euro-bereit« sein, muss aber vielleicht aufgrund der hohen Inflation noch warten. Die Slowakei, die im November 2005 dem WKM II beitrug, will

²⁰ Vgl. Winfried Fuest/Jürgen Matthes, »Die Beitrittsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder zur Europäischen Währungsunion«, in: *Trends. Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* (Köln), 32 (2005) 1, S. 45–61.

²¹ Allerdings hat die Kommission Ende 2004 die wenige Monate zuvor initiierten Defizitverfahren gegen die Tschechische Republik, Polen und die Slowakei (sowie gegen Zypern und Malta) ausgesetzt. Diesen Ländern bescheinigte die Kommission, die richtigen Maßnahmen ergriffen zu haben, um ihre übermäßigen Defizite zu reduzieren. Demgegenüber wurde das Verfahren gegen Ungarn fortgeführt, wobei aber die Konsolidierungsschritte der Budapester Regierung von der Kommission positiv registriert worden sind, vgl. Europäische Kommission, »Tschechische Republik, Zypern, Malta, Polen und Slowakei auf richtigem Weg zur Defizitkorrektur«, Press Releases. Reference: IP/04/1529, 22.12.2004 <<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/1529=DE>>; dies., »Kommission setzt Defizitverfahren gegen Ungarn fort«, Press Releases. Reference: IP/04/1528, 22.12.2004, <<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/1528>>; dies., »Kommission erkennt Ungarns Anstrengungen zur Korrektur des Haushaltsdefizits 2005 an, sieht jedoch weiterhin Schwachstellen«, Press Releases. Reference IP/05/918, 13.7.2005, <<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/918>>.

²² Vgl. u.a. Deutsche Bank Research, »EWU-Erweiterung: Kein Big Bang«, in: *EU-Monitor*, 12 (19.3.2004): EWU-Beitrittsszenarien, S. 9–17; Credit Suisse Economic Research, »Osterweiterung der Währungsunion – eine Frage der Zeit«, in: *Spotlight*, 13.6.2005, <http://emagazine.credit-suisse.com/data/_product_documents/_articles/107767/spo_0506_osterw_wu_de.pdf>.

²³ Vgl. Commission of the European Communities, *Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European Central Bank. Second Report on the Practical Preparations for the Future Enlargement of the Euro Area*, COM(2005) 545 final, Brüssel, 4.11.2005, <http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/euro_related/2005/comm2005_545final_en.pdf>.

und kann wohl auch im Jahr darauf folgen. Für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn wird dieser Schritt sowohl dem eigenem Wunsch nach als auch mit Blick auf ihre monetäre Konvergenz frühestens gegen Ende des Jahrzehntes möglich sein. Insbesondere Polen und Ungarn sind in dieser Hinsicht Wackelkandidaten. Polen hat als einziges der ostmitteleuropäischen Beitrittsländer noch kein offizielles Zieldatum für die Euro-Einführung genannt, und die im Herbst 2005 ins Amt gekommene Regierung hat es mit der Übernahme der Gemeinschaftswährung nach eigenem Bekunden nicht eilig. Ungarn wiederum hat so massive Probleme mit seinem Haushaltsdefizit, dass Budapest im Herbst 2005 sogar mit Kürzungen bei Strukturfonds gedroht wurde.²⁴

Auf dem Weg zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien wird die jeweilige gesellschaftliche Akzeptanz des Euro eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Ist diese hoch, wird es den Regierungen leichter fallen, Konsolidierungsschritte zu vollziehen. Bisherige Umfrageergebnisse zeigen, dass es in den neuen Mitgliedsländern einstweilen zwar keine ausgeprägte Ablehnung gegenüber der Euro-Einführung gibt, doch nehmen die Vorbehalte zu. Immer mehr Menschen fürchten negative Konsequenzen. Vor allem besteht ein hohes Maß an Unkenntnis bei gleichzeitig geringem Interesse am gesamten Thema.²⁵ Die Regierungen in den neuen Mitgliedstaaten sind daher gehalten, ihre Bürger in den nächsten Jahren gezielt über die Folgen der Euro-Übernahme zu informieren. Akzeptanzprobleme könnten insbesondere dann zur Geltung kommen, wenn (wie in Polen) Stimmen an Gewicht gewinnen, die ein Referendum über die Euro-Einführung verlangen.²⁶

Offiziell hat die Kommission noch keine Vorentscheidung darüber gefällt, welche Länder zu welchem Zeitpunkt beitreten sollen. Eine wichtige Weichenstellung werden jedoch die Einschätzungen im nächsten Konvergenzbericht darstellen, der im Laufe des Jahres 2006 von der Kommission erstellt wird.

²⁴ »EU erteilt Ungarn Rüffel wegen zu hohem Defizit«, in: *Euractiv*, 9.11.2005, <www.euractiv.com>.

²⁵ European Commission/EOS Gallup Europe, *Introduction of the Euro in the New Member States, Wave 2*, November 2005 (Flash Eurobarometer Report 175b), <http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl_175b_en.pdf>.

²⁶ Dies fordert etwa die polnische Partei »Recht und Gerechtigkeit«, siehe »PiS lubi Unię« [Die PiS mag die Union] (Interview mit dem Euroabgeordneten der Partei Michał Kamiński), in: *Gazeta Wyborcza*, 26.8.2005.

Wegfall der Grenzkontrollen

Auch nach dem 1. Mai 2004 sind die Grenzkontrollen zwischen den neuen Mitgliedsländern und der Schengen-Zone nicht entfallen. Sie werden erst dann aufgehoben, wenn die Vorschriften des Schengen-Besitzstandes, die sich direkt auf die Problematik der internen Grenzkontrollen beziehen, übernommen und implementiert werden. Unter anderem geht es dabei um die grenzüberschreitende polizeiliche Kooperation, um Visa-Bestimmungen, das Schengen-Informationssystem (SIS bzw. SIS II) und um die Sicherheit an den EU-Außengrenzen, die dann auch die Außengrenzen des Schengen-Raums sein werden. Damit sechs der neuen Mitglieder ihre administrativen und technischen Fähigkeiten zur Sicherung der Außengrenzen verbessern können, erhalten sie zwischen 2004 und 2006 rund 860 Millionen Euro (sogenannte »Schengen-Fazilität«).

Ob die Voraussetzungen erfüllt sind und die Grenzkontrollen aufgegeben werden, wird letztlich auf der Grundlage eines komplexen Evaluierungsverfahrens durch einstimmigen Ratsbeschluss festgestellt. Die Neumitglieder haben früh darauf gedrängt, möglichst bald einen Fahrplan für die gesamte Evaluierung festzulegen bzw. mit dem Verfahren zu beginnen. Alle Länder möchten gegen Ende 2007 der Schengen-Zone beitreten. Der für Freiheit, Sicherheit und Justiz zuständige Kommissar Frattini äußerte sich in diesem Zusammenhang optimistisch; in Lettland erklärte er, eine eventuelle Nichtratifizierung des Grenzvertrags mit Russland stelle kein Hindernis für die Aufnahme in die Schengen-Zone dar.²⁷

Die Einhaltung dieses ambitionierten Zeitplans hängt nicht nur davon ab, ob die Beitrittsländer die Schengen-Standards erfüllen, sondern auch davon, ob sich das Beurteilungsverfahren so schnell realisieren lässt.²⁸ Bereits ab Anfang 2006 werden Bereiche überprüft, die unabhängig von der Lauffähigkeit des neuen Schengener Informationssystems SIS II sind. Die österreichische Ratspräsidentschaft will die Zahl der Evaluierungen ausweiten und »insbesondere eine größere Anzahl von Missionen zur Evaluierung der Polizei-kooperation, des Datenschutzes, der See-, Land und

²⁷ »Latvia Could Join EU Schengen Area without Border Pact with Russia: Frattini«, in: *EUBusiness*, 3.9.2005, <www.eubusiness.com/East_Europe/050903130311.ikzqzryp>.

²⁸ Monika Byrska, »The Unfinished Enlargement«. *Report on Free Movement of People in EU-25, Updated Version*, Brüssel, September 2004 (European Citizen Action Service), <www.ecas.org/file_uploads/609.doc>.

Flughafengrenzen durchführen.«²⁹ Ohne die Bereitstellung adäquater Kapazitäten nicht zuletzt für die erforderlichen Vor-Ort-Kontrollen könnte es diesbezüglich jedoch zu Verzögerungen kommen, zumal voraussichtlich mehrere Länder gleichzeitig evaluiert werden müssen. Die Visegrád-Länder etwa wollen durch enge Abstimmung ihrer Nationalen Schengen-Aktionspläne zeitgleich den Antrag auf den »Schengen-Beitritt« stellen.³⁰ Sollte eine größere Gruppe oder sollten gar alle am 1. Mai 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten zusammen aufgenommen werden, drohen Mängel in einem Land den Beitritt aller anderen Schengen-Aspiranten hinauszuzögern. In Presseberichten wird beispielsweise vermutet, Polen habe Schwierigkeiten beim Aufbau des SIS-II-Mechanismus.³¹ Dies könnte sich auf den Fahrplan auch der übrigen ostmitteleuropäischen Länder auswirken.

Doch die Sicherung der Außengrenzen und die Einführung des neuen Schengen-Informationssystems sind das eine. Mehrere ostmitteleuropäische Länder stehen außerdem vor dem Problem, dass sie ihre liberale Vergabepaxis von Visa für Staatsbürger aus Nachbarstaaten nicht mehr aufrechterhalten können. Da eine weitergehende »Aufweichung« der Einreisebestimmungen gegenüber Bürgern aus Drittstaaten in der EU gegenwärtig nur geringe Aussichten auf Erfolg hat, suchen die neuen Mitgliedsländer eher nach »Schengen-konformen« Optionen zur Flexibilisierung der Visavergabe: Nachgedacht wird beispielsweise über vorsichtige Modifikationen bei der Vergabepaxis, etwa preisgünstigere Visa oder Erleichterungen beim Interviewprozess mit Einreisewilligen. Einige ostmitteleuropäische Mitglieder werden so etwas möglicherweise bei der Festlegung einer gemeinsamen Visumpolitik im Rahmen des Haager Programms für Justiz und Inneres fordern. Vor allem aber wird eine großzügige Erteilung »nationaler Visa« in Betracht gezogen,³² die von den Mitgliedstaaten aus-

gestellt werden und lediglich den längerfristigen Aufenthalt im Ausgabestaat (sowie den Transit dorthin) erlauben.³³

Übernahme und Anwendung des Gemeinschaftsrechts

Die Umsetzung von EU-Recht bleibt eine weitere permanente Herausforderung. In diesem Bereich sind noch immer beachtliche Defizite festzustellen. Im Herbst 2004 hatte beispielsweise Polen ein Sechstel aller binnenmarktbezogenen Direktiven noch nicht implementiert, der Rückstand der Slowakei war noch größer.³⁴ Im polnischen Fall sind vermutlich einflussreiche Wirtschaftslobbys und eine nachlassende Rechtssetzungsdynamik in Regierung und Parlament für die Verzögerung verantwortlich.³⁵ Insbesondere die in den Regelmäßigen Fortschrittsberichten der Kommission immer wieder monierten Missstände bei den administrativen Kapazitäten könnten auch in Zukunft Probleme bereiten. Neben offener Opposition gegen Rechtsnormen, dem Widerstand innenpolitischer Akteure oder Übersetzungsschwierigkeiten sind es vor allem administrative Unzulänglichkeiten (etwa Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen), die auch in den alten Mitgliedstaaten zu Engpässen bei der Umsetzung von Direktiven führen.³⁶

Allerdings darf man nicht zu schwarz malen. Einige Neumitglieder bewältigen die Transposition der ge-

bürger dieser Länder solche Visa erhalten), »Január 1-től igényelhető a nemzeti vízum« [Vom ersten Januar an kann das nationale Visum angefordert werden], in: *Népszabadság Online*, 9.12.2005.

33 Vgl. Piotr Kaźmierkiewicz, *Integracja z Schengen jako wyzwanie dla polskiej polityki wizowej wobec wschodnich sąsiadów* [Die Integration mit Schengen als Herausforderung für die polnische Visumpolitik gegenüber den östlichen Nachbarn], Warschau: Instytut Spraw Publicznych, August 2005 (Analizy i Opinie, Nr. 42), <www.isp.org.pl>; Joanna Apap/Angelina Tchorbadjiyska, *What about the Neighbours? The Impact of Schengen along the EU's External Borders*, Brüssel: CEPS, Oktober 2004 (CEPS Working Document, Nr. 210), S. 12ff, <www.ceps.be>.

34 »Rynek wspólny, a przepisy nie całkiem« [Der Markt ist gemeinsam, die Rechtsnormen sind es noch nicht], in: *Rzeczpospolita*, 17.9.2004; »Unia rozliczy nas za dyrektywy« [Die Union wird uns für die Direktiven zur Rechenschaft ziehen], in: ebd., 24.11.2004.

35 Ebd.

36 Vgl. Gerda Falkner/Miriam Hartlapp/Simone Leiber/Oliver Treib, »Non-Compliance with EU Directives in the Member States: Opposition through the Backdoor?«, in: *West European Politics*, 27 (Mai 2004) 3, S. 452–473.

29 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, *Die österreichische EU-Präsidentschaft 2006*, 23.11.2005, S. 22, <http://www.parlament.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/BR/III-BR/III-BR_00291/fname_053103.pdf>.

30 *Declaration of Visegrad Group Ministers of the Interior*, Brüssel, 19.7.2004, <www.visegradgroup.org/main.asp?MainObIID=15741&ObIID=15741&ClalD=32271>.

31 »Za trzy lata koniec kontroli na granicy?« [In drei Jahren Ende der Grenzkontrollen?], in: *Rzeczpospolita*, 27.1.2005.

32 In Ungarn wurde Anfang 2006 mit der Ausgabe »nationaler Visa« vornehmlich an Angehörige ungarischer Minderheiten im benachbarten Nicht-EU-Ausland – Ukraine, Serbien-Montenegro, Kroatien, Rumänien – begonnen (aus Gründen der Nichtdiskriminierung können allerdings alle Staats-

meinschaftlichen Richtlinien besser als die meisten Altmitglieder.³⁷ Auch musste die Kommission bisher nicht die »Notbremse« ziehen und die in den Beitrittsverträgen statuierten Schutzklauseln aktivieren. Eine fundierte Einschätzung wird zwar erst nach einiger Zeit möglich sein, aber es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass die Anpassungs- und Umsetzungsleistungen der jetzigen Neumitglieder der EU-15 ähnlicher sein werden als erwartet und dass die ostmitteleuropäischen Länder keine neue »world of compliance« bei der Umsetzung gemeinschaftlicher Vorschriften darstellen werden.³⁸

Welche EU?

In den meisten Beitrittsländern hat die Diskussion über die langfristigen Ziele der europäischen Integration gerade erst begonnen. Zwar haben die Auseinandersetzungen um den Verfassungsvertrag, die innereuropäischen Zerwürfnisse während des Irakkriegs und die Suche nach neuen außenpolitischen Leitlinien gewisse Präferenzen zum Vorschein gebracht, doch hat sich in kaum einem Land eine kohärente Position im Hinblick auf die langfristig anzustrebende Gestalt der Europäischen Union herauskristallisiert.

Nur in der Tschechischen Republik kam es zu einer regen Debatte, weil dort europafreundliche und »vertiefungsorientierte« Kräfte durch den Euroskeptizismus von Präsident Klaus bzw. der Bürgerpartei ODS gewissermaßen gezwungen waren, eigene konzeptionelle Überlegungen zur »Finalität« der Europäischen Union auszuarbeiten.³⁹ In Polen wurden im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die »doppelte Mehrheit« bei Beschlussfassungen im Rat Vor- und Nachteile eines enger integrierten oder eher »locke-

ren« Modells der europäischen Integration zumindest ansatzweise diskutiert.⁴⁰

Als eine systematische, vorausschauende Reflexion über die strategische Entwicklung der europäischen Integration lässt sich dies alles jedoch nicht bezeichnen. Auch dem Thema EU-Mitgliedschaft der Türkei schenkte man in Ostmitteleuropa erst in jüngster Zeit Beachtung. Die meisten Regierungen stehen einer Aufnahme der Türkei prinzipiell positiv gegenüber, unter anderem deshalb, weil sie sich davon eine Beibehaltung der Erweiterungsdynamik erhoffen. Insbesondere für Länder wie Polen, die eine Mitgliedsperspektive für die Ukraine anmahnen, gilt das Kalkül: »Wer zur Türkei Ja sagt, kann zur Ukraine nicht Nein sagen.« Über die Konsequenzen für die Beitrittsländer wird kaum nachgedacht.

Im Hinblick auf die künftige Gestalt der Europäischen Union haben sich bislang lediglich zwei Elemente herausgeschält, die bei fast allen neuen Mitgliedsländern Anklang finden. Da wird erstens der Grundsatz innereuropäischer *Solidarität* als unerlässliches Element der europäischen Architektur genannt. Gemeint sind damit vornehmlich finanzielle Solidarität und das Festhalten an umfangreichen horizontalen Transfers. Polen drohte beispielsweise an, die Verhandlungen über die neue mittelfristige Finanzordnung der EU zu blockieren, sollte in der Regional- und Strukturpolitik nicht das Prinzip von Solidarität und Konvergenz der neuen Mitglieder mit dem EUDurchschnitt befolgt werden.⁴¹

Zweitens will man *keine EU mit »mehreren Geschwindigkeiten«*, da man fürchtet, in diesem Fall in eine äußere Zone der europäischen Integration abgedrängt zu werden. Lediglich europaskeptische Gruppierungen wie die tschechische ODS setzen sich für die Stärkung flexibler Integrationsformen ein, da auf diese Weise »Vertiefungsunwillige« außerhalb eng integrierter Kerne bleiben können.⁴²

37 »Rynek wspólny, a przepisy nie całkiem [wie Fn. 34]; »Unia rozliczy nas za dyrektywy« [wie Fn. 34].

38 Simone Leiber, *Implementation of EU Social Policy in Poland: Is There a Different »Eastern World of Compliance«?*, Paper presented at the 9th Biennial International Conference of the European Union Studies Association, Austin, Tex., 31.3.-2.4.2005, <http://aei.pitt.edu/archive/00003173/01/LeiberComplianceInPoland_EUSA2.pdf>.

39 Vgl. Lucie Königová, »An Ever Closer Finalité: Czech Future of Europe Discourse«, in: *Slovak Foreign Policy Affairs*, (2002) 1, S. 32-47; dies., »Od Konventu ke vstupu: česká debata k evropské ústavní smlouvě« [Vom Konvent zum Beitritt: Die tschechische Debatte über den Verfassungsvertrag], in: *Mezinárodní politika*, 27 (2003) 11, S. 4-5.

40 Vgl. Kai-Olaf Lang, *Europa nach Irakkrise und Verfassungskra- ch*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2004 (SWP-Zeitschriftenschau 7/04).

41 »Z projektu budżetu Unii po 2006 roku zniknęło bardzo ważne dla Polski zdanie« [Aus dem Haushaltsentwurf der Union für die Zeit nach 2006 ist ein für Polen ganz wichtiger Satz verschwunden], Interview mit dem polnischen Außenminister Cimoszewicz für das Polnische Radio, 1. Programm, 10.12.2004, <www.radio.com.pl>.

42 Vgl. das programmatische Dokument der ODS zur tschechischen Außenpolitik, erstellt durch den Schatten- außenminister der Partei, Jan Zahradil, *Realismus místo iluzí* [Realismus statt Illusionen], November 2004, <www.ods.cz/docs/publikace/modra_sance-zahranici.pdf>.

Mögliche Kontroversen und Probleme

Die Beitrittsländer aus Ostmitteleuropa kommen nicht mit einer politischen Vision in die Europäische Union, sondern mit einer Mischung aus Partikularinteressen, Überresten der Mitgliedschaftsvorbereitung und ungelösten Problemen der Systemtransformation. Infolgedessen werden die ostmitteleuropäischen Länder in vielen Politikfeldern auf absehbare Zeit keine besonderen Akzente setzen und eher als »pflegeleichte« Mitglieder auftreten, die bei möglichst wenigen Partnern anecken wollen. Kontroversen können jedoch entstehen, wenn die Beitrittsländer elementare außen- und sicherheitspolitische Interessen berührt sehen oder wenn es um ihre wirtschaftliche und finanzielle Position geht. Auch innenpolitische Labilität kann zu Problemen auf EU-Ebene führen.

Außen- und sicherheitspolitische Präferenzen

Die ostmitteleuropäischen Länder haben manifeste Interessen im Umgang mit Partnern der EU: mit Russland, mit den direkten Nachbarn der größeren Union und mit den Vereinigten Staaten.

Russland und Europäische Nachbarschaftspolitik

Im Verhältnis zu Russland sind die Länder der Region ähnlich wie die Altmitglieder daran interessiert, einen stabilen, demokratischen und berechenbaren »strategischen Partner« aufzubauen. Allerdings ist die Furcht vor neoexpansiven Tendenzen und vor politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Instabilität in Russland bei den Neumitgliedern deutlich stärker ausgeprägt als im westlichen Europa. Polens vormaliger Außenminister etwa warnte vor dem »Wiederaufbau eines russischen Imperiums, und sei es in einer ›liberalen‹ Variante«. ⁴³ Im Zusammenhang mit einem Korruptionsskandal um Privatisierungen im polnischen Energiesektor sprach der frühere polnische Geheimdienstchef davon, dass in Osteuropa

eine »Restauration des russischen Imperiums« im Gange sei. Moskau setze dazu im Gegensatz zu früher Öl statt Panzer ein und schicke statt politischen Kommissaren Politiker und Geschäftsleute. ⁴⁴ Wie nicht nur im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes deutlich wurde, spielen überdies Spannungen immer wieder eine Rolle, die aus einer anderen Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts resultieren. Dies gilt vor allem für die drei in Sachen Russland besonders empfindlichen baltischen Staaten – die sich außerdem mit dem Problem der russischen Minderheiten konfrontiert sehen – und für Polen, in dessen Augen »die Geschichte gelehrt hat, dass Pessimismus und Realismus gleichzusetzen sind«. ⁴⁵ Gerade diese vier Länder werden daher ihre Russlandpolitik bzw. die Russlandpolitik der EU an folgenden Richtlinien orientieren:

1. Die EU soll ihr Verhältnis zu Russland über Brüssel abwickeln und gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen; die großen Mitgliedstaaten sollen die Beziehungen zu Moskau nicht unterlaufen.
2. Russischem Kapital in strategischen Sektoren (Energie, Transport, Infrastruktur, Banken) sollten Beschränkungen auferlegt werden, um wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten zu reduzieren.
3. Die osteuropäischen Staaten Ukraine, Moldova und in Zukunft vielleicht Belarus sollen gestärkt und möglichst eng an den Westen (das heißt an die Nato und die EU) angebunden werden, um neoimperialen Entwicklungen im Osten vorzubeugen.

Aus Sicht der ostmitteleuropäischen Länder hat die Europäische Nachbarschaftspolitik somit nicht nur den Zweck, Reformprozesse an der EU-Peripherie zu stabilisieren und zu dynamisieren, sie soll auch dazu dienen, die Vorherrschaft Russlands im postsowjetischen Raum zurückzudrängen. Sowohl in der generellen Einschätzung Russlands als auch in Bezug auf die Definition und die Stoßrichtung der Nachbarschaftspolitik (Ersatz für oder Vorstufe zur Mitgliedschaft) unterscheiden sich Länder wie Polen und die

⁴⁴ »Siemiątkowski ostrzega przed Rosją« [Siemiątkowski warnt vor Russland], in: *Gazeta Wyborcza*, 28.10.2004.

⁴⁵ »Between Moscow and Paris: Central Europe's Emerging Reality«, in: *The Geopolitical Intelligence Report*, 31.5.2005, <www.stratfor.com>.

⁴³ Włodzimierz Cimoszewicz (Außenminister Polens), »Polska w zamięcie świata« [Polen im Chaos der Welt], in: *Gazeta Wyborcza*, 12.–13.6.2004.

baltischen Staaten substantiell von Altmitgliedern wie Deutschland und Frankreich. Gerade die Haltung gegenüber Russland könnte zu einer Polarisierung in der EU führen; Reibungspunkte sind etwa Energiefragen, die russische Haltung zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gegenüber dem Schutz der Grundrechte oder das strategische Engagement im postsowjetischen Raum. Bei diesen Themen könnten sich manche ostmitteleuropäischen Länder (möglicherweise zusammen mit skandinavischen Mitgliedern) an einem aus ihrer Sicht zu nachgiebigen Kurs einiger größerer Mitgliedstaaten stoßen.

USA und transatlantische Beziehungen

Nach der ostentativen Parteinahme für Washington während des Irak-Konflikts machte sich in den Ländern Ostmitteleuropa eine gewisse Amerika-Müdigkeit breit.⁴⁶ Die Regierung in Budapest musste das ungarische Kontingent wegen fehlender parlamentarischer Mehrheit bereits zum Jahresende 2004 aus dem Irak zurückbeordern. Im proamerikanischen Polen nimmt die öffentliche Ablehnung der Militärpräsenz im Irak⁴⁷ ebenso zu wie die Unzufriedenheit über schleppende amerikanische Offset-Investitionen (im Gegenzug für die Anschaffung von US-Kampfflugzeugen) und mangelnde Fortschritte bei der Liberalisierung der Einreisebestimmungen in die USA. Parallel zu dieser Entwicklung entdecken die ostmitteleuropäischen Länder in der Europäischen Nachbarschaftspolitik die Chancen der GASP. Auch in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik betreiben die Neumitglieder – trotz gewisser Vorbehalte hinsichtlich einer möglichen »Emanzipation« von den USA – keine Obstruktion, sondern engagieren sich aktiv. An den neu zu etablierenden Battlegroups der EU wollen sich alle Neumitglieder beteiligen.

Das Verhältnis der Ostmitteleuropäer zu den USA wird jedoch auch künftig eng bleiben und von sicherheitspolitischen Erwägungen bestimmt sein, zumal

⁴⁶ Ilona Teleki, »America in Question«, in: *Europe East* (CSIS), 5 (Frühjahr 2005) 1; Janusz Bugajski, »Mixed Results for Bush in Europe«, in: ebd., <www.csis.org/ee/eenews/EuropeEastSpring2005.pdf>.

⁴⁷ Im November 2004 erklärten 72 Prozent der Polen, sie seien gegen die polnische Mission im Irak. Zu Beginn des Engagements im Juni 2003 waren es lediglich 55 Prozent, siehe »CBOS: 72 proc. przeciw udziałowi Polski w misji w Iraku« [CBOS: 72 Prozent gegen die Beteiligung Polens an der Irak-Mission], Polska Agencja Prasowa S.A. (PAP), 7.12.2004.

angesichts der Unwägbarkeiten im postsowjetischen Raum (Ukraine, Russland) und der mit Skepsis betrachteten Russlandpolitik einiger europäischer Partner wie Deutschland und Frankreich. Eine allmähliche »Europäisierung«⁴⁸ ihres außenpolitischen Handelns wird daher bei den neuen Mitgliedern nicht mit einer Rücknahme der atlantischen Komponente im außen- und sicherheitspolitischen Zielsystem einhergehen, sondern mit einer Aufwertung der europäischen Dimension. Die neuen Mitgliedsländer aus Ostmitteleuropa werden nach wie vor offen für bilaterale Kooperationsofferten oder multilaterale Vorstöße der USA sein, die sich ihrerseits bewusst sind, dass sie ihr symbolisches oder substantielles Engagement in der Region aufrechterhalten müssen, wenn sie eine »pro-europäische Evolution« der ostmitteleuropäischen Länder bzw. ihrer Außenpolitik in Grenzen halten wollen. Die e-PINE-Initiative (Enhanced Partnership in Northern Europe) in Nordeuropa beispielsweise, die neben den Vereinigten Staaten die fünf nordischen Länder und die drei baltischen Staaten (1+8) umfasst, dient Washington zur Schaffung eines sicheren und günstigen Umfeldes für die »agenda of interests that we share with the eight Nordic and Baltic nations«.⁴⁹ Diskutiert werden sicherheits-, gesundheits- und wirtschaftspolitische Fragen. Ein anderer Vorstoß ist der 2005 eingerichtete, 210 Millionen Dollar schwere US-Solidaritätsfonds für Länder mit Truppen im Irak und in Afghanistan; ein Großteil davon wird ins östliche Europa fließen.

Wirtschafts- und Sozialmodell

Politiker aus den neuen Mitgliedstaaten haben vielfach ihre Präferenz für ein angelsächsisch geprägtes Wirtschafts- und Sozialmodell zum Ausdruck gebracht. Um die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu verbessern, müsse »Freiheit zur Konkurrenz« möglich sein, dürfe es zu keiner Harmonisierung von Steuer- oder Wohlfahrtssystemen und daher nicht zu Mehrheitsentscheidungen in

⁴⁸ Vgl. Kristi Raik/Teemu Palosaari, *It's the Taking Part That Counts. The New Member States Adapt to EU Foreign and Security Policy*, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs (FIIA), 2004 (FIIA Report 10/2004), <www.upi-fiaa.fi/english/publications/upi_report/reports/FIIA%20report%2010.pdf>.

⁴⁹ U.S. Department of State, *The Enhanced Partnership in Northern Europe (e-PINE)*, *Mission Statement*, <www.state.gov/p/eur/rt/epine/c10621.htm>.

diesen Bereichen kommen.⁵⁰ Das kontinentale Sozialmodell gilt ihnen als wachstums- und wettbewerbsfeindlich und als ungerecht.⁵¹ In den meisten Ländern Ostmitteleuropas hat sich im Lauf der vergangenen 15 Jahre ein neoliberaler Elitenkonsens über Wirtschaftsreform und Sozialmodell herausgebildet, der von den konservativen, liberalen und auch den meisten sozialdemokratischen Parteien geteilt wird.

In diesen Konsens nicht eingebunden sind allerdings gesellschaftliche Werthaltungen, die sich stark an Egalitarismus und Umverteilung orientieren.⁵² Die damit verbundenen Erwartungen wurden von den politischen Akteuren bislang nur unzulänglich bedient, was stellenweise zu einer Aufwertung sozialpopulistischer Gruppierungen führte. Möglicherweise werden sich die etablierten politischen Kräfte (oder zumindest Teile, die Sozialdemokraten etwa oder die Christdemokraten) daher mittelfristig stärker auf die Vorteile des »Europäischen Sozialmodells«⁵³ besinnen. Der Umstand, dass in den postkommunistischen Reformländern nach wie vor ein hoher Anteil des Bruttoinlandsprodukts für Sozialausgaben aufgewendet wird⁵⁴ und in Wirklichkeit immer noch ein »hybrides« Wohlfahrtsregime besteht, das die »sozialistische Ver-

gangenheit mit einer liberalen Zukunft kombiniert«, zeigt zumindest, dass in den Auseinandersetzungen über das künftige Sozialmodell in Ostmitteleuropa noch keine normsetzenden Fakten geschaffen wurden.

Innenpolitische Labilität

Während sich in Ungarn, der Tschechischen Republik und in Slowenien das Hin und Her zwischen Regierung und Opposition weitgehend zwischen denselben parteipolitischen Akteuren abspielt, sind in vielen anderen neuen Mitgliedsländern die Parteiensysteme noch nicht gefestigt. Immer wieder betreten neue, teils unberechenbare Gruppierungen die politische Bühne. Besonders problematisch sind dabei die Erfolge populistischer Parteien und Politiker. Verschiedentlich fallen ihre Gewinne so deutlich aus, dass sie, wie das Abschneiden der Arbeitspartei in Litauen, der Wahlsieg Ivan Gašparovič in der Slowakei oder der Ausgang der polnischen Parlamentswahlen von 2005 zeigen, sogar bis in die Exekutive vordringen. Vielfach wird radikalen Parteien nur dadurch der Boden entzogen, dass sich Parteien und Politiker der Mitte durch Demagogie oder nationale Akzentuierungen selbst in Richtung Populismus bewegen – etwa die erfolgreichen konservativen Parteien in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn (Recht und Gerechtigkeit, Bürgerplattform, Demokratische Bürgerpartei, FIDESZ), oder die sich sozialdemokratisch definierende slowakische Smer. All diese Parteien haben gute Aussichten, in ihren Ländern die Wahlen zu gewinnen, so wie es »Recht und Gerechtigkeit« in Polen bereits gelungen ist. Möglicherweise werden ab 2005/2006 in den Visegrád-Ländern also Regierungen an der Macht sein, die die nationalen Interessen ihrer Länder stark betonen und sich euroskeptisch profilieren.

Sollte der polnische Fall tatsächlich Schule machen, muss die EU damit rechnen, es mit europapolitisch wenig flexiblen Regierungen zu tun zu bekommen. Erstens werden diese dazu tendieren, Entscheidungen, die sie nicht im Einklang mit ihrem nationalen Interesse sehen, zu verhindern bzw. Blockademinderheiten zu zimmern. Zweitens werden sie sich bei Vertragsänderungen gegen eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen wehren. Und drittens werden sie dazu neigen, europapolitische Grundsatzentscheidungen, die der nationalen Ratifizierung bedürfen, durch Referenden entscheiden zu lassen.

50 Exemplarisch hierfür ist der vom britischen Premierminister Tony Blair und dem estnischen Ministerpräsidenten Juhan Parts gemeinsam verfasste Artikel, »The Enlarged EU Must Be Free to Compete«, in: *Financial Times*, 3.11.2003.

51 »Der Druck auf den Westen steigt« – Steuerkonkurrenz ist richtig, das alte europäische Sozialmodell überholt: Ein ZEIT-Gespräch mit dem slowakischen Finanzminister Ivan Miklos«, in: *Die Zeit*, (26.8.2004) 36.

52 In Polen war in den neunziger Jahren ein Drittel der jüngeren Menschen und die Hälfte der Älteren der Auffassung, die Einkommensunterschiede im Lande seien zu groß. Dieser Anteil stieg zwischenzeitlich sogar erheblich an (knapp die Hälfte bzw. zwei Drittel in den beiden genannten Gruppen), vgl. »Jesteśmy konserwatywnymi socjalistami« [Wir sind konservative Sozialisten], (Interview mit dem Soziologen Tadeusz Szawiel), in: *Gazeta Wyborcza*, 9.12.2004.

53 Vgl. hierzu: Lothar Witte, *Europäisches Sozialmodell und Sozialer Zusammenhalt: Welche Rolle spielt die EU?*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2004 (Internationale Politikanalyse, Europäische Politik).

54 Die Beiträge zur Sozialversicherung und die Anteile der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegen in den postkommunistischen Ländern höher als in anderen Ländern mit vergleichbarem Einkommensniveau, weswegen Kornai auch von »frühreifen Wohlfahrtsstaaten« sprach. Michael Dauderstädt, »Wachstum und Verteilung in der erweiterten Europäischen Union«, in: Barbara Lippert (Hg.), *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Baden-Baden 2004, S. 197–219 (213), vgl. <http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/Folder/Politikanalyse/DaudEU_Lippert.PDF>.

Aktive oder passive Mitgliedschaft?

Mit dem EU-Beitritt nimmt die Bedeutung der ostmitteleuropäischen Länder zu – nicht nur weil sie als gleichberechtigte Mitglieder in die Entscheidungsprozesse der Union einbezogen sind, sondern weil sie in zahlreichen Politikfeldern aus Sicht der gesamten EU oder einzelner Partner wichtige Funktionen wahrnehmen oder zumindest wahrnehmen können.

- ▶ Die am 1. Mai 2004 beigetretenen Länder sind Schnittstellen zu den jenseits der EU-Grenzen gelegenen Partnern in Ost- und Südosteuropa. Die baltischen Staaten bilden gemeinsam mit Finnland eine Andockstation für die Kooperation mit Russland im östlichen Ostseeraum. Die Visegrád-Länder, vor allem Polen, die Slowakei und Ungarn, fungieren als Scharnier für die Zusammenarbeit mit der Ukraine und Belarus bzw. dem westlichen Balkan. Polens Vermittlerrolle in der Ukraine-Krise (Herbst 2004), mannigfache konzeptionelle Vorschläge Warschaws zur Ausgestaltung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und die Arbeit polnischer NGOs in Belarus oder der Ukraine illustrieren dieses Potential: Die ostmitteleuropäischen Länder können der GASP als Anstoßgeber und Triebfeder ein bedeutendes neues Wirkungsgebiet erschließen.
- ▶ Aus dem Blickwinkel der EU und insbesondere Deutschlands ist Ostmitteleuropa ein wichtiger Transitraum. Das steigende Güterverkehrsaufkommen im Handel mit den neuen Mitgliedsländern und den ost- und südosteuropäischen Staaten erfordert indes eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere des Straßen- und Schienennetzes. Lediglich Ungarn hat seine Infrastruktur so weit modernisiert, dass sie dem westeuropäischen Niveau entspricht, während Estland, Polen und die Slowakei gegenüber den bisherigen EU-Mitgliedern zurückfielen.⁵⁵ Nur wenn die nationale und europäische Verkehrsplanung harmonisiert, als Priorität behandelt und der Einsatz europäischer, natio-

ner und privater Ressourcen⁵⁶ koordiniert werden, lassen sich hier Fortschritte erzielen.

- ▶ Besondere Relevanz kommt Ostmitteleuropa beim Transit von Energieträgern zu. Über die baltischen Häfen, die Ölpipelines durch polnisches, slowakisches und tschechisches Territorium und die Gasleitungen durch Polen und die Slowakei wird ein Großteil des russischen Energieexports und der westeuropäischen Energieeinfuhr bestritten. Die EU-Neumitglieder aus Ostmitteleuropa sind daran interessiert, dass das so bleibt, garantiert ihnen dieser Status doch neben Durchleitungsgebühren ein hohes Maß an Interdependenz im Verhältnis zu Russland. Konkurrierende Pipelineprojekte, die die Region oder einzelne Länder umgehen (wie etwa die geplante Ostseegaspipeline), werden als Risiko oder zumindest Schwächung der Energiesicherheit betrachtet. Damit sich Abwehrhaltungen gar nicht erst aufbauen, sollten die Länder Ostmitteleuropas in den energiepolitischen Dialog Deutschlands und anderer westeuropäischer Staaten mit Russland einbezogen werden.
- ▶ Aus westeuropäischer Sicht verlangt die Innen- und Rechtspolitik bei der Kooperation mit den ostmitteleuropäischen Ländern besondere Aufmerksamkeit. Ostmitteleuropa ist Transit- und Zielregion für illegale Migranten und ein Zentrum der organisierten Kriminalität. Gerade auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik sind aber besondere Defizite und Herausforderungen der neuen Partner zu registrieren, die sich auch auf die Sicherheit der alten Mitgliedstaaten auswirken: Die EU-Außengrenzen müssen effektiv kontrolliert werden, Polizei und Grenzschutz sind dafür jedoch nicht adäquat ausgerüstet. Korruption in Exekutiv-

⁵⁵ Lettland, Litauen, Slowenien und die Tschechische Republik verkürzten den Abstand zum EU-15-Durchschnitt, vgl. Josef Auer, *Infrastruktur als Basis für eine nachhaltige Entwicklung von Regionen*, Frankfurt a.M.: Deutsche Bank Research, 2.6.2004 (Aktuelle Themen Nr. 296).

⁵⁶ Der Investitionsbedarf für den Um- bzw. Neubau der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Mitgliedsländern (inklusive Rumänien und Bulgarien) wird auf rund 80 Mrd. Euro veranschlagt; Christian von Hirschhausen, *Infrastrukturentwicklung in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern: Auf dem Weg nach Europa*, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), 2002 (DIW-Wochenbericht Nr. 37/2002).

organen und Justiz ist ein Dauerproblem.⁵⁷ Insbesondere beim Thema »Außengrenze« gibt es noch zahlreiche ungeklärte Fragen, die sich nicht nur darum drehen, ob die externen Grenzlinien »abgeschottet« sind, sondern um das Verhältnis zwischen Offenheit und Geschlossenheit oder darum, was aus dem berechtigten Wunsch der Beitrittsländer nach Lastenteilung beim Grenzschutz folgt. Schließt dies beispielsweise auch die Bereitschaft ein, das Projekt einer europäischen Grenzschutzbehörde oder gemeinsamer europäischer Grenzschutzeinheiten zu unterstützen? Einstweilen sind die neuen Mitgliedsländer vor allem damit beschäftigt, zielstrebig auf einen raschen Fall der Binnengrenzkontrollen hinzuarbeiten; die Dynamisierung der Kooperation im Bereich Justiz und Inneres dagegen löst bislang keine große Begeisterung aus. Selbst Polen, das sich allein schon wegen seiner langen Außengrenze stärker engagieren müsste, übt Zurückhaltung. Typisch dafür ist die Haltung Warschaws zum Haager Programm, dem von der niederländischen Ratspräsidentschaft vorgelegten Mehrjahresprogramm zur Fortentwicklung des europäischen Raums der Freiheit, Sicherheit und des Rechts: Ein inländischer Beobachter kritisiert, in der polnischen Position fehlten Initiativen zur Schaffung von Gemeinschaftsinstitutionen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Die Bildung einer europäischen Truppe zum Schutz der Außengrenzen lehnt man ab, und zur Kompetenzerweiterung bestehender Einrichtungen wie Europol oder Eurojust äußert man sich gar nicht erst.⁵⁸

Wenn sich die neuen Mitgliedsländer jedoch entschließen sollten, sich von Importeuren zu Exporteuren von Stabilität und Prosperität zu wandeln, wenn sie ihre Eigeninteressen um eine europäische Dimension anreichern und beginnen, bewusst nach Möglichkeiten zu suchen, wo und wie sich ihre Expertise als Input in die institutionellen Mechanismen der EU einbringen ließe, werden sie eine *aktive Mitglied-*

schaft entwickeln können. Das setzt allerdings die Fähigkeit zur flexiblen Koalitionsbildung und zur Suche nach schlagkräftigen Partnern voraus. Die Länder Ostmitteleuropas werden ihre besondere Kompetenz dann einsetzen können, wenn sie sich auf Schwerpunkte konzentrieren und bei der Formulierung von Kompromissen elastisch agieren. Viel wird davon abhängen, ob es ihnen gelingt, die inneren Voraussetzungen dafür zu schaffen, nämlich einen effizienten Staatsapparat und moderne Infrastruktur- und Kommunikationsnetze aufzubauen.

Werden Governance- und Infrastrukturdefizite nicht verringert, können die Chancen des EU-Beitritts nicht genutzt werden. Eine *passive* oder *defensive Mitgliedschaft* könnte die Folge sein. Die Neumitglieder wären dann vor allem auf die Sicherung von Transferströmen und komparativen Vorteilen fixiert, pflegten ein indifferentes bis skeptisches Verhältnis zur GASP und insbesondere zu deren verteidigungspolitischen und militärischen Aspekten und würden sich generell an ihren nationalen Interessen, kaum am »europäischen Gemeinwohl« orientieren. Innenpolitische Verwerfungen, Neopopulismus und eine wachsende Enttäuschung über ausgebliebene positive Effekte könnten eine Welle des Euroskeptizismus auslösen. Die Vorbehalte gegenüber Deutschland und Frankreich würden dann vielerorts steigen, die Nähe zu den Vereinigten Staaten würde wieder stärker betont.

Wie stehen die Chancen der Beitrittsländer von 2004? Mehr als ein Jahr nach der »Osterweiterung« scheinen alle ostmitteleuropäischen Neulinge imstande, sich zu aktiven Mitgliedern zu entwickeln, denn:

- ▶ Erstens haben alle Beitrittsländer von 2004 eine realistische Aussicht, im Zeitraum zwischen 2007 und 2010/2011 der Schengen-Zone beizutreten und den Euro einzuführen. Sofern es nicht zu dramatischen Einbrüchen bei den Schengen-Vorbereitungen und der monetären Konvergenz kommt, werden sich alle Länder in diese zwei essentiellen Integrationsprojekte einbeziehen lassen; das Risiko, außerhalb des Integrations-Mainstreams zu bleiben, hätte sich damit deutlich reduziert. Bis 2011 werden überdies wichtige Übergangsfristen ausgelaufen sein, allen voran die aus ostmitteleuropäischer Sicht besonders schmerzenden und unpopulären Bestimmungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit.
- ▶ Zweitens gibt es in den Beitrittsländern von 2004 keine ernsthaften Opt-Out-Diskussionen. Selbst im Hinblick auf ein mitunter mit Skepsis betrachtetes

⁵⁷ Vgl. Jörg Monar, »Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der erweiterten Union«, in: Lippert (Hg.), *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung* [wie Fn. 54], S. 221–239 (222).

⁵⁸ Antoni Podolski, *Program Haski (Bezpieczeństwo wewnętrzne i sprawiedliwość w latach 2005–2009) – Polska perspektywa* [Das Haager Programm (Innere Sicherheit und Justiz in den Jahren 2005–2009) – Die polnische Perspektive], Warschau: Centrum Stosunków Międzynarodowych, 2004 (Raporty i Analizy, Nr. 14/04), <www.csm.org.pl/pl/files/raporty/2004/rap_i_an_1404.pdf>.

Projekt wie die ESVP (oder seine konkreten Ausprägungen wie die Battlegroups) erwägt kein Staat, abseits zu stehen. Alle erhoffen sich von einem konstruktiven Mitwirken mehr Einfluss und Verhandlungsmacht.⁵⁹

- ▶ Drittens haben die Neumitglieder ein elementares Interesse an der Aufrechterhaltung der EU-internen Solidarität. Also müssen sie auch selbst solidarisch handeln. Dies impliziert Kompromissbereitschaft und Engagement für die Sicherung und, wenn nötig, Verbesserung des Kooperationsgeschehens in den wichtigsten Politikfeldern.
- ▶ Viertens gibt der Umstand Anlass zu Optimismus, dass die bei den Beitrittsverhandlungen vereinbarten (für drei Jahre geltenden und auf einem vereinfachten Verfahren beruhenden) Schutzklauseln bislang nicht angewendet oder in Betracht gezogen werden mussten.
- ▶ Fünftens scheint sich die finanzielle Absorptionsfähigkeit der ostmitteleuropäischen Neumitglieder besser zu gestalten als erwartet. Laut Prognose werden die meisten Beitrittsländer von 2004 bereits im Zeitraum 2004 bis 2006 eine ähnlich hohe Quote an Mitteln aus der Struktur- und Kohäsionspolitik abrufen können, wie es Spanien und Portugal erst nach acht Jahren Mitgliedschaft gelang. Besonders effizient agieren Estland (das mit Netto-Transfers in Höhe von 3,5 Prozent seines BIP rechnen kann) und Polen (2,8 Prozent); Slowenien dagegen hat offensichtlich Probleme mit der Projektauswahl.⁶⁰

Sicherlich braucht es noch einige Jahre, bis deutlich wird, wohin die Reise geht. Eine umfassende Bilanz wird erst zu Beginn des nächsten Jahrzehnts möglich sein. Dann wird sich die Spreu vom Weizen getrennt haben, und man wird genauer wissen, ob sich einzelne Länder eher als aktive oder als passiv-defensive Mitglieder profiliert haben, wer der Euro-Zone angehört, wie die Schengen-Erweiterung verlaufen ist, wie sich das Ende zahlreicher Übergangsregelungen ausgewirkt hat und wie sich die Mittelausschöpfung bis zur Halbzeit der Finanzperiode 2007–2013 darstellt. Die Erfahrungen mit der »Osterweiterung« von 2004 (und der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens

2007/2008) sollten dann in die Ausgestaltung der künftigen Erweiterungspolitik einfließen.

⁵⁹ Siehe dazu die exemplarischen Überlegungen eines estnischen Beobachters: Erik Männik, »Estonia and the European Security and Defence Policy: A Realist View«, in: Andres Kasekamp (Hg.), *The Estonian Foreign Policy Yearbook 2005*, Tallinn 2005, S. 63–81 (81).

⁶⁰ Ergebnisse einer Studie der Economist Intelligence Unit, zitiert nach »EU-Neulinge als Fördertopf-Profis«, in: *Der Kurier*, 23.8.2005.

Deutschland und die ostmitteleuropäischen Partner in der EU

Deutschland zählt zu den treibenden Akteuren der EU-Erweiterungsrunde von 2004. Eine Kombination aus normativen, stabilitäts- und (in geringerem Maße) sicherheitspolitischen sowie (in noch geringerem Maße) wirtschaftlichen Motiven war dafür ausschlaggebend, dass Deutschland als konsequenter Befürworter der »Osterweiterung« auftrat. Doch wie sehen Deutschlands Interessen gegenüber seinen direkten östlichen Nachbarn nach deren Beitritt zur Europäischen Union aus? Drei Dimensionen lassen sich differenzieren: eine generell außen- und europapolitische, eine EU-politische und eine, die mit Deutschlands Position innerhalb der Union zu tun hat.

- ▶ Erstens liegt es im Interesse Deutschlands, an seiner Ostflanke Partner vorzufinden, die außen- und europapolitisch berechenbar und konstruktiv sind, gut regiert, prosperierend, in ihren sozial-ökonomischen und zivilisatorischen Parametern am Entwicklungsniveau der alten EU orientiert und in den Binnenmarkt integriert – also »aktive Unionsmitglieder«. Hinzu kommt eine gesellschaftliche Komponente: Ohne den Aufbau bzw. die weitere Stabilisierung kalkulierbarer, dialogorientierter, modernisierungs- und entwicklungsorientierter Nachbarn wird die Bilanz der Osterweiterung in der öffentlichen Diskussion in Deutschland (noch) ambivalenter ausfallen als bisher. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Osterweiterung und der europäischen Integration im Allgemeinen drohte in diesem Fall weiter zu sinken.
- ▶ Zweitens muss es Deutschland darum gehen, tatsächlichen oder potentiellen »Verhärtungen« der neuen Partner durch ihre Einbindung in bi- oder multilaterale Mechanismen der Vorabklärung europapolitischer Themen entgegenzuwirken. Denn sollten die ostmitteleuropäischen Länder stärker als bisher nicht nur verbal, sondern auch real eine harte nationale Interessenpolitik verfolgen und sich gleichsam auf defensive, partikularistische Positionen zurückziehen, würde dies nicht nur den Entscheidungsfindungsmechanismus der Union, sondern möglicherweise auch die Durchsetzung europapolitischer Ziele Deutschlands erschweren.
- ▶ Drittens möchte Deutschland im Rahmen seiner breiteren europapolitischen Ziele seine traditio-

nelle Rolle als besonderer Partner kleinerer und mittlerer Mitgliedsländer zurückgewinnen. Zu diesem Zweck ist Kooperation mit den ostmitteleuropäischen Staaten in der EU-25 wichtig, zumal sie allesamt in diese Kategorie fallen.

Können diese Interessen bzw. die daraus abgeleiteten Ziele realisiert werden? Ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis besteht darin, dass Deutschlands Image in Ostmitteleuropa in den letzten Jahren gelitten hat. Kritisch betrachtet wurden dort beispielsweise Deutschlands Verhalten während des Irakkriegs, eine als rücksichtslos empfundene Russlandpolitik, eine angebliche neue Eigennützigkeit in der Europapolitik und eine als einseitig empfundene Konzentration Berlins auf größere Partner, vor allem das vermeintliche Streben nach Schaffung eines deutsch-französischen Direktoriums. Verschärfend ausgewirkt hat sich in einigen Fällen auch eine Rückkehr historischer Fragen auf die bilaterale Agenda (besonders im Verhältnis zu Polen). Hinzu kommt eine wachsende Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen und sozialen Reformfähigkeit Deutschlands. Der Bundesrepublik wird unter anderem vorgeworfen, sie externalisiere ihre eigenen Reformprobleme, indem sie ihren Arbeitsmarkt abschotte und gegen Schwarzarbeiter aus den neuen Mitgliedsländern (wie im Fall Ungarns) unverhältnismäßig hart durchgreife.

Ob gerechtfertigt oder nicht – diese Vorbehalte sind Bestandteil der Beziehungswelt zwischen Deutschland und den neuen Mitgliedsländern. Vor diesem Hintergrund ist es eine besondere Herausforderung deutscher Außen- und Europapolitik,

- ▶ aktiv auf die ostmitteleuropäischen Partner in der EU zuzugehen;
- ▶ die in einigen Ländern der Region bestehenden Verunsicherungen abzubauen und insbesondere alt-neuen, teils überzogenen Bedrohungsperzeptionen entgegenzutreten;
- ▶ speziell gegenüber den beiden unmittelbaren Nachbarn Polen und Tschechien in einem offenen Dialog eine »Verselbständigung« belastender historischer Themen zu verhindern und deren »Überschwappen« auf eine gegenwarts- und zukunftsbezogene Kooperation und auf die öffentliche Meinung entgegenzuwirken;

- ▶ Vertrauen zurückzuerlangen und den Partnern aus der Region durch symbolische Politik oder substantielle Vorhaben demonstrativ Aufmerksamkeit zu widmen.

Zu diesem Zweck ist ein neuer, mit multilateralen Aktionsformen angereicherter, intensivierter Bilateralismus gegenüber den Ländern in Ostmitteleuropa erforderlich, bei dem den Formen des Dialogs ebenso hohe Beachtung geschenkt wird wie den Inhalten.

Mit Blick auf die *Formen* des Dialogs wäre zwischen im engeren Sinne bilateralen und multilateralen Kontakten zu unterscheiden.

- ▶ Die bestehenden *bilateralen* Formen und Institutionen des Dialogs, etwa die bilateralen Dialogforen mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn, lassen sich möglicherweise straffen und thematisch fokussieren. Zusätzlich sollte über die Einrichtung neuer, aber »schlanker«, eventuell themenbezogener zweiseitiger Diskussionsgremien mit den baltischen Staaten, Slowenien oder der Slowakei nachgedacht werden. Im parlamentarischen Bereich könnten die bilateralen Parlamentariergruppen stärker als bisher Scharnierfunktionen übernehmen, etwa durch Mitwirkung bei der Vorbereitung und Realisierung bilateraler Zusammenkünfte von Fachausschüssen.
- ▶ Gleichzeitig könnte der bilaterale Dialog durch *multilaterale* Zusammentreffen ergänzt werden. Die Konsultationen im Rahmen Deutschland–baltische Staaten beispielsweise sollten beibehalten und vertieft werden. Nachzudenken wäre auch über Treffen im Format Deutschland–Visegrád-Gruppe, mit zum Teil symbolischem Charakter, aber auch mit der Möglichkeit des Austauschs auf hoher politischer Ebene im Bereich Regierung und Parlament sowie gegebenenfalls auf der Arbeitsebene von Ressorts und zwischen Fachausschüssen. Sofern von den Partnern gewünscht, ist außerdem eine Anbindung an bestehende, eventuell überlappende subregionale Kooperationsformen mit teils funktionaler Prägung denkbar – etwa an die insbesondere auf dem Gebiet innere Sicherheit agierende Salzburg-Gruppe oder an die stark auf »weiche Sicherheit«, Umweltfragen und wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtete Ostseekooperation zusammen mit den baltischen Staaten, den drei skandinavischen EU-Mitgliedern und Polen.

Die *Inhalte* sollten sinnvollerweise unterschieden werden in Querschnittsthemen, die mit allen Partnern aus Ostmitteleuropa, und spezifische Themen, die nur mit einzelnen oder Gruppen von Partnern zu disku-

tieren sind. Querschnittsthemen sind etwa: äußere Sicherheit und transatlantische Beziehungen, innere Sicherheit, Grundprinzipien der europäischen Integration (und hier insbesondere Rolle und Verständnis von »europäischer Solidarität«), Perspektiven der Erweiterung, Sozial- und Wirtschaftsmodelle in der EU, Zukunft redistributiver Politiken, Infrastruktur, Transit und Energie. Spezifische Themen sind zum Beispiel: die östliche Dimension der Nachbarschaftspolitik (Partner wären hier vor allem Polen und die baltischen Staaten, aber auch die Slowakei und Ungarn), die Stabilisierung des westlichen Balkans (Slowenien, Ungarn, Slowakei, Tschechische Republik), Umweltpolitik (baltische Staaten), Innovation (insbesondere die auf diesem Gebiet führenden neuen Mitgliedsländer Slowenien und Estland).

Außerdem muss man sich darüber Gedanken machen, mit wem man welche Themen auf welcher Ebene debattiert: Das reicht von kommunikationsorientierten Konsultationen über weitergehende Koordinierungsversuche zur frühzeitigen Kompromissbildung bis hin zu besonders ambitionierten, längerfristigen Kooperationsformen zur proaktiven Gestaltung bestimmter Politikfelder.

Ungeachtet dieser themenzentrierten und möglicherweise wechselnden Dialoge geht es bei der Zuordnung außen- und europapolitischer Ressourcen aber auch um Priorisierungen. Anders ausgedrückt: Die deutsche Europapolitik kann sich nicht mit gleicher Intensität um alle Partner in der EU – und damit auch in Ostmitteleuropa – kümmern und wird sich daher Ziel- oder »Ankerländer« in der Region suchen müssen. Am ehesten kommen dafür wohl Polen und Ungarn in Frage. Polen hebt sich durch sein Potential und seine europa- und außenpolitischen Ambitionen von den anderen Staaten in der Region ab. Das Land kann für Deutschland, wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre belegen, sowohl pragmatischer Partner als auch widerborstiger Kontrahent sein. Ungeachtet der politischen Konstellationen in Warschau kommt die Bundesrepublik daher nicht umhin, dem größten östlichen Nachbarn besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ungarns Potential reicht ebenfalls über die Grenzen des Landes weit hinaus. Als das wichtigste und in seiner Transformation am weitesten fortgeschrittene Land im weiteren Südosteuropa kann es zur wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung der Region, insbesondere des Westbalkans, beitragen und eigene Erfahrungen an künftige Mitglieder wie Rumänien oder Bulgarien weitergeben. Budapest sollte von seinen Partnern in der EU in dieser Rolle

auch stets unterstützt werden. Denn immer dann, wenn Ungarn seine nationalen Interessen stärker herausstreicht und vor allem die Frage der ungarischen Minderheiten aufs Tapet bringt, führt dies bei vielen seiner Nachbarn zu Unruhe.

Alles in allem ist die deutsche Europapolitik durch die Erweiterung also gefordert, die nicht zuletzt im östlichen Mitteleuropa immer wieder gestellte Grundsatfrage zu beantworten, welche Rolle Deutschland, das sich immer als Motor von Vertiefung und Erweiterung verstanden hat und auch als solcher wahrgenommen wurde, in der größeren Union spielen will. Erweist es sich im Umgang mit den neuen Mitgliedern als flexibles, für die Belange weniger großer Staaten offenes, ständig kommunikationsbereites Gegenüber, werden die Neuen es als Partner und nicht als Widerpart begreifen.

Anhang: Länderporträts

Inhalt des Anhangs

33	Estland
33	Innenpolitik
34	Außenpolitik
35	Wirtschaft
36	Lettland
36	Innenpolitik
37	Außenpolitik
38	Wirtschaft
39	Litauen
39	Innenpolitik
39	Außenpolitik
42	Wirtschaft
44	Polen
44	Innenpolitik
44	Außenpolitik
44	Wirtschaft
44	Tschechische Republik
44	Innenpolitik
44	Außenpolitik
44	Wirtschaft
44	Slowakei
44	Innenpolitik
44	Außenpolitik
44	Wirtschaft
44	Ungarn
44	Innenpolitik
44	Außenpolitik
44	Wirtschaft
44	Slowenien
44	Innenpolitik
44	Außenpolitik
44	Wirtschaft
44	Abkürzungen

Estland

Innenpolitik

Estlands politische Landschaft ist insgesamt durch Instabilität gekennzeichnet, Estlands Politik jedoch weiterhin durch Konstanz und Berechenbarkeit. Das Parteiensystem ist fragil, Regierungen überleben nur kurze Zeit. Auch Juhan Parts und seiner Partei Res Publica, die vor den letzten Parlamentswahlen von 2003 einen kometenhaften Aufschwung erlebt hatten und dann den Kern der neuen Regierungskoalition bildeten, blieb diese Erfahrung nicht erspart.

Bereits bei den Europawahlen erlebte die Res Publica ein Debakel: Obwohl stärkste Regierungspartei, erhielt sie nicht einmal 7 Prozent der abgegebenen Stimmen – und büßte damit gegenüber den Parlamentswahlen mehr als 17 Prozentpunkte ein. Dieser Popularitätsrückgang hing nicht zuletzt damit zusammen, dass die von Parts angekündigte »neue Politik«, insbesondere das Versprechen, radikal mit Korruption und Vetternwirtschaft aufzuräumen, bald an der Realität scheiterte. Schon einige Politiker der Res Publica selbst konnten dem Saubermann-Image der Partei nicht gerecht werden. Nachdem Parts die vom liberalen Koalitionspartner gestellte Außenministerin Ojuland entlassen hatte und der Justizminister (Mitglied der Res Publica) wegen ungewöhnlicher Methoden bei der Korruptionsbekämpfung gehen musste (Staatsanwälte sollten Mindestquoten bei der Aufdeckung von Korruptionsfällen erfüllen), war das Regierungsbündnis mit der liberalen Reformpartei und der bäuerlichen Volksunion am Ende.

Mitte April 2005 wurde daher eine neue Koalition aus Reformpartei, Volksunion und der weithin als populistisch angesehenen Zentrumsparlei des umstrittenen Ex-Bürgermeisters von Tallinn, Edgar Savisaar, gebildet. Neuer Regierungschef wurde der Liberale Andrus Ansip, der frühere Bürgermeister von Tartu, der zweitgrößten Stadt Estlands. Ansip stützt sich auf eine Mehrheit von 52 der 101 Abgeordneten. Das neue Kabinett rückte gegenüber der Vorgängerregierung weiter in die Mitte, da mit der Zentrumsparlei nun ein Gegengewicht zur radikal marktorientierten Reformpartei in der Koalition vertreten ist. Allerdings sind die programmatischen Akzente, die die Zentrumsparlei in der Koalition setzte, moderat.

So konnte sie sich mit der Forderung nach einer progressiven Einkommensteuer nicht durchsetzen, und auch der von den Zentrlisten gelegentlich signalisierte Wunsch, die russische Minderheit entgegenkommender zu behandeln, kommt über das Symbolhafte nicht hinaus. Stärkere Effekte zeitigten von Anfang an haushaltspolitische Entscheidungen aus wahltaktischen Motiven – im Herbst 2005 gab es Kommunalwahlen. Bereits nach hundert Tagen konnte die Regierung Ansip auf die Erhöhung von Pensionen, bessere Leistungen für Eltern und Steuererleichterungen bei der Einkommensteuer verweisen.⁶¹

Die Reformpartei hat ihre Führungsposition seitdem in den Umfragen ausgebaut und mittlerweile von der Idee einer Fusion mit der Res Publica Abstand genommen. Auch die Zentrumsparlei hat den Abgang einer Gruppe proeuropäischer Politiker gut verkräftet, und so scheinen sich die Parteien des gegenwärtigen Regierungslagers einigermaßen konsolidiert zu haben. Die Kommunalwahlen vom Oktober 2005, aus denen vor allem die Zentrumsparlei gestärkt hervorging, bestätigen diesen Trend.

Demgegenüber gibt die Opposition ein gemischtes Bild ab. Die Sozialdemokraten von Ex-Außenminister Ilves konnten bei den Europawahlen zwar ein Rekordergebnis einfahren, haben jedoch seither in der Wählergunst stark verloren. Die konservative Vaterlandsunion profiliert sich wie gehabt durch »patriotische« Kritik an der Regierung und unnachgiebige Politik gegenüber Russland, wie beispielsweise beim Streit um ein Denkmal im Städtchen Lihula deutlich wurde: Das Monument zu Ehren estnischer Waffen-SS-Legionäre, die im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite gegen die Sowjets kämpften, wurde noch auf Veranlassung von Premier Parts entfernt, da es dem internationalen Ansehen Estlands schade. Die Vaterlandsunion hat diese Entscheidung ebenso wie andere nationale und konservative Kreise kritisiert.

Die Partei Res Publica, die mit einer Art Anti-Establishment-Appeal und dem Versprechen einer »neuen Politik« bei der letzten Wahl die Wähler auf ihre Seite gezogen hatte, büßte während ihrer Regierungszeit

⁶¹ »Pundits Ponder Cabinet's 100-day Milestone«, in: *The Baltic Times*, 28.7.–3.8.2005.

ihre politische Unschuld und damit auch die Sympathien vieler Wähler ein. Mittelfristig ist nicht auszuschließen, dass sie wieder von der politischen Bildfläche verschwindet. Ihre Rettung sieht die Partei möglicherweise in einer Fusion mit der Vaterlandsunion.⁶²

Der instabile Zustand des parteipolitischen Gefüges dürfte aber auch in Zukunft keine größeren Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik oder die außenpolitische Ausrichtung des Landes haben. In der estnischen politischen Elite herrscht weitgehend Einvernehmen über eine deutlich marktorientierte Wirtschaftspolitik und die Einbindung in EU und Nato. Daran werden aller Voraussicht nach soziale Akzente und eine gewisse »Offenheit« gegenüber Russland-Themen, wie sie seitens der Zentrumspartei⁶³ oder der Volksunion⁶⁴ zum Ausdruck gebracht werden, grundsätzlich nichts ändern.

Außenpolitik

Estland nimmt derzeit eine Präzisierung bzw. Reformulierung seiner außenpolitischen Ziele vor. Im Frühjahr 2004 legte die estnische Regierung ein Strategiepapier zur Politik des Landes in der Europäischen Union zwischen 2004 und 2006 vor.⁶⁵ Im Sommer wurde eine neue Nationale Sicherheitskonzeption⁶⁶ verabschiedet, und im November präsentierte das Außenministerium eine neue Prioritätenliste seiner Politik.

62 »Right-wing Parties Set to Merge«, in: ebd., 17.–23.11.2005.

63 Die Zentrumspartei unterschrieb beispielsweise ein Kooperationsabkommen mit der als Kreml-treu geltenden Partei »Vereintes Russland«, und Parteichef Savisaar werden Präferenzen für russische Unternehmen nachgesagt. Nicht nur bei den Kommunalwahlen gewann die Zentrumspartei überproportional Stimmen von Russophonen.

64 Die Volksunion trat Ende 2005 dafür ein, von der strengen Haushaltsdisziplin abzurücken. Wenn Estland den Anschluss an Westeuropa finden wolle, müsse es seine öffentliche Infrastruktur gerade durch staatliches Engagement modernisieren. Überdies sei es aufgrund des Kofinanzierungsgrundsatzes notwendig, Mittel aus dem nationalen Haushalt frei zu machen, damit man Transfers aus Brüssel abrufen könne, »Reformists Reject People's Union Deficit Proposal«, in: *The Baltic Times*, 8.-14.12.2005.

65 *The Estonian Government's European Union Policy for 2004–2006*, <http://web-static.vm.ee/static/failid/038/Governments_European_Policy_for_2004-2006.pdf>.

66 *National Security Concept of the Republic of Estonia (2004)*, <www.vm.ee/eng/kat_177/eng/kat_177/4665.html#2>.

Als EU-Mitglied legt Estland Wert auf ein »wettbewerbsfähiges und offenes Europa«.⁶⁷ Daher ist Tallinn besonders an gemeinsamen Infrastrukturprojekte und an Maßnahmen interessiert, die der Flexibilisierung und Entbürokratisierung dienen und auf die Schaffung wissensbasierter Volkswirtschaften ausgerichtet sind. Bei der Sicherung von Konkurrenzfähigkeit spielt für Estland insbesondere die Steuerpolitik eine wichtige Rolle, weshalb Harmonisierungsbemühungen in diesem Bereich abgelehnt werden. Die estnische Regierung hat eine langfristige Strategie zur Erreichung der Lissabon-Ziele mit dem Titel »Estlands Erfolg 2014« beschlossen, die vor allem die Anhebung des Qualifikationsniveaus, die Unterstützung von Wissenschaft und Technologie sowie eine möglichst umfassende Verbreitung von neuen Entwicklungen im IT-Bereich betont.⁶⁸

Den Verfassungsvertrag befürwortet die estnische Regierung auch nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Unmittelbar nach den Negativvoten erklärte Premier Ansip, man wolle mit der Ratifizierung des Vertrags fortfahren.⁶⁹ Das estnische Parlament will im Februar 2006 mit dem Ratifizierungsprozess beginnen.⁷⁰

Estland möchte nicht am Rande des Integrationsgeschehens stehen. Das Land strebt daher einen raschen Beitritt zur Währungsunion und den Wegfall der Binnenkontrollen im Personenverkehr an. Bis 2007 will man Mitglied der »Schengen-Zone« werden. Der gleiche Zeithorizont ist für die Einführung des Euro realistisch, da sich Estland im Sommer 2004 in den Europäischen Wechselkursmechanismus II eingliedert hat.

Estlands Sicherheitspolitik ruht auf den »vier Säulen« Nato, EU, bilaterale Beziehungen mit Verbündeten sowie Kooperation im Ostseeraum.⁷¹ Die strategische Ausrichtung auf die USA ist jedoch unverkennbar. Nach estnischer Auffassung machen US-Militärpräsenz und eine konsequente Sicherung des amerika-

67 Vgl. ebd., S. 6.

68 Ebd. sowie *Competition and Competitiveness in Europe*, *Speech by the Prime Minister Juhan Parts in Natolin*, 29.9.2004, <www.vm.ee/eng/euro/kat_314/4870.html>.

69 »Estonia Bucks EU Trend, Vows to Go ahead as Planned with Constitution Vote«, in: *EUbusiness*, 17.6.2005, <www.eubusiness.com/Institutions/050617091841.7v67u9uu>.

70 »Estonia to Launch EU Treaty Ratification Debate«, in: *EUbusiness*, 18.1.2006, <www.eubusiness.com/Institutions/060118190515.q0635h0r>.

71 Kristina Ojuland (Minister of Foreign Affairs of the Republic of Estonia), *Main Guidelines of Estonia's Foreign Policy*, [wie Fn. 15], <www.vm.ee/eng/euro/kat_314/4567.html>.

nischen Engagements auf dem alten Kontinent »den Eckstein der europäischen Sicherheit« aus.⁷² Nicht von ungefähr beteiligt sich Estland denn auch mit der Infanterieeinheit Estpla an der Befriedung des Irak.⁷³ Allerdings ist die nach wie vor vorherrschende »Nato first«-Orientierung des sicherheitspolitischen Establishments nicht gleichbedeutend mit einer Ablehnung der ESVP. Vielmehr orientiert sich die estnische Außenpolitik an der Maxime, »Duplizierung und Konkurrenz« zwischen Nordatlantikpakt und ESVP zu vermeiden.⁷⁴ Von Expertenseite wird darauf hingewiesen, dass Estland es sich nicht erlauben könne, bei der Fortentwicklung der militärischen Komponente der ESVP abseits zu stehen. Das Beispiel Dänemarks habe gezeigt, dass Estland im Falle eines ESVP-Opt-outs in der EU an Einfluss verlieren und sich eines wichtigen Instruments zur Reduzierung langfristiger Sicherheitsrisiken begeben würde.⁷⁵ Estland beteiligt sich deshalb aktiv an EU-Missionen auf dem westlichen Balkan und wird – zusammen mit Schweden, Finnland und Norwegen – an der Bildung der EU Nordic Battle Group mitwirken.

Die ungebrochene Fixierung auf Washington hängt sicherlich auch damit zusammen, dass es trotz der Zugehörigkeit zu EU und Nato immer wieder zu Spannungen mit Russland kommt. Die Liste der estnisch-russischen Streitpunkte ist lang und reicht vom »Dauerproblem« der russischen Minderheit über die weiterhin ausstehende Ratifizierung des Grenzvertrags (die von russischer Seite ausgesetzt wurde, nachdem das estnische Parlament bei seiner Zustimmung zu dem im Mai 2005 unterzeichneten Dokument eine Präambel hinzufügte, die sich auf den bilateralen Grenzvertrag von 1920 bezieht), das Fernbleiben von Staatspräsident Rüütel bei den Moskauer Feierlichkeiten zum Kriegsende bis zum »Denkmalskrieg« um neue estnische und alte sowjetische Gedenkstätten. Russland hatte schon zuvor versucht, seine Zustimmung zur Ausdehnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit der EU

davon abhängig zu machen, dass die Situation der russischen Minderheit in Estland und Lettland verbessert wird. Zwar blieb dieser Vorstoß infolge der harten Haltung der Union ohne Erfolg, doch traut Tallinn vor allem den großen Partnerländern in der EU in Sachen Russlandpolitik nicht ganz über den Weg.

Besonderes Interesse bekundet Estland an der Kooperation mit osteuropäischen Ländern – vor allem mit der Ukraine, mit Moldova und mit Georgien – im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Partnerschaftspolitik der Nato. Die Ukraine und Georgien haben in der estnischen Entwicklungshilfepolitik Priorität. In Georgien engagieren sich estnische Experten im Verteidigungsministerium, im Rahmen der *EU Law Enforcement Mission* und beim Grenzschutz.⁷⁶

Wirtschaft

Estlands Konjunkturmotor läuft wie geschmiert und verbürgt auch für 2005 ein Wachstum von um die 7 Prozent.⁷⁷ Auch wenn die Preissteigerung etwas höher als im Vorjahr liegen dürfte (3,5 Prozent gegenüber 1,3 Prozent), hält die Tallinner Zentralbank die Inflation unter Kontrolle. Dämpfend auf den Preisauftrieb wirkt sich insbesondere der gute Zustand der Staatsfinanzen aus. Estland hat 2004 zum vierten Mal in Folge einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftet und wird wohl auch 2005 nicht in die roten Zahlen geraten. Das Land bleibt also insgesamt auf Euro-Kurs.

Der Schwachpunkt der estnischen Volkswirtschaft ist die aus den Fugen geratene Außenhandelsbilanz. Sie wird vermutlich auch im vierten Jahr hintereinander defizitär ausfallen – und zwar in zweistelliger Höhe. Die immense Zunahme der Importnachfrage konnte weder durch die Ausweitung der estnischen Ausfuhren noch durch einen Überschuss bei den Dienstleistungen aufgefangen werden. Diesem eklatanten Missverhältnis ist voraussichtlich auch im nächsten Jahr nicht abzuwehren.

72 *National Security Concept of the Republic of Estonia* [wie Fn. 66].

73 Das Mandat des 34 Mann starken Zugs wurde im April 2005 vom estnischen Parlament bis Ende des Jahres verlängert; eine weitere Verlängerung auf Grundlage einer UN-Resolution ist grundsätzlich möglich.

74 Urmas Paet (Estonian Foreign Minister), *Main Guidelines of Estonia's Foreign Policy, Address to the Riigikogu on behalf of the Government of Estonia*, 7.6.2005, <www.vm.ee/eng/kat_140/5487.html?arhiiv_kuup=kuup_2005>.

75 Erik Männik, »Estonia and the European Security and Defence Policy: A Realist View«, in: Kasekamp (Hg.), *The Estonian Foreign Policy Yearbook 2005*, [wie Fn. 59], S. 63–81 (80).

76 Vgl. Paet, *Main Guidelines of Estonia's Foreign Policy*, [wie Fn. 74].

77 Vgl. F.A.Z.-Institut, *Länderanalyse Baltikum, Anhaltende Höhenflüge*, November 2005; Manfred Weidmann, »Estland. Wachstum auf Rekordniveau«, in: *CEE-Report* (Wien: Bank Austria Creditanstalt), (2005) 4, S. 25; »Baltic Rim Economies, Estonia – Latvia – Lithuania – Poland«, in: *Turku School of Economics and Business Administration, Bimonthly Review*, (31.10.2005) 5, <www.tukkk.fi/pei/bre/BRE5_2005/BRE_5_2005.pdf>.

Lettland

Innenpolitik

Am 2. Dezember 2004 wurde der liberale Agrarökonom Aigars Kalvītis zum neuen Regierungschef gewählt. Damit bekam das Land sein drittes Kabinett nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2002, sein zwölftes seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991. Die Minderheitsregierung des grünen Ministerpräsidenten Indulis Emsis war im Herbst über den Budgetentwurf gestolpert. Kalvītis verfügt nun über eine deutliche Mehrheit von 69 der 100 Sitze im Parlament. Die Vierparteienkoalition aus Konservativen verschiedener Couleur (Volkspartei, Neue Zeit, Lettlands Erste Partei) und dem »Bündnis aus Grünen und Bauern« (der Partei des bisherigen Regierungschefs) kann überdies gelegentlich mit den Stimmen der national-konservativen Partei »Für Vaterland und Freiheit« rechnen. Diese hatte eine »konstruktive Opposition« angekündigt.

Die Regierung Kalvītis verfolgt wie ihre Vorgänger einen Nato-, EU- und marktwirtschaftsorientierten Kurs. In der Regierungserklärung waren für die nahe Zukunft fünf Prioritäten genannt worden: Gesundheitsreform, Verabschiedung des Haushalts und Inflationsbekämpfung, Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Lettlands, Beendigung der Privatisierung und Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags.⁷⁸ Zumindest das letzte Ziel wurde erreicht: Anfang Juni 2005 verabschiedete das lettische Parlament als erster Mitgliedstaat nach den Negativvoten in Frankreich und den Niederlanden den Vertrag mit einer Mehrheit von 71 zu fünf Stimmen (diese kamen von der Sozialistischen Partei).

Obwohl das Kabinett Kalvītis dank der klaren Mehrheitsverhältnisse weniger Schwierigkeiten hat als seine Vorgänger, bleibt der Dualismus der beiden Großen in der Koalition, der Volkspartei und der Neuen Zeit, ein Unsicherheitsfaktor. Das muss die Koalition bis zu den nächsten regulären Wahlen im Herbst 2006 nicht unbedingt gefährden, wird aber

⁷⁸ Deklarācija par Aigara Kalviša vadītā Ministru kabineta iecerēto darbību. Valdības Deklarācija [Regierungserklärung des von Aigars Kalvītis geführten Kabinetts], 1.12.2004, <www.mk.gov.lv/index.php/?id=30>.

für weitere Dynamik im ohnehin beweglichen Parteiengefüge des Landes sorgen. Durch die permanenten Abgrenzungsprozesse zwischen den drei führenden, miteinander konkurrierenden Parteien der Rechten bzw. der rechten Mitte – also zwischen den liberal-konservativen Gruppierungen (Volkspartei, Neue Zeit) und den Nationalkonservativen –, das Verschwinden bisheriger Akteure (etwa der konservativ-traditionalistischen Ersten Partei), die Neugestaltung der randständigen Linken und das Aufkommen neuer Parteien⁷⁹ wird die politische Landschaft immer wieder neu strukturiert. Hinzu kommen undurchsichtige kommerzielle Verbindungen zwischen der Geschäftswelt und politischen Führungspersönlichkeiten. Damit ist Lettland kein Einzelfall unter den neuen Mitgliedsländern, doch herrschen hier Rahmenbedingungen, die die Situation noch verschärfen. Nicht zuletzt der Umstand, dass Lettland zu einem wichtigen regionalen Finanzzentrum avancierte, dürfte eine Rolle spielen. Anfang 2005 drohte die US-Regierung den lettischen Behörden mit Sanktionen, sollte nicht energischer gegen Geldwäsche vorgegangen werden, im Frühjahr wurden zwei lettische Banken auf eine schwarze Liste des US-Finanzministeriums gesetzt.⁸⁰

Alles in allem ist für Lettlands Innenpolitik also weiterhin »instabile Stabilität« charakteristisch: Regierungschefs kommen und gehen, neue Parteien erzielen Wahlerfolge und verschwinden dann wieder in der Versenkung, doch angesichts einer strukturellen Dominanz der rechten Mitte bleiben die innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Orientierungen dieselben. Dies zeigte sich auch in der laufenden Legislaturperiode, in der trotz zweimaliger Regierungsneubildung innerhalb eines halben Jahres und obwohl die europaskeptischen Nationalkonservativen aus den

⁷⁹ So konnten bei den Kommunalwahlen im März 2005 im wichtigen Stadtrat von Riga neue Gruppierungen wie etwa das »Neue Zentrum« stark abschneiden. Auf nationaler Ebene gründete der Ex-Innenminister Gulbis die »Neuen Demokraten«, die mit dem Bündnis aus Grünen und Bauernallianz kooperieren wollen.

⁸⁰ »Latvian MPs Tackle Dirty Money Stigma«, in: *The Baltic Times*, 1.6.2005; »Latvian Banks Step up Vigilance«, in: ebd., 7.12.2005.

Wahlen zum Europäischen Parlament als Sieger hervorgingen⁸¹ keine größeren innenpolitischen Verwerfungen zu verzeichnen sind. Wie für Estland und Litauen gilt auch für Lettland: Ungeachtet wechselnder Koalitionen und Regierungen hält das Land Kurs.

Außenpolitik

Ähnlich wie die Kollegen in Estland und Litauen ist auch die lettische Regierung damit beschäftigt, ihr außenpolitisches Koordinatensystem nach dem Beitritt zur EU und zur Nato mit neuen Inhalten zu füllen. Das Rigaer Außenministerium hat deswegen einen Entwurf neuer außenpolitischer Leitlinien für den Zeitraum 2005 bis 2009 vorgelegt, der seit dem Herbst 2004 in Parlament und Fachöffentlichkeit diskutiert wird. Überdies soll unter Einschluss einer breiten Öffentlichkeit eine Strategie für »Lettland in der Europäischen Union« erstellt werden.⁸²

Die neuen »Leitlinien« enthalten acht Schwerpunkte: EU, nationale Sicherheit, Außenwirtschaftspolitik, multilaterale Kooperation, Regional Kooperation im Ostseeraum und mit Osteuropa, Kontakte mit den Auslandsletten, Entwicklungspolitik und das Image Lettlands.⁸³ Insgesamt zeichnet sich hierbei das Bild eines Landes ab, das sich rasch in alle Teilbereiche der Union einbringen möchte (Schengen, EWU), die EU-Mitgliedschaft als Anreiz und Möglichkeit zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit versteht und die Ostseekooperation bzw. die Zusammenarbeit mit den nordischen Staaten als tragenden Balken seiner außenpolitischen Architektur definiert.

Ins Auge fallen der hohe Stellenwert, der sicherheitspolitischen Fragen eingeräumt wird, und das klare Bekenntnis zu einer engen sicherheitspolitischen und militärischen Verbindung mit den Vereinigten Staaten. Damit einher geht ein transatlantischer Vorbehalt gegenüber der GASP und der ESVP. Gleichwohl möchte Lettland auch der EU gegenüber

als loyaler Partner und »Sicherheitsproduzent« auftreten, und so beteiligen sich die Streitkräfte des kleinen Landes gegenwärtig an internationalen Stabilisierungseinsätzen in Afghanistan, Bosnien, im Irak, in Georgien und im Kosovo.⁸⁴

Lettlands sicherheitspolitische Wachsamkeit resultiert wesentlich aus dem auch nach dem Beitritt zu EU und Nato nicht spannungsfreien Verhältnis zu Russland. Die strittigen Themen sind nicht neu. Obwohl man kurz vor der Unterzeichnung eines Grenzvertrags zwischen beiden Ländern stand, verweigerte Moskau im Frühjahr 2005 die Unterschrift, da das lettische Parlament eine Erklärung hinzufügen wollte, die aus russischer Sicht Gebietsansprüche einschließt. Da Lettland im Mai 2005 die »Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten« des Europarats ohne zwei wichtige Punkte (Verwendung zweisprachiger Orts- und Straßenschilder; Verwendung von Minderheitensprachen im Behördenverkehr) ratifizierte, kritisierte Moskau außerdem wieder einmal die lettische Minderheitenpolitik. Zuvor schon war das beiderseitige Verhältnis dadurch belastet worden, dass die russische Bevölkerungsgruppe sich durch die Ausdehnung des lettischsprachigen Unterrichts an Minderheitenschulen diskriminiert sah. Nicht nur die russische Minderheit protestierte, auch Russland intervenierte, beispielsweise beim niederländischen EU-Vorsitz, wo Moskau Lettland Menschenrechtsverletzungen vorwarf. Lettland erhielt allerdings Ende 2005 Rückendeckung für den generellen Kurs in der Minderheitenpolitik: Die Parlamentarische Versammlung des Europarats beschloss, das sogenannte Post-Monitoring hinsichtlich der Situation in Lettland einzustellen.⁸⁵

Am Ölterminal in der lettischen Hafenstadt Ventspils muss man außerdem mit dem Lieferstopp aus Russland fertig werden. Ein rotes Tuch für Moskau ist wiederum die Forderung nach Entschädigungsleistungen für die sowjetische Okkupation, die das lettische Parlament im Mai 2005 in einer Erklärung

⁸¹ Vgl. zu den Wahlen zum Europäischen Parlament: Geoffrey Pridham, »The European Parliament Election in Latvia, 12.6.2004«, in: *European Parties Elections and Referendums Network Briefing Nr. 19*, <www.sussex.ac.uk/sei/documents/epernep2004lativa.pdf>.

⁸² Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Latvia, »Latvia in the European Union« strategy, 15.7.2005, <www.mfa.gov.lv/en/eu/EuStrategy/>.

⁸³ *Latvijas ārpolitikas pamatvirzienu projekts 2005–2009* [wie Fn. 15], <www.mfa.gov.lv/lv/Arpolitika/arpolitikas-pamatvirzieni-2009/>.

⁸⁴ Vgl. Ministry of Defence, Republic of Latvia, *Latvian Participation in International Peace-keeping Missions*, 4.7.2005, <www.mod.gov.lv/index.php?pid=13164>.

⁸⁵ Der Vorsitzende des Monitoring-Ausschusses hatte allerdings eine andere Auffassung vertreten und gefordert, Lettland müsse zunächst seine Vorbehalte gegenüber der Rahmenkonvention zum Minderheitenschutz aufgeben, die Einbürgerungsrichtlinien vereinfachen und sogenannten Nichtbürgern (also zumeist Russophonen ohne russischen und lettischen Pass) das Kommunalwahlrecht geben, vgl. »Council of Europe Closes Post Monitoring of Latvia«, in: *The Baltic Times*, 1.–7.12.2005.

über die »politische Beurteilung des Besatzungsregimes der UdSSR« erhob (allerdings distanzierte sich die lettische Regierung von diesem Parlamentsbeschluss).⁸⁶

Lettland reagiert auf diese Spannungen mit einer Doppelstrategie. Abgesehen davon, dass man offiziell die »strategische Bedeutung« der Beziehungen zu Russland betont, drängt Riga einerseits vor allem auf das Zustandekommen und die Beibehaltung einer einheitlichen EU-Position. Lettland ist daran interessiert, die Beziehungen zu Russland über Brüssel zu regeln. Die Kooperation zwischen der Union und Russland soll »offen, fest und fair« sein, Europa dürfe, so Außenminister Artis Pabriks, gegenüber Russland keinen »Exzeptionalismus« praktizieren und dem Land aufgrund seiner Größe, Geschichte oder Komplexität besondere Nachsicht gewähren.⁸⁷

Andererseits engagiert sich Lettland zugunsten anderer GUS-Staaten und möchte etwa seine Erfahrungen bei Transformation und Demokratisierung an Länder wie Georgien oder die Ukraine weitergeben. Die Ankündigung, man werde die Opposition in Belarus unterstützen, soll Minsk zu der Drohung veranlassen, nach alternativen Transportrouten für die Ausfuhr seiner Güter zu suchen.

Wirtschaft

Die lettische Wirtschaft ist 2004 kräftig gewachsen und hat auch 2005 deutlich zugelegt.⁸⁸ Doch der wirtschaftliche Höhenflug mit Wachstumsraten von fast 9 Prozent (2005 waren es wahrscheinlich knapp 8 Prozent) hat auch negative Folgen: Die lettische Inflationsrate ist hoch und wird auch nach dem Wegfall der Sondereffekte, die den Preisanstieg 2004 auf über 6 Prozent gehoben haben (Preisfreigaben, hoher Dollarkurs), kurzfristig kaum zurückgehen. Das Leistungsbilanzdefizit dürfte 2005 wie schon 2004 einen zweistelligen Wert erreichen. Sollte sich das Auslandskapital in nächster Zeit rar machen, wird die negative Handelsbilanz zu einem echten Risiko

für die lettische Volkswirtschaft. Stabilisierend wirkt vor diesem Hintergrund, dass der Staatshaushalt sich mit einem Fehlbetrag von nur 1,1 Prozent des BIP im Jahr 2004 und maximal 1,5 Prozent in 2005 recht solide darstellt. Dennoch halten Fachleute eine noch stringendere Fiskalpolitik für angezeigt. Sie würde insbesondere zur Dämpfung der Inflation beitragen, die eine rasche Kursnahme auf den Euro gegenwärtig gefährdet. Die gemeinsame Währung will man in Lettland nach dem im Mai 2005 erfolgten WKM-II-Beitritt im Jahr 2008 einführen.⁸⁹

⁸⁶ »Parliament, Government, Split on Resolution«, in: *The Baltic Times*, 19.–25.5.2005.

⁸⁷ Siehe den Artikel des lettischen Außenministers Artis Pabriks, »The EU Must Be Frank, Firm and Fair when Dealing with Russia«, in: *European Voice*, 10 (16.9.2004) 31.

⁸⁸ Vgl. F.A.Z.-Institut, *Länderanalyse Baltikum* [wie Fn. 77]; Sándor Gardó, »Lettland. Wachstum um jeden Preis?«, in: *CEE-Report* (Wien: Bank Austria Creditanstalt), (2005) 3, S. 26; »Baltic Rim Economies« [wie Fn. 77].

⁸⁹ »Delayed Euro Entry Could Damage Latvian Economy: President«, in: *EUbusiness*, 25.11.2005, <www.eubusiness.com/Euro/051125151814.3m4tbw4x>.

Litauen

Innenpolitik

In Litauen stand die erste Zeit nach dem EU-Beitritt im Zeichen innenpolitischer Verwerfungen. Zunächst absorbierte die Auseinandersetzung um den erst im Jahr zuvor gewählten Staatspräsidenten Rolandas Paksas die öffentliche Aufmerksamkeit. Nachdem Paksas wegen Kontakten zu zwielichtigen Geschäftsleuten und zur organisierten Kriminalität (mit angeblich russischem Hintergrund) zu einem nationalen Sicherheitsrisiko erklärt worden war, leitete das litauische Parlament ein Amtsenthebungsverfahren ein; im April 2004 musste Paksas abtreten. Bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im Juni 2004 setzte sich Valdas Adamkus, der das Amt des Staatsoberhauptes nun bereits zum zweiten Mal bekleidet, gegen die von Paksas unterstützte Ex-Premierministerin Prunskiene durch. Dieses Wahlergebnis wurde in Litauen vorwiegend mit Erleichterung aufgenommen. Der nach 50 Jahren Exil erst 1997 aus den USA zurückgekehrte Adamkus gilt als seriöser Politiker und Garant außenpolitischer Kontinuität.

Die zweite wichtige innenpolitische Entwicklung war der Vormarsch der neuen Arbeitspartei unter dem illustren Millionär Viktor Uspaskich. Bereits bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wurde die als Moskau-nah betrachtete Gruppierung des russischstämmigen Unternehmers mit einem Stimmenanteil von 30 Prozent auf Anhieb stärkste Partei, ein Erfolg, den die aufgrund ihres nebulösen Programms und ihrer weitgehenden Versprechen auch als »Populisten« bezeichnete Partei in den Parlamentswahlen vom Oktober wiederholen konnte (siehe Tabelle A-1, S. 40). Die Arbeitspartei punktete vor allem auf dem Lande, bei älteren Menschen, Erwerbslosen und all den anderen, die generell als die »Transformationsverlierer« gelten. Daneben erzielten auch die Gruppierungen von Paksas und Prunskiene beachtliche Ergebnisse; fast die Hälfte der abgegebenen Stimmen verteilte sich damit auf Protestparteien.

Obwohl alle etablierten Parteien Vorbehalte gegenüber der Arbeitspartei formulierten, kam eine übergreifende »Regenbogenkoalition« der moderaten Kräfte nicht zustande. Stattdessen taten sich die bereits vor den Wahlen regierenden Sozialdemokraten

und Linksliberalen mit der Partei von Uspaskich und der Gruppierung von Frau Prunskiene zusammen.

Die vom bisherigen Premierminister Brazauskas geführte Regierung kann sich zwar auf eine satte Mehrheit von 84 der 141 Abgeordneten stützen, doch sorgte die Aufnahme der Arbeitspartei und Uspaskichs immer wieder für Unruhe in der Koalition. Obschon die Arbeitspartei auf die Einlösung ihrer großspurigen Wahlversprechungen weitgehend verzichtet hat (Lohn- und Rentenerhöhungen, Steuersenkungen, Änderung des Wahlsystems und des Verwaltungsaufbaus), erwies sich nicht zuletzt der in zahlreiche Machenschaften verstrickte Uspaskich als Belastung für die Regierung. Dennoch hat das Mitte-Links-Bündnis bislang überlebt und mit einer umfassenden Steuerreform sogar eines seiner zentralen Vorhaben auf den Weg gebracht. Auch nachdem Uspaskich im Frühsommer 2005 seinen Hut nehmen musste, scherte die Arbeitspartei nicht aus der Koalition aus.

Insgesamt bleibt die innenpolitische Situation aber labil. Uspaskich, dem vorübergehend das Ende seiner politischen Karriere drohte, steuert seine Partei einigermaßen erfolgreich »aus der zweiten Reihe«. Ende 2005 war die Arbeitspartei in den Umfragen wieder die eindeutig populärste Gruppierung. Angesichts eines ob Korruptionsvorwürfen gegen seine Frau angeschlagenen Premiers Brazauskas, einer schwächelnden Sozialdemokratie und einer einstweilen hinter ihren Erwartungen zurückbleibenden konservativen Opposition sind die mittelfristigen Perspektiven eher unklar. Mit Uspaskich und der Arbeitspartei muss weiterhin gerechnet werden.

Außenpolitik

Auch in Litauen versucht man, die außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten nach dem Beitritt zu EU und Nato neu zu definieren. Bereits der Interimspräsident Paulauskas hatte im Mai 2004 die Richtlinien einer »Neuen litauischen Außenpolitik« präsentiert,⁹⁰

⁹⁰ Paulauskas, *Speech at Vilnius University, on Lithuania's New Foreign Policy*, [wie Fn. 15], <www.urm.lt/popup2.php?item_id=8496>.

Tabelle A-1
Ergebnis der litauischen Parlamentswahlen vom 10. Oktober 2004

	Stimmenanteil (in %)	Mandate (insgesamt 141)	
Arbeitspartei	28,4	39*	41**
»Arbeit für Litauen«	20,7		
– Litauische Sozialdemokratische Partei		20	21
– Neue Union (Sozialliberale)		11	10
Vaterlandsunion	14,6	25	26
Für Ordnung und Gerechtigkeit (Paksas)	11,4	10	10
Liberales und Zentrumsunion	9,1	18	19
Union Bauernpartei und Neudemokratische Partei (Prunskiene)	6,6	10	12***
Wahlaktion der Polen	3,8	2	
Sonstige	5,4	6	1

* Auf jeweiliger Parteiliste gewählte Abgeordnete.

** Stand unmittelbar nach Konstituierung des neuen Parlaments.

*** Einschließlich der beiden Abgeordneten der polnischen Minderheit.

Quelle: Lithuanian Election Committee, *Elections to the Seimas of the Republic of Lithuania 2004*, <www.vrk.lt/rinkimai/2004/seimas/rezultatai/rez_pgl_part_e_20.htm>.

und Adamkus konkretisierte kurz nach seinem Amtsantritt die seiner Auffassung nach anstehenden außenpolitischen Herausforderungen.⁹¹ Unmittelbar vor den Parlamentswahlen unterschrieben alle relevanten politischen Kräfte (einschließlich der umstrittenen Arbeitspartei) ein Dokument über die wichtigsten außenpolitischen Ziele für den Zeitraum 2004 bis 2008.⁹² Eine Anfang 2005 in Kraft getretene mittelfristige Verteidigungsstrategie verabschiedet sich von der klassischen Territorialverteidigung und dem Prinzip »Allein für sich« zugunsten von Kollektivverteidigung und der Maxime »Einer für alle, alle für einen«.⁹³

Neben einem eindeutigen Bekenntnis zur Europäischen Union, zur Nato und zu den transatlantischen Beziehungen werden in nahezu allen Erklärungen die Intensivierung der Kooperation mit Russland (bilateral und im Rahmen des EU-Russland-

Dialogs) und insbesondere die Zusammenarbeit mit Kaliningrad betont. In der Praxis ließ sich allerdings das Verhältnis zu Russland bisher nicht deutlich verbessern. Der Absturz eines russischen Kampfjets auf litauischem Territorium im September 2005 führte zu neuer Nervosität auf beiden Seiten. Litauens ausführliche Untersuchung der Begleitumstände des Vorfalls rief Unmut in Moskau hervor. Gleichzeitig stieg seither die Verunsicherung in Litauen, und das Vertrauen in die eigenen Streitkräfte, vor allem aber in die Nato ist spürbar angeschlagen.⁹⁴ In diesem Zusammenhang erhobene Forderungen nach einer mehr oder minder weitgehenden Demilitarisierung Kaliningrads (das russische Flugzeug war auf dem Weg in die Enklave) wurden von russischer Seite kategorisch zurückgewiesen. Doch es sind nicht in erster Linie Fragen der militärischen Sicherheit, die Kaliningrad immer wieder zu einem Thema in den litauisch-russischen Beziehungen machen. Nach wie vor bestehen beispielsweise Probleme beim Transit, geht die wirtschaftliche Zusammenarbeit nur zögerlich voran. Das litauische Parlament sprach sich im September 2004 in einer Resolution offen gegen die russische Forderung nach einem »Transitkorridor« nach Kaliningrad aus, was harsche Reaktionen aus Moskau zur Folge

⁹¹ Adamkus, *Address during the Meeting of the Heads of Foreign Diplomatic Missions in Lithuania* [wie Fn. 15], <www.president.lt/en/news.full/5126>.

⁹² *Agreement between Political Parties of the Republic of Lithuania on the Main Foreign Goals* [wie Fn. 15], <www.urm.lt/popup2.php?nr=1&item_id=255>.

⁹³ Ministry of National Defence, Republic of Lithuania, *Guidelines of the Minister of National Defence 2006–2011, Approved by Order No. V-165 of 14 February 2005 of the Minister of National Defence*, <www.kam.lt/index.php?ItemId=33867>; vgl. auch *Baltic News Service*, 17.11.2004.

⁹⁴ »Poll Highlights Security Worries«, in: *The Baltic Times*, 27.10.–2.11.2005.

hatte. In Litauen wiederum werden immer wieder Befürchtungen laut, Russland trachte danach, litauische Investoren aus Kaliningrad zu vertreiben.⁹⁵

Außerdem belasten historisch begründete Probleme das Verhältnis. Wie sein estnischer Amtskollege Rützel fuhr auch der litauische Staatspräsident nicht zu den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes nach Moskau. Aus litauischer Sicht hätte eine Teilnahme an der Zeremonie »Litauens Okkupation« durch die Sowjetunion legitimiert.⁹⁶ Für Unmut sorgte dann in Litauen nur kurze Zeit später ein Treffen der Staatsoberhäupter Russlands und Frankreichs sowie des deutschen Bundeskanzlers zum 750-Jahr-Jubiläum Kaliningrads, zu dem Präsident Adamkus (ebenso wie Polens Präsident Kwaśniewski) nicht eingeladen wurde. Wenn Litauens Außenminister Valionis die bilateralen Beziehungen zu Russland als »pragmatisch und nicht zu schlecht« beschreibt, ist dies daher eine recht wohlwollende Darstellung. Immerhin wirft er selbst Moskau »eine Tendenz zum Imperialismus oder zur Expansion« vor.⁹⁷

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Litauen seine Abhängigkeit von Russland im sensiblen Energiesektor zu reduzieren versucht. So will man die größte Raffinerie des ganzen Baltikums, Mažeikių nafta, die einst mehrheitlich in den Besitz von Jukos gelangt war, nun an einen anderen Investor veräußern. Dass man dabei einen russischen Anleger im Boot haben muss, da es keine Alternative zu einer sicheren Lieferbeziehung zu Russland gibt, ist den Beteiligten klar. Zahlreiche Stimmen fordern daher, Mažeikių sowie das dazugehörige Terminal in Butinge möglichst an ein Konsortium aus russischen und westlichen Firmen zu verkaufen.⁹⁸ Gemeinsam mit Lettland und Polen macht Litauen sich außerdem für den Bau einer Pipeline für russisches Gas über das eigene

Territorium und über Kaliningrad stark und opponiert vehement gegen die geplante »Ostsee-Pipeline«, die das eigene Staatsgebiet umgehen würde.

Wegen der schwierigen Beziehungen zu Russland setzt Litauen in der EU und in der Nato zudem auf den Ausbau der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn der Union, vor allem zur Ukraine, aber auch zu Moldova und zum südlichen Kaukasus. Besonderes Augenmerk gilt auch dem Nachbarn Belarus. Auf dem Treffen der GUAM-Gruppe (Georgien, Ukraine, Aserbeidschan, Moldova) im April 2005, an dem der litauische Staatspräsident teilnahm, wurde das Thema »Belarus« auf Adamkus' Vorschlag hin in die Gipfelerklärung aufgenommen.⁹⁹ Auch die von den Präsidenten Georgiens und der Ukraine im August 2005 präsentierte Idee einer »Gemeinschaft der Demokratischen Wahl«, die aus reformorientierten Ländern zwischen Ostsee und Schwarzem Meer entstehen soll, wird von ihm unterstützt.¹⁰⁰

Was die Ukraine betrifft, spielt die Kooperation mit Warschau eine besondere Rolle. Die »strategische Partnerschaft« mit Polen soll es Litauen erleichtern, sich bei der Ausgestaltung der Kooperationsbeziehungen zwischen der EU bzw. den USA und den osteuropäischen Ländern einzubringen. Die Außenministerien beider Länder hatten unmittelbar nach dem EU-Beitritt vereinbart, regelmäßig Konsultationen zur Ausarbeitung gemeinsamer Vorschläge für die EU-Nachbarschaftspolitik abzuhalten.¹⁰¹ Nachdem sich Präsident Adamkus zusammen mit dem polnischen Staatspräsidenten in die Vermittlungsaktivitäten während der ukrainischen »Orangen Revolution« eingebracht hatte und sich beide Länder in die Diskussion um den EU-Aktionsplan für die Ukraine einschalteten, wurde die Gründung einer polnisch-litauisch-ukrainischen Parlamentarischen Versammlung vereinbart. Außerdem ist ein neues trinationales Bataillon geplant, das seinen ersten Einsatz im Rahmen der KFOR-Mission im Kosovo leisten soll.¹⁰²

⁹⁵ In der Enklave sollen rund 600 litauische Unternehmen präsent sein, »Lithuanian Investors Could Become«, in: *The Baltic Times*, 23.2.2005.

⁹⁶ »A Shake-up in Europe Could be Useful« (Interview mit dem litauischen Außenminister Antanas Valionis), in: *The Baltic Times*, 21.–27.7.2005.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Mitte Oktober 2005 entschloss sich die litauische Regierung, zunächst mit der russisch-britischen TNK-BP zu verhandeln. Allerdings, so wird betont, sei damit noch keine definitive Entscheidung getroffen. Der gesamte Prozess wird dadurch erschwert, dass Unklarheit über die Eigentumsverhältnisse der früheren Jukos-Anteile besteht, vgl. Vladimir Socor, »TNK-BP, Lukoil, Rosneft Vie for Yukos Legacy in Lithuania«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 2 (20.10.2005) 195, <www.jamestown.org/edm/article.php?article_id=2370367>.

⁹⁹ »Saakashvili Praises Lithuania«, in: *The Baltic Times*, 20.4.2005.

¹⁰⁰ »Adamkus Praises Eastern Leaders«, in: ebd., 17.8.2005.

¹⁰¹ Ministerstwo Spraw Zagranicznych (Polnisches Außenministerium), *Wizyta robocza w Polsce Ministra SZ Republiki Litewskiej, Pana Antanasa Valionisa, 1–2 lipca 2004 r.* [Arbeitsbesuch des Außenministers der Republik Litauen, Antanas Valionis, in Polen, 1.–2. Juli 2004], 2.7.2004, <www.ms.gov.pl>.

¹⁰² Vladimir Socor, »Poland, Lithuania, Ukraine Create Inter-Parliamentary Assembly, Joint Battalion«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 2 (17.5.2005) 96.

In Moldova verabredete der litauische Außenminister bei einem Besuch Anfang 2005 systematische Kontakte zwischen den Ministerien; Litauen will insbesondere bei der Umsetzung des EU-Aktionsplans helfen.¹⁰³

Die Zusammenarbeit zwischen Litauen und Georgien wiederum entwickelt sich zu einer Art Schwungrad für eine breitere Kooperation zwischen den baltischen Staaten und den Ländern des Südkaukasus (»3+3«-Dialog). Litauen engagiert sich insbesondere in der militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, beim Know-how-Transfer für die wirtschaftliche Umgestaltung und die demokratische Konsolidierung, aber auch durch Hilfe bei der Annäherung an EU und Nato.¹⁰⁴

Die Lage in Belarus bleibt für die litauische Außenpolitik eine dauerhafte Herausforderung. Zu den deutlichsten Formen der Unterstützung für Pluralismus und Zivilgesellschaft in Belarus gehört Litauens Offerte, die durch das Lukašenko-Regime verbotene Europäische Humanistische Universität in Wilna wiederzueröffnen. Auch will sich Litauen am Aufbau eines Sendernetzwerks für eine unabhängige Radiostation beteiligen, die nach Belarus senden soll. Minsk drohte daraufhin, in Kaliningrad einen eigenen Hafen zu errichten, damit der Güterumschlag von und nach Belarus nicht mehr über das litauische Klaipeda abgewickelt werden müsse.¹⁰⁵ Allerdings sucht Wilna weiterhin den »kritischen Dialog« mit dem offiziellen Minsk. Litauens Premier Brazauskas traf sich im Oktober 2005 mit seinem Amtskollegen aus Minsk, als dieser zu einer belarussischen Industriemesse nach Wilna kam.¹⁰⁶ Unter Achtung des gemeinsamen Kurses der EU will man insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet die Kontakte aufrechterhalten und vertiefen.

Der Ausbau der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum bzw. mit den anderen baltischen Republiken und den skandinavischen Staaten liegt ebenfalls im litauischen Interesse. Man erhofft sich, auf diesem Weg »ein Zentrum regionaler Kooperation zu werden, das

mit Europa durch Transport-, Energie- und Infrastrukturnetzwerke verbunden ist.«¹⁰⁷

Einen proeuropäischen Akzent setzte Litauen, als es als erstes Mitgliedsland den EU-Verfassungsvertrag ratifizierte. Auf seiner letzten Sitzung stimmte der abtretende Seimas mit 84 Stimmen (bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen) dem Vertragswerk zu. Der Wunsch, sich als europapolitischer Muster Schüler zu profilieren, ging offensichtlich so weit, dass man auf eine breitere öffentlich-politische Diskussion über diesen Schritt verzichtete.

Bei alledem bleibt Litauen gleichwohl seiner konsequent Amerika-nahen und Nato-orientierten Außenpolitik treu. Trotz einer für Anfang 2006 angekündigten Verkleinerung des litauischen Kontingents im Irak¹⁰⁸ ändert sich an dieser Haltung auch künftig nichts, da Wilna den USA nicht zuletzt bei der Verfolgung der eigenen ostpolitischen Ziele eine zentrale Rolle beimisst. Dass Litauen sich für eine bessere Koordinierung der »Demokratisierungsagenden« der USA und der EU einsetzt und uneingeschränkt hinter einer durch die Pax Americana garantierten Demokratisierungsstrategie steht, kann nicht überraschen.¹⁰⁹

Wirtschaft

Litauens Wirtschaft wächst nach wie vor mit beeindruckendem Tempo.¹¹⁰ Nach einem realen Wirtschaftswachstum von knapp 10 Prozent im Jahr 2003 ging das Wachstum 2004 auf 6,7 Prozent zurück und dürfte sich 2005 auf diesem Niveau gehalten haben. Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung schlägt sich unter anderem in der Haushaltslage nieder: Das staatliche Budget ist zwar nicht ausgeglichen, mit einem Fehlbetrag von etwa 2 Prozent

103 Ders., »Baltic Sea-Black Sea ›Axis‹ Adumbrated«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 2 (28.3.2005) 60.

104 Ders., »New Group of Georgia's Friends Founded«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 2 (7.2.2005) 26; ders., »Baltic Anchors to the Black Sea«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 1 (21.10.2004) 110.

105 »Białoruś karze Litwę« [Belarus bestraft Litauen], in: *Gazeta Wyborcza*, 28.7.2005.

106 Der Besuch war mit dem litauischen Außenministerium abgestimmt. »Paulauskas Clarifies Visit by Belarusian PM«, in: *The Baltic Times*, 28.9.2005.

107 Adamkus, *Address during the Meeting of the Heads of Foreign Diplomatic Missions in Lithuania* [wie Fn. 15], <www.president.lt/en/news.full/5126>.

108 Die 50 Mann starke, im polnischen Sektor aktive Einheit »Litdet« wird abziehen, so dass nur noch ein ebenso großes Kontingent im Südirak übrig bleibt.

109 Vgl. *Speech of President of the Republic of Lithuania Valdas Adamkus, »Discovering Terra Democratica in Eastern Europe and Beyond: Successes, Challenges and the Way Forward«*, Chicago Council on Foreign Relations, Chicago, 19.9.2005, <www.ilembassyus.org/hot/Adamkus_speech.htm>.

110 Vgl. F.A.Z.-Institut, *Länderanalyse Baltikum* [wie Fn. 77]; Manfred Weidmann, »Litauen. Inlandsnachfrage sorgt für robustes Wachstum«, in: *CEE-Report* (Wien: Bank Austria Creditanstalt), (2005) 4, S. 27; »Baltic Rim Economies« [wie Fn. 77].

aber im Lot. Angesichts einer geringen Gesamtverschuldung (20 Prozent des BIP) und einer niedrigen Inflationsrate (nach einer Deflation im Jahr 2003 wird der Wert für 2005 wohl knapp unter 3 Prozent liegen) bleibt Litauen auf Euro-Kurs. Da das Land im Juni 2004 dem Europäischen Wechselkursmechanismus II beigetreten ist, scheint die Übernahme der Gemeinschaftswährung Anfang 2007 im Bereich des Möglichen zu sein.

Trotz der hohen Wachstumsraten fällt der Rückgang der Arbeitslosigkeit allerdings bescheiden aus. Auch wenn die Arbeitslosenquote mittlerweile auf 10 Prozent gesunken ist, partizipieren die ländlichen und peripheren Gebiete offensichtlich nur geringfügig am Aufschwung.

Polen

Innenpolitik

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom Herbst 2005 zeigten es: Polens politische Landschaft ist nach wie vor im Fluss. Der Vormarsch der rechten und konservativen Parteien, die Schwächung der sozialdemokratischen Linken, das Verschwinden der politischen Mitte, die Etablierung starker radikaler Gruppierungen am linken und rechten Rand sowie generell der Erfolg populistisch-konfrontativer Politik machen die innenpolitische Entwicklung unberechenbar und intransparent.

Ursächlich für den Niedergang der Linken waren wachsende Probleme des seit 2001 amtierenden sozialdemokratischen Premierministers Miller. Dessen Hoffnungen, das steile Wirtschaftswachstum und ein gewonnenes EU-Referendum würden eine Trendwende zugunsten der Regierungspartei SLD (Demokratische Linksallianz) herbeiführen, waren durch zahlreiche Skandale, in die SLD-Funktionäre und Regierungsmitglieder verwickelt waren – allen voran »Rywingate« (Bestechungsversuch, um Änderungen im Mediengesetz leichter durchsetzen zu können) und die Starachowice-Affäre (mafiose Strukturen wurden durch SLD-Amtsträger vor einem Polizeieinsatz gewarnt) –, eine anhaltend hohe Arbeitslosenquote (zwischen 19 und 20 Prozent) und die Ankündigung schmerzhafter fiskalischer Konsolidierungsmaßnahmen (Hausner-Plan) zunichte gemacht worden.

Nachdem Miller bereits als Parteivorsitzender zurückgetreten war, gab er mit Wirkung zum 2. Mai 2004 auch sein Amt als Regierungschef auf. Neuer Premier wurde der frühere Finanzminister und Wirtschaftsexperte Marek Belka, der sich im Parlament auf eine fragile Mehrheit aus Linksallianz, deren Bündnispartner Arbeitsunion (UP), der von unzufriedenen SLD-Politikern gegründeten Polnischen Sozialdemokratie (SDPL) sowie kleineren Parteien und unabhängigen Abgeordneten stützte. Belka wollte fünf zentrale Prioritäten realisieren: Armutsbekämpfung und Senkung der Arbeitslosigkeit, »Ausschöpfung der Chancen der EU-Mitgliedschaft«, transparente Privatisierung, Reform des Gesundheitswesens und einen

erfolgreichen Einsatz im Irak.¹¹¹ Doch während Belkas Regierung in der Außen- und Europapolitik durchaus Erfolge erzielen konnte (Zustimmung zum Kompromiss beim Verfassungsvertrag, Ukraine, Perspektive eines Rückzugs polnischer Truppen aus dem Irak), kamen sozial- und wirtschaftspolitische Struktur-reformen nur schleppend voran. Vor allem die Kernelemente des Hausner-Plans wurden nicht umgesetzt. Das vom damaligen für Wirtschaftsfragen zuständigen stellvertretenden Regierungschef lancierte fiskalische Austeritätspaket scheiterte insbesondere am Widerstand der Linksallianz, aber auch daran, dass die Oppositionsparteien (namentlich die Bürgerplattform, PO) entgegen ihrer reformfreundlichen Rhetorik nur wenige Maßnahmen Hausners tatsächlich unterstützten.¹¹² Hausner verließ daher sowohl die Regierung als auch die Linksallianz und wechselte zur neuen Demokratischen Partei (PD). Premier Belka hielt bis zu den Parlamentswahlen durch, trat jedoch zuletzt immer weniger als Regierungschef und immer häufiger als Verwalter auf.

Die Parlamentswahlen vom 25. September 2005 (siehe Tabelle A-2, S. 44) brachten zwar den vorausgesagten Machtwechsel, aber nicht in der erwarteten Form einer Koalition aus liberal-konservativer »Bürgerplattform« und national-konservativer »Recht und Gerechtigkeit« (PiS). Nachdem die PiS bereits bei den Parlamentswahlen vorne gelegen hatte, gewann ihr Kandidat, Lech Kaczyński, überraschend auch die im Oktober abgehaltenen Präsidentschaftswahlen. Konsterniert und von der PiS brüskiert, blieb dem designierten Koalitionspartner der PiS nur der Weg in die Opposition. Die PiS setzte unterdessen auf die Annäherung an radikale Parteien wie die »Selbstverteidigung« des linkspopulistischen Bauernführers Lepper und die nationalkatholische Liga der polnischen Familien (LPR). Mit deren Stimmen sowie mit Unterstützung der Bauernpartei PSL gelangte Anfang

¹¹¹ Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Vorsitzenden des Ministerrats], *Exposé prezesa Rady Ministrów Marka Belki* [Exposé des Vorsitzenden des Ministerrats Marek Belka], Warschau, 14.5.2004, <www.kprm.gov.pl>.

¹¹² Vgl. Witold Gadowski, »Drzwiami nie trzaskać, reformować« [Nicht mit den Türen schlagen], in: *Gazeta Wyborcza*, 14.5.2005.

Tabelle A-2
Ergebnis der polnischen Parlamentswahlen vom
25. September 2005 (Wahlen zum Sejm)

	Sitze (insges. 460)	Stimmen (in %)
Recht und Gerechtigkeit (PiS)	155	26,99
Bürgerplattform (PO)	133	24,14
Demokratische Linksallianz (SLD)	55	11,31
Selbstverteidigung (Samo-obrona)	56	11,41
Liga der polnische Familien (LPR)	34	7,97
Bauernpartei (PSL)	25	6,96
Deutsche Minderheit (MN)	2	0,29

Quelle: Polish Press Agency, *Poland – Elections 2005*,
 <www.elections.pap.pl/cgi-bin/news1.pl?id=29&g=01&lang=en>.

November 2005 eine vom Wirtschaftsexperten Kazimierz Marcinkiewicz geführte PiS-Minderheitsregierung ins Amt.

Dass es diese Regierung nicht leicht haben würde, stand von Anfang an fest. Die im Januar 2006 manifest gewordene Krise bei der Verabschiedung des Haushalts machte indes die tatsächliche Labilität der im Herbst 2005 entstandenen politischen Konstellation sichtbar. Mit einem gleichgesinnten Staatspräsidenten im Rücken bemühte sich die PiS, durch Koalitions-gespräche mit den Populisten, eher gespielte Verhandlungen mit der Bürgerplattform und die Drohung mit vorgezogenen Wahlen ihren Spielraum auszuweiten. Da sich die PiS im Aufwind wähnte, schien ihr die letztere Option sehr attraktiv. Doch auch Neuwahlen würden kaum klare Mehrheitsverhältnisse bringen.

Sollte die PiS-Regierung im Amt bleiben oder aber siegreich aus einem neuen Urnengang hervorgehen, stünde sie so oder so vor derselben Herausforderung: Sie hat die Wahlen mit der Parole »solidarisches Polen« für sich entschieden, doch die Realisierung ihrer sozialpolitischen Versprechungen und ihrer auf einem aktiven Staat basierenden Wirtschaftspolitik würde milliardenschwere gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Programme erfordern. Will sie keine Finanzkrise heraufbeschwören, muss sie Abstriche machen. Dies wiederum wäre Wasser auf die Mühlen sowohl der radikalen Konkurrenten als auch der linken Opposition.

Unabhängig vom weiteren Gang der Dinge, stellt die im Herbst 2005 erfolgte politische Wachablösung in Warschau eine weitere Zäsur in der polnischen Innenpolitik dar. Abermals bewahrheitete sich die Regel, der zufolge seit 1989 noch nie eine Regierung im Amt bestätigt wurde. Der Erfolg der sozial-patrio-

tischen PiS und der gleichzeitige Sieg ihres Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen läutet dennoch keine Epoche struktureller konservativer Hegemonie in der polnischen Politik ein; dazu ist die parlamentarische Basis der neuen Regierung zu schwach und der gesellschaftliche Rückhalt nicht ausreichend. Die größte Herausforderung für die neue Equipe besteht neben der permanenten Suche nach parlamentarischen Mehrheiten darin, ihrem hohen moralischen Anspruch gerecht zu werden, um so das zerrüttete Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen wiederherzustellen und dabei die Idee der »moralischen Revolution« und des Aufbaus einer neuen »IV. Republik« durchzusetzen. Sollte es der PiS gelingen, die national-populistischen Parteien »aufzusaugen« (wie die Schwächung von LPR und Samo-obrona seit den Wahlen nahe legen) und sich als führende Catch-All-Partei der polnischen Rechten zu stabilisieren, wird die Frage der nächsten Jahre lauten, wer die wichtigste Oppositionspartei wird: eine wiedererstarke oder neugegründete Linke oder die liberale Mitte in Gestalt der Bürgerplattform? Damit verbindet sich die Frage, ob sich die innenpolitische Diskussion in Polen mittelfristig zwischen Konservativen und Liberalen oder zwischen Konservativen und Sozialdemokraten abspielen wird.¹¹³

Außenpolitik

Immer deutlicher rückt die östliche Dimension bzw. die Europäische Nachbarschaftspolitik ins Zentrum der polnischen Außenpolitik. Für Warschauer Außenpolitik ist »Osteuropa, also der Raum zwischen der gegenwärtigen Grenze der EU und Russland«, die »wichtigste strategische Herausforderung«.¹¹⁴ Polen engagierte sich denn auch mit allen Kräften während der Krise im Zusammenhang mit den ukrainischen Präsidentschaftswahlen. Vor allem die Mission von Staatspräsident Kwaśniewski als Vermittler und Mit-initiator eines »runden Tisches« zwischen den beiden verfeindeten Lagern trug zur Entspannung der Situation bei. Für Polens Position in Europa zeitigte der Einsatz in der Ukraine einen wichtigen Effekt: Nachdem Warschau durch sein Verhalten während des Irak-Kriegs und im Verfassungskstreit zunehmend als

¹¹³ Vgl. Sławomir Sierakowski, »Czy powstanie nowy Centrolew?« [Entsteht eine neue gemäßigte Linke?], in: *Gazeta Wyborcza*, 12.12.2005.

¹¹⁴ Włodzimierz Cimoszewicz, »Polska w zamięcie świata« [Polen im Chaos der Welt], in: *Gazeta Wyborcza*, 12.–13.6.2004.

Störenfried wahrgenommen worden war, spielte es nun eine ausgesprochen konstruktive Rolle. Polens Staatspräsident stand nicht nur in engem Kontakt mit dem EU-Außenbeauftragten Solana, sondern auch mit dem deutschen Bundeskanzler, dem französischen Staatspräsidenten und der niederländischen Ratspräsidentschaft. Kwaśniewski bemühte sich offensichtlich, die ukrainische Krise zu »europäisieren« statt sie zu »polonisieren«.¹¹⁵

Schon zuvor hatte das polnische Außenministerium diverse Vorschläge präsentiert, wie die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn der EU und die Europäische Nachbarschaftspolitik ausgestaltet werden sollten.¹¹⁶ Polen strebt an, dass allen drei Nachbarn – der Ukraine, Moldova und vielleicht auch irgendwann Belarus – prinzipiell eine langfristige Perspektive auf Mitgliedschaft in EU und Nato zugestanden wird, da nur dies Anreize schaffe, die Westorientierung und Reformfortschritte in diesen Ländern zu sichern. Der Ukraine, deren Unabhängigkeit und Stabilität als Bestandteil der polnischen *Staatsräson* betrachtet wird, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Warschau möchte, dass das Land im Rahmen des mit der Union auszuhandelnden Aktionsplans Reiseerleichterungen für seine Bürger, besseren Zugang zum Binnenmarkt, Marktwirtschaftsstatus, Unterstützung für den WTO-Beitritt und substantielle finanzielle Hilfe erhält. Nach Ablauf des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (2008) soll mit Kiew über ein Assoziierungsabkommen verhandelt werden. Polnische Politiker haben wiederholt westeuropäische Partner für deren angebliche Passivität gegenüber der Ukraine kritisiert: Diese unentschlossene Haltung sei maßgeblich für Stillstand und Fehlentwicklungen in der Ukraine verantwortlich.¹¹⁷

Auch Belarus möchte Polen auf den »Radarschirm« der Europäischen Union holen. Insbesondere nachdem das Minsker Regime im Frühjahr 2005 in verstärktem Maße begann, Druck auf die Organisation der polnischen Minderheit auszuüben, Warschau bezichtigte, umstürzlerische Tendenzen in Belarus zu unterstützen und ein regelrechter »diplomatischer

Krieg« zwischen Polen und Belarus ausbrach,¹¹⁸ intensivierte Polen sein Lobbying für die Belarus-Problematik. Allerdings stellen sich die Rahmenbedingungen hier deutlich anders dar als im Fall der Ukraine. In Minsk sitzt ein autokratisches Regime, das auf Anreize und Sanktionen seitens internationaler Organisationen kaum reagiert und mit dem die EU offizielle Kontakte ohnehin eingefroren hat. Überdies kommt Polen hier keine Vermittlerrolle zu, sondern Warschau ist Partei in einer bilateralen Auseinandersetzung. Polen hat daher größere Schwierigkeiten, das Thema Belarus zu »europäisieren«. Zwar verurteilte die Brüsseler Kommission die Menschenrechtsverletzungen in Belarus und kündigte ihre Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen vor Ort an; zwar wurden polnische Abgeordnete im Europäischen Parlament (wie auch schon in Sachen Ukraine) aktiv und vermochten es, einschlägige Resolutionen zu initiieren. Insgesamt aber bleibt das Engagement der EU bislang hinter den Erwartungen Polens zurück.¹¹⁹

Überwölbt werden Polens Erwägungen und Aktivitäten hinsichtlich der Ukraine und Belarus durch die Beziehungen zu Russland. Diese sind auch nach dem Beitritt Polens zu EU und Nato störanfällig. Historische Verwerfungen, abweichende strategische Interessen im postsowjetischen Raum, eine aus polnischer Sicht übermäßige energiewirtschaftliche Abhängigkeit von Russland, polnische Kritik an der russischen Kriegführung in Tschetschenien oder generell am Zustand von Meinungs- und Pressefreiheit in Russland führen immer wieder zu politischen Spannungen zwischen beiden Ländern.¹²⁰ Die Eskalation im Sommer 2005 infolge krimineller Übergriffe auf russische Diplomatenkinder in Warschau und auf polnische Diplomaten und Journalisten in Moskau lässt er-

115 »Misja kijowska« [Mission Kiew] (Interview mit Aleksander Kwaśniewski), in: *Polityka*, (2004) 51.

116 Vgl. *Non-Paper with Polish Proposals Concerning Policy towards New Eastern Neighbours after EU Enlargement*, Warschau, Dezember 2003; Polnisches Außenministerium, *The New Neighbours – A Framework for Relations, Proposals from Poland*, Mai 2003.

117 »Prezydent Kwaśniewski za ciągłym rozszerzaniem UE« [Präsident Kwaśniewski für kontinuierliche Erweiterung der EU], in: *Gazeta Wyborcza*, 10.9.2003.

118 Vgl. zum Verlauf *Ośrodek Studiów Wschodnich* (Centre for Eastern Studies), *Zaostrzenie konfliktu polsko-białoruskiego* [Verschärfung des Konflikts zwischen Polen und Belarus], Warschau, 11.8.2005 (OSW Komentarze), <www.osw.waw.pl/pub/koment/2005/08/050811.htm>.

119 Nachdem die Kommission bekannt gegeben hatte, man wolle Sendungen der Deutschen Welle für Belarus finanziell unterstützen, erklärte der polnische EP-Abgeordnete Bogdan Klich, die Kommission begreife die Lage in Belarus nicht. Polen favorisiert die Schaffung einer unabhängigen Radiostation mit Sendeanlagen auch in Litauen und der Ukraine, »Klich: KE nie rozumie, co się dzieje na Białorusi« [Klich: Die Kommission versteht nicht, was in Belarus geschieht], in: PAP, 24.8.2005, <<http://euro.pap.com.pl>>.

120 Vgl. Kai-Olaf Lang, *Polen und der Osten*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2005 (SWP-Aktuell 22/05).

ahnen, dass auch in Zukunft mit Irritationen zwischen Warschau und Moskau zu rechnen ist.

»Nachbarschaftspolitik«, die Beziehungen zu den östlichen Partnern und zu Russland zählen zu den intern unumstrittenen Bereichen der polnischen Außenpolitik. Allerdings hatte man den Eindruck, dass sich der europapolitische Konsens im Vorfeld des EU-Beitritts aufgelöst habe. Auf den ersten Blick scheinen sich Europaskeptiker, die eine Anlehnung an Großbritannien, skandinavische und eventuell einige südeuropäische Länder befürworten, und Anhänger einer Orientierung an Deutschland und Frankreich gegenüberzustehen. Bei näherem Hinsehen wird jedoch klar, dass sich mittlerweile ein neuer Konsens herausgebildet hat. Verbal zumindest dominiert eine stärker an nationalen Interessen orientierte Europapolitik der Stärke und der Ambitionen. Dies bringen auch der pragmatische Außenminister oder Vertreter der (angeblich) besonders europafreundlichen Opposition zum Ausdruck, wenn sie ein Vorrücken Polens in die »erste Liga« Europas fordern¹²¹ und ankündigen, Polens vorrangiges Ziel in der EU sei der Kampf um eine bessere Position in der Union.¹²²

Die PiS-Equipe zum Beispiel, die vor den Wahlen stark die nationalen Interessen betont und aus ihrer Reserviertheit gegenüber Europa, Deutschland und Frankreich keinen Hehl gemacht hatte, bemüht sich nun um eine Annäherung an Frankreich. Nicht nur im Streit um das EU-Budget 2007–2013, sondern auch bei einer Reihe anderer Themen gibt es Affinitäten zwischen der PiS und den französischen Partnern, was sich bereits beim Besuch des französischen Innenministers Sarkozy im Sommer 2005 in Polen abzeichnete.¹²³

Die Realpolitik hält auch in die innerpolnischen Auseinandersetzungen um die EU-Verfassung Einzug. Dass Polen seinen Widerstand gegen die Einführung der »doppelten Mehrheit« aufgegeben und damit den Weg für eine Einigung über den europäischen Verfassungsvertrag frei gemacht hatte, wurde an der Weichsel zunächst vorwiegend negativ aufgenommen.

Während Premierminister Belka erklärte, mit der neuen Regelung stehe Polen sich besser als mit dem Vertrag von Nizza, sprach die konservative Opposition von »Verrat, Schande und Kapitulation«. Der Fraktionschef der Bürgerplattform und Erfinder der Parole »Nizza oder Tod«, Jan Maria Rokita, sah Polens Forderungen »nicht erfüllt«. Negativ äußerte sich auch die katholische Kirche, die den fehlenden Hinweis auf die christlichen Wurzeln Europas in der Präambel monierte. In einer Erklärung des Episkopats war von »Fälschung der historischen Wahrheit« und einer »Marginalisierung des Christentums die Rede«.¹²⁴

Nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden nahm die Verfassungsdiskussion in Polen eine neue Wendung. Prinzipiell hatte man sich an der Weichsel darauf verständigt, den Verfassungsvertrag per Referendum ratifizieren zu lassen. Vor dem Nein der Franzosen und der Niederländer drehte sich die Debatte allein um den Zeitpunkt einer solchen Abstimmung. Während die Linke und der Staatspräsident das Verfassungsreferendum aus taktischen Gründen mit den im Herbst stattfindenden Präsidentschaftswahlen koppeln wollten, plädierten die verfassungsskeptischen Parteien der Opposition dafür, bis 2006 abzuwarten. Nach dem negativen Ausgang der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden nahm aber selbst Präsident Kwaśniewski Abstand von seinem ursprünglichen Plan. Im Juni 2005 fasste das polnische Parlament sogar den Beschluss, auf die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für ein Verfassungsreferendum zu verzichten. Anfang Juni 2005 gab es in der polnischen Bevölkerung noch ein deutliches Übergewicht der Verfassungsbefürworter von 43 Prozent; 24 Prozent sprachen sich dagegen aus. Nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden sank die Zustimmungsrates um 17 Prozentpunkte.¹²⁵

Die Regierung Marcinkiewicz hält die Verfassungsfrage mittlerweile für erledigt. Das Verdikt der französischen und niederländischen Bürger, so der Premier, müsse respektiert werden. Nun gelte es, zu einem an-

121 »Zagrajmy w europejskiej pierwszej lidze« [Spielen wir in der ersten europäischen Liga], Rede des PO-Politikers und stellvertretenden Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jacek Saryusz-Wolski, in: *Gazeta Wyborcza*, 11.1.2006.

122 »Walka o pozycję Polski w UE najważniejsza w 2006 r.« [Der Kampf um die Position Polens in der EU ist das wichtigste Ziel im Jahr 2006], in: PAP, 2.1.2006.

123 Kai-Olaf Lang, *Machtwechsel in Warschau – Kurswechsel in der Außenpolitik?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2005 (SWP-Aktuell 53/05).

124 »Opozycja zaatakowała rząd za zgodę na unijną konstytucję« [Die Opposition griff die Regierung wegen ihrer Zustimmung zum Verfassungsvertrag an], in: *Gazeta Wyborcza*, 21.6.2004; »Traktat wywołał wojnę na słowa« [Der Vertrag führte zu einem Krieg der Worte], in: *Rzeczpospolita*, 21.6.2004.

125 »Sondaż/CBOS: 54 proc. Polaków zamierza uczestniczyć w referendum konstytucyjnym« [54 Prozent der Polen wollen sich an einem Referendum über den Verfassungsvertrag beteiligen], in: PAP, 15.6.2005.

gemessenen Zeitpunkt einen neuen Kompromiss zu finden.¹²⁶

Ungebrochen bleibt Polens Präferenz für eine stark sicherheitspolitisch motivierte Anlehnung an die USA und für eine Intensivierung der transatlantischen Beziehungen. Daran ändern weder der wachsende Unmut über die restriktive Visa-Politik der USA noch die kontroverse Debatte um den Sinn einer polnischen Einbindung in ein mögliches amerikanisches Raketenabwehrsystem oder die geringe Akzeptanz des polnischen Militäringagements im Irak etwas (im Frühjahr 2005 sank die Zustimmung auf ein Rekordtief von 20 Prozent, drei Viertel der Polen lehnen den Einsatz ab).¹²⁷ Trotz dieser Vorbehalte in der Gesellschaft verlängerte Polen seine militärische Präsenz im Irak bis Ende 2006, wird das eigene Kontingent aber ab März von 1400 auf 900 Soldaten reduzieren.¹²⁸ Allerdings will Warschau auch greifbaren Nutzen aus seinem Irak-Engagement ziehen. So will man den Verbleib der Truppen von einer Aufstockung amerikanischer Hilfen für die polnische Armee sowie vom Ja Washingtons zur Schaffung einer polnisch-ukrainisch-amerikanischen Brigade abhängig machen.¹²⁹ 2005 erreichte die US-Finanzhilfe für die polnische Armee den Stand von rund 70 Millionen US-Dollar, hinzu kommen Mittel aus dem neu eingerichteten Solidaritätsfonds Washingtons, der auch zur Modernisierung der polnischen Streitkräften beiträgt.¹³⁰ So oder so – Polen wird auch in Zukunft »den privilegierten Charakter [seiner] Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechterhalten«.¹³¹

126 »Premier: Polska i Niemcy powinny zdefiniować wzajemnie swoje miejsce« [Premierminister: Polen und Deutschland müssen jeweils ihre Position bestimmen], in: PAP, 7.12.2005.

127 CBOS, *Co Dalej z Obecnością Polskich Żołnierzy w Iraku?*, Komunikat z Badań [Wie geht es weiter mit den polnischen Soldaten im Irak?], Warschau, Mai 2005 (BS/96/2005), <www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K_096_05.PDF>.

128 »Polacy rok dłużej w Iraku« [Die Polen bleiben ein Jahr länger im Irak], in: *Gazeta Wyborcza*, 28.12.2005.

129 »Rozmowy polskiego ministra obrony w USA« [Gespräche des polnischen Verteidigungsministers in den USA], in: *Gazeta Wyborcza*, 7.12.2005.

130 »Ku armii zawodowej i dozbrojonej« [Hin zu einer modernisierten Berufsarmee] (Interview mit Verteidigungsminister Jerzy Szmajdziński), in: *Rzeczpospolita*, 16.7.2005.

131 Informacja Rządu na temat polskiej polityki zagranicznej przedstawiona na posiedzeniu Sejmu 21 stycznia 2005 roku przez Ministra Spraw Zagranicznych RP prof. Adama Daniela Rotfelda [Information der Regierung über die polnische Außenpolitik, präsentiert in der Parlamentssitzung am 21. Januar 2005 durch den Außenminister der Republik Polen, Prof. Adam Daniel Rotfeld], <www.msz.gov.pl>.

Wirtschaft

Polens Wirtschaftswachstum gibt nach. Nach dem Hoch im Beitrittsjahr 2004 (5,4 Prozent) belief es sich 2005 vermutlich nur auf etwas mehr als 3,2 Prozent.¹³² Die Inflationsrate, 2004 nach einer starken Wachstumsdynamik, Preiserhöhungen infolge des EU-Beitritts und steigenden Energiepreisen etwas angestiegen (auf 3,5 Prozent), ist 2005 wieder gesunken. Auch die Leistungsbilanz stellt mit einem Negativsaldo von etwa 1 Prozent keine ernsthafte Bedrohung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht dar.

Dennoch bleiben am polnischen Wirtschaftshimmel einige dunkle Wolken. Das hohe Haushaltsdefizit (2004 knapp unter 5 Prozent) ist eine der Schwachstellen der polnischen Wirtschaftspolitik. 2005 konnte es vermutlich auf unter 4 Prozent gedrückt werden, doch werden weitere unpopuläre Sparmaßnahmen erforderlich sein. Nicht nur wegen der Einführung des Euro, sondern auch weil sich die Staatsverschuldung der verfassungsmäßig festgeschriebenen Höchstmarke von 60 Prozent des BIP nähert. Problematisch ist zudem nach wie vor die unzureichende Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der polnischen Volkswirtschaft: In einem Ranking des Weltwirtschaftsforums bildet Polen das Schlusslicht in der größeren EU.¹³³

Weder Auslandskapital noch Wirtschaftswachstum haben dem polnischen Arbeitsmarkt substantielle Entlastung gebracht. Immer noch ist fast ein Fünftel der erwerbsfähigen Polen ohne Job (Juli 2005: 17,9 Prozent), in manchen Regionen liegt die Arbeitslosenquote bei über 30 Prozent. In Anbetracht der in den Problemsektoren Landwirtschaft, Bergbau und Stahlindustrie anstehenden Restrukturierungen wird sich an dieser Situation wohl auch so bald nichts ändern.

Ein Zieldatum für die Übernahme der Gemeinschaftswährung legte die polnische Regierung bislang noch nicht offiziell fest. Die Regierung Belka tendierte zum Jahr 2009. Nach dem Regierungswechsel deutete Premier Marcinkiewicz jedoch an, dass er es mit der Übernahme der gemeinsamen Währung nicht eilig hat, und die Regierungspartei PiS denkt außerdem über die Abhaltung eines Referendums zur Euro-Einführung nach.

132 F.A.Z.-Institut, *Länderanalyse Polen*, Mai 2004; Vasily Astrov, »Wirtschaftsentwicklung in den MOEL durch deutliche Konvergenz geprägt«, Reprint von: WIFO-Monatsberichte, 77 (Mai 2004) 5, <www.wiiv.ac.at>.

133 *Global Competitiveness Report 2003–2004*, New York 2004, <www.weforum.org/pdf/Gcr/GCR_2003_2004/Executive_Summary.pdf>.

Tschechische Republik

Innenpolitik

Die tschechische Innenpolitik wird seit zwei Jahren von der stetigen Erosion der regierenden Sozialdemokratie (ČSSD) überschattet. Nach einem desaströsen Ergebnis bei den Wahlen zum Europaparlament trat der seit 2002 amtierende Premier und ČSSD-Chef Vladimír Špidla von beiden Posten zurück. Die ČSSD war gerade noch auf knapp 9 Prozent gekommen – gegenüber 30 Prozent bei den Parlamentswahlen von 2002. Beide Ämter übernahm der vormalige Innenminister Gross, von dessen Organisations- und Vermittlungstalent sich die Sozialdemokraten ein Ende ihrer Talfahrt erhofften. Doch auch Gross verließ der Partei wenig neuen Schwung, und insbesondere der linkspopulistische Flügel, der mit dem früheren Partei- und Regierungschef Zeman sympathisiert, machte mobil. Viele Sozialdemokraten sahen es daher mit Erleichterung, als der glücklose Jungpolitiker Ende April 2005 infolge einer Immobilienaffäre wenigstens als Premierminister zurücktrat. Der nunmehr dritten Regierung seit den letzten Parlamentswahlen steht der vormalige Regionalentwicklungsminister und sozialdemokratische Pragmatiker Jiří Paroubek vor, der sich auf dieselbe Regierungskoalition wie seine beiden Vorgänger stützt – ein Dreierbündnis aus ČSSD, der christdemokratischen Volkspartei (KDU-ČSL) und der liberalen Freiheitsunion (US). Damit muss sich auch die Regierung Paroubek auf die hauchdünne Mehrheit von 101 der 200 Sitze in der tschechischen Abgeordnetenversammlung verlassen.

Die lange Zeit darbenende Sozialdemokratie (in den Umfragen rangierte sie im Frühjahr 2005 zwischen 10 und 12 Prozent) richtete alle ihre Hoffnungen darauf, in der restlichen Legislaturperiode eine Trendwende herbeiführen zu können – und ist dabei offensichtlich erfolgreich. Denn Premier Paroubek schaffte es, das Ansehen der Regierung spürbar zu verbessern und ist mittlerweile beliebter als sein Gegenspieler Topolánek, der Vorsitzende der Demokratischen Bürgerpartei ODS. Auch die ČSSD ist mittlerweile in den meisten Umfragen wieder zweitstärkste Partei und hat einigen Erhebungen zufolge Anfang 2006 zur führenden ODS aufgeschlossen. Paroubek tritt daher auf die Reformbremse und wird dazu neigen, Wahl-

geschenke zu verteilen. Bereits bei der Abstimmung über sein Kabinett hatte er deutlich gemacht, auch soziale Akzente setzen zu wollen, beispielsweise durch ein besonderes Augenmerk auf »wirtschaftlich schwache und strukturell betroffene Regionen« oder zusätzliche finanzielle Unterstützung für Familien und Rentner.¹³⁴ Die Notwendigkeit einer umfassenden Rentenreform wurde von Paroubek sogar grundsätzlich angezweifelt.¹³⁵ All dies und die von Paroubek angestrebten Steuererleichterungen für Gering- und Mittelverdiener sowie Familien werden nicht zuletzt auch im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsiegs den Haushalt belasten.

Unklar ist außerdem, wie eine andere Priorität der Regierung Paroubek, die Ratifizierung der EU-Verfassung, umzusetzen ist. Zwar haben sich fast alle politischen Kräfte grundsätzlich für ein Referendum ausgesprochen, doch über die Frage, wie die dazu erforderliche Verfassungsänderung aussehen soll, besteht Uneinigkeit. Die führende Oppositionskraft beispielsweise, die Demokratische Bürgerpartei (ODS), blockiert im Senat, der zweiten Kammer des tschechischen Parlaments, die von der Abgeordnetenversammlung beschlossene generelle Einführung von Volksabstimmungen.

Auch nach den Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden beharren Premier Paroubek und die ČSSD auf einer Fortsetzung des tschechischen Ratifizierungsverfahrens.¹³⁶ Allerdings will man sich hier-

¹³⁴ *Záznam vystoupení předsedy vlády ČR a místopředsedy ČSSD Jiřího Paroubka na 44. schůzi Poslanecké sněmovny Parlamentu ČR při projednávání Žádosti vlády o vyslovení důvěry, 13. května 2005* [Aufzeichnung des Auftritts des Regierungsvorsitzenden der Tschechischen Republik Jiří Paroubek in der 44. Sitzung der Abgeordnetenversammlung des Parlaments der Tschechischen Republik bei der Verhandlung über den Antrag der Regierung auf Aussprache des Vertrauens, 13. Mai 2005], <www.cssd.cz/vismo/dokumenty2.asp?u=422010&id_org=422010&id=521708>

¹³⁵ »Paroubek: penzijní reforma teď není nutná, ale bude« [Paroubek: Eine Pensionsreform ist derzeit nicht nötig, aber in der Zukunft], in: *Novinky.cz*, 19.7.2005, <www.novinky.cz>.

¹³⁶ Dabei soll auch geprüft werden, ob die notwendige Zustimmung nicht auch durch das Parlament, und wenn ja, mit welcher Mehrheit (einfach oder qualifiziert) erteilt werden kann, »Referendum k euroústavě není nutné« [Ein Referen-

mit Zeit lassen – für spätestens Mitte 2007 wird ein Referendum ins Auge gefasst. Die ODS dagegen hält den Verfassungsvertrag für »politisch überwunden« und betrachtet ebenso wie Staatspräsident Klaus den Ratifizierungsprozess als hinfällig.¹³⁷ Für die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens »verliert die Ratifizierung der Verfassung den Sinn«, solange die Organe der EU und die Mitgliedstaaten nicht Klarheit über den weiteren Fortgang schaffen.¹³⁸

Die Haltung der Öffentlichkeit zum Vertrag hat sich ebenfalls dramatisch verändert. Hatte sich in den Umfragen lange eine Mehrheit der tschechischen Bürger für den Verfassungsvertrag ausgesprochen, rutschen die Werte nach dem Negativvotum der Franzosen und Holländer von 62 Prozent Zustimmung im April auf 42 Prozent im Juni 2005 ab.¹³⁹

Sowohl die ODS als auch die ebenfalls oppositionellen Kommunisten haben Vorbehalte gegen den Vertrag. Besonders scharfe Kritik kommt von Staatspräsident Klaus, der den Vertrag »zu hundert Prozent« ablehnt, da er die EU zu einem Staat und die bisherigen Mitgliedstaaten zu bloßen Provinzen mache.¹⁴⁰ Nachdem die ODS noch auf ihrem Kongress im Dezember 2004 ihre ablehnende Haltung betont hatte, schien die Partei zwischenzeitlich von ihrer starren Linie abzurücken. Angeblich verpflichtete sich die ODS gegenüber der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament dazu, auf eine »negative Kam-

dum über den Verfassungsvertrag ist nicht nötig], in: *Lidové noviny* (LN), 3.6.2005.

137 Beschluss des Exekutivrats der ODS vom 13.6.2005, ODS, *Tiskova zprava, Vykonna rada ODS* [Presse-Mitteilung, Exekutivrat der ODS], 13.6.2005.

138 *Stanovisko 14. Výkonného výboru ÚV KSČM 10. června 2005 k ratifikaci Smlouvy o Ústavě pro Evropu* [Stellungnahme der 14. Sitzung des Exekutivkomitees des ZK der KSČM am 10. Juni 2005 zur Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa], <www.kscm.cz/article.asp?thema=3029&item=26647>.

139 STEM, »Názory na Evropskou ústavní smlouvu« [Meinungen zum Verfassungsvertrag], in: *Trendy 6/2005*, <www.stem.cz/tisk.php?id=937>; das Meinungsforschungsinstitut CVVM stellt in diesem Zeitraum einen Rückgang von 58 Prozent auf 41 Prozent fest. Allerdings sind die Verfassungsgegner mit einem Anteil von 34 Prozent weiterhin in der Unterzahl; CVVM, *Smlouva o Ústavě pro Evropu očima veřejnosti* [Der Vertrag über eine Verfassung für Europa in den Augen der Öffentlichkeit], Pressemitteilung des Meinungsforschungsinstituts CVVM vom 23.8.2005, <www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100506s_pm50823.pdf>.

140 »Budeme provincií EU, obává se Klaus« [Wir werden eine Provinz der EU, fürchtet Klaus], in: *Lidové noviny* (LN), 22.11.2004.

pagne« gegen die Verfassung zu verzichten.¹⁴¹ Der ODS-Politiker und Senatspräsident Sobotka schloss sogar ein »weiches Ja« seiner Partei nicht mehr aus. Der Ausgang der Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden setzte diesem Prozess jedoch ein Ende. Nun möchte die Partei nicht mehr über den Verfassungsvertrag, sondern über andere Wege zu einem »effektiveren und besser funktionierenden Europa« kommen.¹⁴²

Seitdem die Regierung Paroubek sich stabilisiert hat, konturieren sich die mittelfristigen Perspektiven der tschechischen Innenpolitik wie folgt:

Premier Paroubek bewerkstelligte in kurzer Zeit eine doppelte Konsolidierung der ČSSD. Es gelang ihm nicht nur, das gefährliche Popularitätstief zu überwinden, sondern er beruhigte auch die aufgeladene innerparteiliche Atmosphäre. Risse zwischen Modernisierern, Linken und Anhängern des Ex-Premiers Zeman¹⁴³, die sich noch während des ČSSD-Parteitag im März 2005 gezeigt hatten, wurden durch Paroubeks Aktivitäten einigermaßen gekittet. So ließ Paroubek eine neu gegründete sozialistische Fraktion gewähren und fuhr zu einem »Versöhnungstreffen« mit Zeman. Vor allem aber rückte der umstrittene Parteichef Gross zusehends in den Hintergrund, bis er im Herbst 2005 sein Amt endgültig abgab. Die Partei einigte sich frühzeitig auf Paroubek als Spitzenkandidaten bei den nächsten Parlamentswahlen, wodurch dieser seine Position in der Partei festigen konnte. Im Frühjahr 2006 soll der Premier denn auch zum Parteichef gewählt werden. Zusätzlichen Auftrieb verlieh Paroubek der ČSSD auch dadurch, dass er im Verhältnis zu anderen politischen Akteuren wieder proaktiver bzw. offensiver wurde. Mit Staatspräsident Klaus legte er sich wegen europapolitischer Themen und der geplanten Geste gegenüber einigen Sudetendeutschen an, den ODS-Chef Topolánek übertrifft er durch sein zielstrebiges Auftreten. Durch einen punktuellen Dia-

141 »ODS si objednala průzkum; podle něj straně kritika EU škodí« [Die ODS bestellte eine Umfrage; demnach schadet der Partei die EU-Kritik], in: *ČTK*, 19.4.2005.

142 Siehe die gemeinsam mit der Bürgerplattform und der Partei »Recht und Gerechtigkeit« aus Polen formulierte Erklärung zur Nichtfortführung des Ratifizierungsprozesses des Verfassungsvertrags für Europa, *Deklarace o nepokračování v procesu ratifikace Smlouvy o Ústavě pro Evropu*, Prag, Warschau, 16.6.2005, <www.ods.cz/press/zprava.php?ID=797>

143 Mitte Mai 2005 wurde in der Partei eine »Fraktion der sozialdemokratischen Linken« um den früheren Außenminister Kavan gegründet. Die Zeman-Sympathisanten haben sich in einer »Plattform für die Wiedergeburt der Partei« zusammengeschlossen.

log mit den Kommunisten gelang es ihm, die Handlungsoptionen seiner Partei wieder zu erweitern:

- ▶ Die ODS agiert aus der Position des wahrscheinlichen Wahlsiegers, hat aber durch den Paroubek-Effekt und verbale Schnitzer ihres Parteichefs an Popularität eingebüßt. Sie ist daran interessiert, weiterhin auf Distanz zur Regierung zu bleiben, aber gleichzeitig die eine oder andere Reform zu unterstützen. Eines ihrer zentralen Themen ist die Steuerreform bzw. die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes in Höhe von 15 Prozent zur Besteuerung von Einkommen, Umsätzen und Unternehmensgewinnen. Diese Idee verfiel indes ebenso wenig wie das in einem 260 Seiten starken Buch zusammengefasste Regierungsprogramm mit dem Namen »Blaue Chance«. ¹⁴⁴ Nicht von ungefähr hat die Partei daher auf ihrem Parteitag im Dezember 2005 neue Akzente gesetzt: Vorschläge wie der eines garantierten Mindesteinkommens (»negative Einkommensteuer«) oder eines Kinderbonus für Rentner sollen dem Image einer Partei der sozialen Kälte entgegenwirken. Der ODS geht es nicht zuletzt darum, ihre Koalitions- und Kooperationsmöglichkeiten für die Zeit nach 2006 auszuweiten. Denn man möchte nicht von vornherein auf die wenig geliebten Christdemokraten (die aber nach wie vor »kleinstes Übel« und somit erste Wahl für ein Regierungsbündnis sind) angewiesen sein. Deswegen wird – auch wenn sich die Rhetorik verschärfen sollte – die Tür zu den Sozialdemokraten nie ganz zugeschlagen werden.
- ▶ Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) profitierte in den letzten Jahren von linken Protestwählern, die sich von den Sozialdemokraten abwandten. Gleichzeitig konnten die Kommunisten wichtige Erfolge bei ihrem Weg aus dem politischen Abseits erzielen. Václav Klaus wurde mit KSČM-Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt, im Parlament votierten die Kommunisten mehrmals gemeinsam mit den Sozialdemokraten. Und auch Jiří Paroubek ist im Rahmen seiner pragmatischen Politik offen für eine Annäherung an die KSČM. ¹⁴⁵ Die ODS, erklärte er, halte er für gefährlicher als die Kommunisten, und eine Tolerierung durch die

¹⁴⁴ *Modra kniha, Modra sance pro Ceskou republiku* [Blaubuch. Die Blaue Chance für die Tschechische Republik], Prag, Dezember 2004, <www.ods.cz/docs/publikace/modra_kniha.pdf>.

¹⁴⁵ Vgl. »Gross udělá dobře, když na čas ustoupí do stínu« [Gross tut gut daran, rechtzeitig in den Schatten zu treten] (Interview mit Jiří Paroubek), in: *Právo*, 23.4.2005.

KSČM, »in fünf bis neun Jahren« sogar die Bildung einer Koalition, sei durchaus vorstellbar. Wenn auch gegenwärtig eine engere Kooperation mit den Kommunisten für die ČSSD zu riskant wäre, ist eine Duldung durch die KSČM nicht völlig auszuschließen. Derartige Gedankenspiele dürften aber vornehmlich dazu dienen, die Verhandlungsposition der Sozialdemokraten zu stärken. Ihrem strategischen Ziel, eine sozialistische Mehrheit der Linken zu schaffen, sind die Kommunisten allerdings einige Schritte näher gekommen.

- ▶ Die christdemokratische Volkspartei hat sich bei der Demontage der Regierung Gross als treibende Kraft inszeniert, konnte jedoch aus ihrem erfolgreichen Drängen nach einem Rücktritt des diskreditierten Premiers kein Kapital schlagen. Da die ODS nach den kommenden Wahlen möglicherweise die einzige konservativ-liberale Partei in der Abgeordnetenversammlung sein wird, ist die zentristische Volkspartei ihr natürlicher Ansprechpartner für die Bildung einer Koalition der rechten Mitte. Aufgrund persönlicher Animositäten und inhaltlicher Differenzen (etwa in der Europa- oder der Wirtschaftspolitik) sind die Christdemokraten jedoch alles andere als ein Wunschpartner der ODS. Der stärker der rechten Mitte zugewandte christdemokratische Parteichef Kalousek betrachtet eine Zusammenarbeit mit der ODS indes als durchaus attraktiv. Gleichzeitig bewahren sich die Christdemokraten in Anbetracht schwindender Chancen der ODS auch die Option einer Fortführung der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten.
- ▶ Kleinere parteipolitische Akteure stehen im Schatten der »Etablierten« und werden es schwer haben, bei Parlamentswahlen erfolgreich abzuschneiden. Die Freiheitsunion, zurzeit noch Koalitionspartei, wird aller Voraussicht nach von der Bildfläche verschwinden. Der vom ehemaligen Außenminister Zieleniec geführten Allianz zweier proeuropäischer Parteien der Mitte, die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament aufhorchen ließ (Vereinigung der Unabhängigen, Europäische Demokraten), fehlt es ebenso an Schwung wie der populistischen Gruppierung des früheren Medienmoguls Vladimír Železný (Unabhängige Demokraten). Am ehesten könnten noch die tschechischen Grünen den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schaffen. ¹⁴⁶

¹⁴⁶ Solche Bündnisse beginnen sich auf regionaler Ebene herauszubilden, siehe »Malé strany se spojují v krajích«

Die Dreierkoalition von Premier Paroubek wird die restlichen Monate bis zum Ende der Legislaturperiode durchhalten. Die Sozialdemokraten wollen die verbleibende Zeit zur Regeneration nutzen, die Christdemokraten möchten ihre Stagnation überwinden und der Freiheitsunion geht es darum, die Zeit bis zu ihrem parlamentarischen Aus hinauszuschieben. Während Stanislav Gross mit Blairs Modernisierungspolitik liebäugelte, wird Jiří Paroubek mit Blick auf die Wahlen versuchen, das soziale Profil der Sozialdemokratie zu stärken und gleichzeitig die ČSSD als wichtigste proeuropäische Kraft darzustellen. Dem steht die Konzeption eines um europaskeptische Elemente angereicherten, liberal-konservativen »Volkskapitalismus« der ODS gegenüber. Allerdings schließen derlei programmatische Differenzen eine Zusammenarbeit in einer künftigen Regierungskoalition nicht aus. So dürften ab 2006 neben einem Bündnis aus ODS und Christdemokraten und einer Duldung der Sozialdemokraten durch die Kommunisten auch eine »große« Koalition aus ODS und Sozialdemokraten oder eine Tolerierung der ODS durch die ČSSD (und umgekehrt) im Bereich des Möglichen liegen.

Außenpolitik

Die tschechische Außenpolitik wandert weiterhin auf dem Grat zwischen einer konsequent »atlantischen« Ausrichtung und der Rolle als konstruktives Mitglied der Europäischen Union. Nach wie vor sind aus dem vom Christdemokraten Cyril Svoboda geführten Außenministerium deutlich proamerikanische Töne zu hören. So unterstreicht Svoboda zwar die Bedeutung multilateraler Strukturen und des Völkerrechts bei der Lösung internationaler Konflikte, räumt aber ein, dass die Staatengemeinschaft, sollten diese nicht fruchten, »den Weg präventiver Aktionen beschreiten« müsse.¹⁴⁷ Diese Positionen werden auch von der oppositionellen ODS geteilt, deren euroskeptischer Flügel überdies die GASP und vor allem die ESVP unverän-

[Die kleinen Parteien vereinen sich in den Regionen], in: *LN*, 11.8.2005.

147 »Perspektivy české zahraniční politiky« [Perspektiven tschechischer Außenpolitik] (Interview mit dem Außenminister der Tschechischen Republik Cyril Svoboda), in: *Mezinárodní politika*, (2004) 1, S. 4–6 (4); diese Linie verfolgt auch die novellierte tschechische Sicherheitsstrategie vom 10.12.2003, *Bezpečnostní strategie České republiky* [Sicherheitsstrategie der Tschechischen Republik], <www.mzv.cz/servis/soubor.asp?id=6344>.

dert kritisiert. Prag hat jedoch immer wieder versucht, nicht als einseitig Washington-freundlich aufzutreten, wie die Entscheidung, keine amerikanischen Kampfflugzeuge, sondern schwedische Maschinen vom Typ Gripen anzuschaffen, deutlich macht.¹⁴⁸ Schon während des Irak-Konflikts hatte sich Prag bemüht, »to sit with one back on two chairs«.¹⁴⁹ Sowohl die politischen Eliten als auch die öffentliche Meinung werden sich einer graduellen »Europäisierung« der tschechischen Außenpolitik nicht widersetzen. Die Tschechische Republik bleibt ein »zögerlicher Atlantizist«.¹⁵⁰

Erschwert wird die Rollenfindung der Tschechischen Republik in der EU durch die anhaltende Spaltung der politischen Szene in Integrationsbefürworter und Europaskeptiker. Staatspräsident Klaus und die Bürgerpartei ODS machen nach wie vor keinen Hehl aus ihrer Aversion gegen eine »Ideologie des Europäismus«¹⁵¹ und jegliche Vertiefung der europäischen Integration. Die Verfassungskrise nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden hat diese Tendenz noch verschärft. Václav Klaus schlug etwa die Neudefinition der EU in Gestalt einer losen »Organisation europäischer Staaten« vor.¹⁵² Während im konservativen Lager scharfe Kritik am »erstarrten« (kontinental-)europäischen Sozialmodell geübt wird und man in Wirtschaftsfragen eher die Vereinigten Staaten als Vorbild empfiehlt,¹⁵³ setzen sich sozialdemokratische (und christdemokratische) »Proeuropäer« für ein »starkes und soziales Europa« ein.¹⁵⁴ Am

148 Prag least 14 Saab-JAS-39-C-Gripen-Flugzeuge, die seit Frühjahr 2005 an die tschechischen Luftstreitkräfte ausgeliefert wurden.

149 David Král, *Czech Republic and the Iraq Crisis – Oscillating Between the Two Sides of the Atlantic*, in: <www.europeum.org/cz/zobraz_komentar.asp?id=24>.

150 Vgl. Věra Řiháčková, *Czech Republic: »Europeanization« of a hesitant Atlanticist*, Prag: Europeum, April 2005 (Working Paper), <www.europeum.org/doc/arch_eur/Czech_attitudes_towards_the_US.pdf>.

151 Václav Klaus, *Integration or Unification of Europe: Notes for the Berlin Speech*, November 2004, <www.klaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=0CShfGzGIwEW>.

152 Ders., »Využijme »období reflexe« pro vymezení jiné Evropské unie« [Nützen wir die Reflexionsperiode zur Definition einer anderen Europäischen Union], in: *LN*, 16.7.2005.

153 Rede des ODS-Vorsitzenden Mirek Topolánek auf dem Seminar »Perspektivy EU po zamítnutí evropské ústavy« [Perspektiven der EU nach der Ablehnung der Europäischen Verfassung], 7.6.2005, <[www.topolaneck.cz/index.php?form\[0\]=291&p=clanek.te2](http://www.topolaneck.cz/index.php?form[0]=291&p=clanek.te2)>.

154 Jiří Paroubek, »Chci silnou a sociální Evropu« [Ich will ein starkes und soziales Europa], in: *Hospodářské noviny*, 16.8.2005.

linken Rand bekunden die Kommunisten ihren Unmut über eine »kapitalistische EU«; die auch aus ihrer Sicht positiven Tendenzen der europäischen Integration fallen dabei unter den Tisch.

Die Beziehungen zu Deutschland sind für die Tschechische Republik auch nach dem EU-Beitritt von besonderer Bedeutung. Nach wie vor spielen Themen aus der jüngsten Vergangenheit in das beiderseitige Verhältnis hinein, doch insgesamt hat sich dieses in den letzten Jahren als robust erwiesen. Die Ankündigung deutscher Heimatvertriebener, ihr früheres Eigentum auf dem Rechtsweg zurückzufordern, wurde in der Tschechischen Republik aufmerksam verfolgt, führte aber nicht zu so heftigen Reaktionen wie in Polen. Die Zusage von Bundeskanzler Schröder, Berlin werde wie schon im Falle Polens die Klagen deutscher Staatsbürger vor internationalen Gerichten nicht unterstützen, trug zusätzlich zur Beruhigung bei.¹⁵⁵ Die Diskussion um die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin wird in der Tschechischen Republik ebenfalls gelassener betrachtet als in Polen, auch wenn man das Projekt dezidiert ablehnt. Umso mehr wundert Prags ablehnende Haltung gegenüber dem von Berlin, Warschau, Budapest und Bratislava initiierten »Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität«.

Da sich die beiderseitige Zusammenarbeit in der EU positiv anlässt und zumindest die gegenwärtige tschechische Regierung in wichtigen Fragen wie Steuerpolitik oder Reform des Stabilitätspakts nicht weit von Berliner Positionen entfernt ist, entschloss sich Prag in dem Willen, die deutsch-tschechischen Beziehungen durch eine Politik der redlichen Gesten von historischem Ballast zu befreien, zu einem wichtigen Signal: Ende August 2005 ehrte die tschechische Regierung sudetendeutsche Antifaschisten, indem sie sich für Fehlverhalten des tschechoslowakischen Staates entschuldigte. Auch plant man, das Schicksal dieser Personengruppe zu dokumentieren, und will dafür 30 Millionen Kronen (eine Million Euro) zur Ver-

fügung stellen. Dieser von Premier Paroubek initiierte Schritt verdient zweifellos besondere Würdigung, da er innenpolitisch nicht unumstritten ist. Aber man sollte ihn nicht überbewerten, denn zu den auf der Grundlage der Beneš-Dekrete erfolgten Vertreibungen äußerte sich der Premier nicht. Charakteristisch ist, dass selbst dieser vorsichtige Vorstoß Paroubeks auf erbitterten Widerstand der ODS und des Staatspräsidenten Klaus stieß, die fürchten, damit sei die Büchse der Pandora geöffnet worden; sudetendeutschen Vermögensforderungen stünden nun Tür und Tor offen.¹⁵⁶ Klaus nannte die Erklärung eine »konzeptionell fehlerhafte, überflüssige und leere Geste«.¹⁵⁷

Sollte es 2006 in Prag zur Bildung einer ODS-geführten Regierung kommen, wird sich das deutsch-tschechische Miteinander vermutlich schwieriger gestalten. Bei »vergangenheitsbezogenen« Fragen tut sich die ODS mit nationaler Selbstkritik schwerer als die Sozialdemokratie. Ihr »Eurorealismus« trennt die Partei vom europapolitischen Konsens in Deutschland. In wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen ist dann (je nach dem indes, wie sich die Regierungskoalition zusammensetzt) ein neoliberalerer Kurs zu erwarten.

Wirtschaft

Die tschechische Volkswirtschaft kann ein stabiles Wachstum vorweisen, das nach über 4 Prozent im Jahr 2004 im Jahr 2005 an die 5-Prozent-Marke herankommen kann.¹⁵⁸ Die Regierung Gross verfolgte eine zielstrebige, aber nicht radikale Budgetkonsolidierung. Das Haushaltsdefizit, 2003 gegenüber dem BIP prozentual noch zweistellig, lag 2004 bei 3 Prozent und dürfte 2005 wohl leicht ansteigen und 3,5 Prozent erreichen. Im Wahljahr 2006 ist jedoch ein höherer Fehlbetrag denkbar. Wann das Budget Maastrichttauglich sein wird, bleibt abzuwarten. Finanzminister Sobotka ging zunächst davon aus, das Haushaltsdefizit schon 2006 unter 4 Prozent drücken und 2009 oder

155 »Schröder: Žaloby sudetských Němců nepodpoříme« [Schröder: Wir werden die Klagen von Sudetendeutschen nicht unterstützen], in: *LN*, 4.10.2004; »Schröder: Expertiza ukázala, že se Češi nemusejí bát žalob vyhnanců« [Schröder: Das Gutachten zeigt, dass die Tschechen keine Klagen von Vertriebenen fürchten müssen], in: *LN*, 20.11.2004. Möglicherweise spielt auch der Umstand eine Rolle, dass man sich rechtlich besser abgesichert sieht als Polen (so die Auffassung von Premierminister Gross). Überdies glaubt man sich in Prag für eine Eskalation historisch-rechtlicher Kontroversen gerüstet, da die Tschechoslowakei anders als Polen nicht auf Reparationsforderungen verzichtet hat.

156 »Vláda uznala zásluhy německých antifasistů« [Die Regierung erkannte die Verdienste der deutschen Antifaschisten an], Presseagentur ČTK, 24.8.2005.

157 »Prezident republiky Václav Klaus nesouhlasí s vládní deklarací« [Der Präsident der Republik Václav Klaus stimmt nicht mit der Regierungserklärung überein], Pressemitteilung der Kanzlei des Staatspräsidenten vom 24.8.2005, <www.klaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=mSdVjyRhEunX>.

158 Vgl. F.A.Z.-Institut, *Länderanalyse Tschechien/Slowakei*, April 2005; Pavel Sobisek, »Tschechische Republik. Die Wachstumsfaktoren heißen Export und Infrastrukturausbau«, in: *CEE-Report* (Wien: Bank Austria Creditanstalt), (2005) 4, S. 18/19.

2010 den Euro einführen zu können.¹⁵⁹ Mittlerweile aber neigen die politische Führung des Landes wie auch zahlreiche Analysten zu einem späteren Termin.¹⁶⁰ Da wichtige Strukturreformen wie der Umbau des Gesundheitswesens oder des Rentensystems noch ausstehen (und bis zum Wahltermin 2006 voraussichtlich auch nicht erfolgen werden), scheint aus heutiger Sicht ein Zeitpunkt nach 2010 wahrscheinlich zu sein.¹⁶¹

159 Bohuslav Sobotka, »Modrá šance ohrožuje euro« [Die Blaue Chance bedroht den Euro], in: <www.bohuslavsobotka.cz/main.php?flash=0&id=16>.

160 »Premiér se přiklání k pozdějšímu přijetí eura« [Der Premierminister neigt zu einer späteren Einführung des Euro], in: *Novinky*, 5.9.2005, <www.novinky.cz/ekonomika/64363>.

161 Kritik äußert unter anderem die Nationalbank, die das Tempo der Budgetkonsolidierung für unzureichend hält, »Ministerstvo financí a ČNB se přou o datum přijetí eura« [Das Finanzministerium und die Tschechische Nationalbank streiten über das Datum der Euro-Einführung], in: *Novinky*, 20.10.2004, <<http://novinky.cz/04/22/65.html>>.

Slowakei

Innenpolitik

Die Regierung von Premierminister Dzurinda befindet sich seit spätestens Mitte 2004 in einer auf den ersten Blick äußerst unbequemen Lage. Das konservativ-liberale Regierungsbündnis hat keine Mehrheit im slowakischen Nationalrat. Mit Ivan Gašparovič wird das Amt des Staatspräsidenten seit Juni 2004 von einem Politiker bekleidet, der klare Sympathien für die Opposition hat. Und die Umfragen geben der Regierungskoalition seit langem wenig Anlass zur Hoffnung. Als Dzurinda im August 2005 seinen Wirtschaftsminister, den Vorsitzenden des Koalitionspartners ANO (Allianz des Neuen Bürgers), entließ und diese Partei daraufhin aus dem Regierungsbündnis ausschied, wurde die Situation noch heikler. Dennoch ist das politische Schicksal Dzurindas – und der durch ihn verkörperten radikalen Reformpolitik – keineswegs besiegelt.

Zweifelsohne muss die Regierung Dzurinda (die nunmehr aus der Slowakischen Christlichen und Demokratischen Union SDKÚ des Premiers, der Christdemokratischen Bewegung KDĽH und der Ungarnpartei SMK besteht) den Preis für ihren strikten, soziale Belange kaum berücksichtigenden Reformkurs zahlen. Vor allem Dzurindas Slowakische Christliche und Demokratische Union (SDKÚ) schwächt schon seit langem (Anfang 2006 dümpeln ihre Beliebtheitswerte bei rund 11 Prozent). Dem Premierminister vertrauen nur knapp 7 Prozent der Befragten.¹⁶² Die seit 2002 realisierte radikale, marktorientierte Reformpolitik mit Steuerreformen, einem Umbau des Gesundheits- und Rentensystems und einer Eindämmung sozialpolitischer Transfers bescherte der Slowakei zwar das Image

eines wirtschaftlichen Vorreiters in Ostmitteleuropa und einen massiven Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen, doch zieht dieser Aufschwung bislang spurlos an großen Teilen der Bevölkerung und an vielen Regionen im Lande vorbei. Dzurinda und viele seiner Mitstreiter, die einmal als Saubermänner und Hüter von Demokratie und Pluralismus angetreten waren, verstrickten sich außerdem in eine Reihe von Skandalen. Mit Stirnrunzeln wurde auch Dzurindas Kritik an einer angeblich staatschädigenden Gruppe (*skupinka*) von Intellektuellen und Politikern quittiert, während sein Schmusekurs gegenüber seinem früheren Erzfeind Vladimír Mečiar – dem Mann, der die Slowakei Mitte der neunziger Jahre mit semi-autoritären Methoden regierte und das Land international ins Abseits manövrierte – Erstaunen auslöst.

Trotz der stabilen Anhängerschaft der katholischen Christdemokratischen Bewegung (KDĽH) und der Ungarischen Koalitionspartei (SMK) ist es daher unwahrscheinlich, dass die jetzige Koalition bei den im Herbst 2006 fälligen Parlamentswahlen bestätigt wird.

Nutznieser des Popularitätsrückgangs von SDKÚ und des Niedergangs der ANO ist vor allem die Partei Smer, der der kontroverse ehemalige Linkspolitiker Robert Fico vorsteht. Fico ist nach wie vor der beliebteste Politiker des Landes, Smer mit Umfragewerten von um die 30 Prozent die gegenwärtig populärste Partei. Abgesehen von vereinzelten Ungarn- und Roma-kritischen Äußerungen profiliert sich Smer vor allem durch eine scharfe Ablehnung der neo-liberal inspirierten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Dzurinda. Im Februar 2005 veröffentlichte Smer eine Liste von Korrekturen an der Reformpolitik für den Fall eines Wahlsiegs. Smer würde dann unter anderem die lineare Einkommensteuer abschaffen, differenzierte Mehrwertsteuersätze einführen, Geringverdiener steuerlich entlasten, die Privatisierung des Gesundheitswesens verlangsamen und Studiengebühren rückgängig machen.¹⁶³

Trotz dieser mannigfachen Probleme hat die Regierung Dzurinda gute Chancen, bis zum Ende der Legislaturperiode (Herbst 2006) durchzuhalten. Der Minis-

¹⁶² Ústav Pre Výskum Verejnej Mienky Pri ŠÚ SR (UVVM), *Ako by sa skončili parlamentné voľby, ak by sa konali začiatkom januára 2006?*, [Institut für die Erhebung der öffentlichen Meinung beim Statistischen Amt der Slowakischen Republik, Wie würden die Parlamentswahlen ausgehen, wenn sie Anfang Januar 2006 stattfänden?], 15.12.2005, <www.statistics.sk/webdata/slov/infor/uvvm/uvvm0106.htm>; dass., *Ktorým politikom dôverovali občania SR začiatkom januára 2006?* [Welchen Politikern vertrauten die Bürger der SR Anfang Januar 2006?], 17.1.2006, <www.statistics.sk/webdata/slov/infor/uvvm/uvvm0106a.htm>.

¹⁶³ »Smer ohlásil, že zmení reformy« [Smer kündigte an, die Reformen abzuändern], in: *SME online*, 1.3.2005.

terpräsident kann zumeist auf Stimmen unabhängiger Abgeordneter zählen¹⁶⁴ und nahm dank ihrer Unterstützung Ende 2005 sogar die Hürde des Haushaltsgesetzes. Zwar gab es in der Koalition immer wieder Spannungen, doch will keine der drei noch im Regierungsbündnis verbliebenen Parteien wirklich vorzeitige Neuwahlen herbeiführen. Vielmehr wird darauf spekuliert, dass das kräftige Wirtschaftswachstum rasch auch breite Wirksamkeit entfaltet. Premier Dzurinda kündigte außerdem an, mit dem Umbau des Gesundheitswesens sei die Reform des Sozialstaats in der Slowakei abgeschlossen.¹⁶⁵ Damit signalisierte er einerseits, dass die Bürger das Schlimmste hinter sich hätten, andererseits, dass der Verweis auf das beispiellose Reformwerk der letzten Jahre ein wichtiges Argument im Wahlkampf sein wird.

Präsident Gašparovič, der sich einst als »oppositioneller Präsident« bezeichnet hatte, kritisiert getreu seiner Parole »Denke national, fühle sozial!« zwar die Regierung wegen der gesellschaftspolitischen Konsequenzen ihrer Reformpolitik, vermeidet jedoch alles in allem größere Konflikte. Er ist mittlerweile der zweitbeliebteste Politiker des Landes.

Zu den bedeutendsten innenpolitischen Entwicklungen seit dem EU-Beitritt der Slowakei gehört Dzurindas Bemühen, seine strategischen Handlungsoptionen durch die Annäherung an Vladimír Mečiar und dessen Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) zu erweitern. Die HZDS half Dzurinda im Parlament mehrmals aus der Patsche, schon im Herbst 2004 kam es zu einem Treffen zwischen dem Regierungschef und Mečiar in der Parteizentrale der SDKÚ. Führende Politiker der SDKÚ erklärten öffentlich, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformen seien bei einer eventuellen Kooperation mit der HZDS weniger gefährdet als bei einem Regierungsbündnis mit der Smer.¹⁶⁶

Fico reagiert mit dem Versuch, die HZDS als Helfershelfer der Regierung zu diskreditieren. Gleichzeitig rückt er zusehends von dem »a-ideologischen« Kurs

164 In der Krise nach dem Abgang von ANO gelang es Dzurinda mit Hilfe von Abtrünnigen aus der HZDS sowie Unabhängigen und »Regierungstreuen« aus der ANO, wieder eine Mehrheit zu zimmern.

165 »Dzurinda je v otázke Turecka proti záväznému mandátu parlamentu« [Dzurinda ist in der Türkei-Frage gegen ein verbindliches Mandat des Parlaments], Meldung der Nachrichtenagentur SITA, 10.10.2004.

166 »Čo hovorí koalícia na spoluprácu s HZDS?« [Was sagt die Koalition zu einer Zusammenarbeit mit der HZDS?], in: *SME online*, 16.2.2005.

der Smer ab und profiliert sie stärker als Partei der linken Mitte. Durch die Fusion mit kleineren sozialdemokratischen Parteien,¹⁶⁷ eine damit einhergehende Namensänderung (»Smer-Sozialdemokratie«) und die definitive Eingliederung in die Sozialistische Internationale erhofft man sich, stärker als bisher linksorientierte Wähler ansprechen zu können.¹⁶⁸ Angesichts der beachtlichen Unzufriedenheit mit Dzurindas radikal marktorientiertem Kurs stellt die Smer inhaltlich eine Revision der Reformen und den Aufbau eines modernen Sozialstaats (unter Abkehr von Dzurindas Einheitssteuerpolitik) in den Mittelpunkt ihres Programms.¹⁶⁹

Die mittel- und langfristigen innenpolitischen Perspektiven der Slowakei sind daher offen. Der wenig populäre Dzurinda strebt danach, seinen Herausforderer Fico und die Smer zu isolieren und sich selbst neue Optionen zu schaffen. Die sich andeutende Aufhebung der bisherigen Blockade der HZDS (ob mit oder ohne Mečiar) durch die SDKÚ ist hierbei von strategischer Bedeutung (auch wenn die HZDS angeschlagen ist und bei den Regionalwahlen Ende 2005 eine Niederlage einstecken musste). Smer läuft im Falle einer Intensivierung der Kooperation zwischen SDKÚ bzw. Parteien des jetzigen Regierungsbündnisses und der HZDS Gefahr, trotz großer Beliebtheit keine regierungsfähige Mehrheit zu finden. Smer könnte sogar ein ähnliches Schicksal erleiden wie die HZDS – die bei Wahlen zweimal stärkste Partei wurde, aber aufgrund ihrer Isolierung zur Daueroppositionspartei wurde. Allerdings schließt Dzurinda trotz grundsätzlicher Kritik an Smers Wirtschaftsprogramm ein Zusammen-

167 Die Smer schloss sich mit der Partei der Demokratischen Linken (SDL), mit der Sozialdemokratischen Alternative (SDA) und der Sozialdemokratischen Partei der Slowakei (SDSS) zusammen. Durch die Vereinigung erlangt die Smer nicht nur die Mitgliedschaft in der SI (SDE und SDSS), sie wird vor allem auch organisatorisch gestärkt. Insbesondere die SDE bringt ein Netzwerk von Regionalorganisationen, ein Vermögen von 35 Mio. Kronen und rund 8 000 Mitglieder (von ursprünglich etwa 15 000) in die neue Partei mit ein, vgl. »Smer ovládol priestor vľavo, bude v internacionále« [Smer eroberte den linken Flügel und wird künftig in der SI sein], in: *SME online*, 13.12.2004.

168 Im Mai 2005 wurde Smer Mitglied der SI sowie der Europäischen Sozialdemokratischen Partei, »Smer sa stal členom Socialistickej internacionály« [Smer wurde Mitglied der Sozialistischen Internationale], in: *SME online*, 25.5.2005.

169 Vgl. das programmatische Dokument *Návrat k ľudskej dôstojnosti* [Rückkehr zur menschlichen Würde] vom Parteitag der Smer am 3.12.2005, <www.strana-smer.sk/strana/snemy/2005-12/clanok.html?id=1406>.

gehen mit der Smer nicht kategorisch aus.¹⁷⁰ In Anbetracht der Rivalität zwischen den beiden markanten Führungsfiguren ist ein solches Regierungsbündnis nur schwer vorstellbar; ausschließen kann man es vor dem Hintergrund der sprichwörtlichen »Promiskuität« der slowakischen Parteien jedoch nicht. Zumal die Wahlbeteiligung in der Slowakei bei den letzten Abstimmungen (Europawahlen, Regionalwahlen) äußerst gering war. Sollte sich dieser Trend bei den Parlamentswahlen fortsetzen, wird viel von den Mobilisierungsfähigkeiten einzelner Parteien abhängen. In dieser Hinsicht haben sich die SDKÚ bzw. die Parteien der jetzigen Regierungskoalition als durchaus erfolgreich erwiesen.

Die marktorientierte und auf Redimensionierung der Sozialsysteme angelegte Reformpolitik der Regierung Dzurinda trifft vor allem die Roma-Minderheit. Die seitens der Regierung realisierten Einschnitte bei den Unterstützungszahlungen für Familien¹⁷¹ lösten Anfang 2004 in der Ostslowakei, wo die meisten slowakischen Roma leben, Unruhen aus. Die Proteste mussten mit Hilfe von Polizei und Armee niedergeschlagen werden. Zwar werden sich solche Hungerrevolten nicht ständig wiederholen und Migrationsbewegungen nicht die Regel werden, Tatsache ist aber, dass weder die zahlreichen Regierungsprogramme noch eventuelle Hilfen seitens der EU oder internationaler Organisationen die Lage der 300 000–400 000 slowakischen Roma kurzfristig verbessern werden.

Reibungsloser verläuft hingegen das Zusammenleben von Slowaken und Ungarn. Die Einbindung der Slowakischen Koalitionspartei SMK in die Regierung seit 1998 hat sich bewährt. Die Ungarnpartei verzichtet für ihre Beteiligung an der Macht auf kontroverse Maximalforderungen wie den Ruf nach Autonomie, konnte aber wichtige Teilerfolge wie etwa die Gründung einer ungarischsprachigen Universität in der südslowakischen Stadt Komárno durchsetzen.

Zu Spannungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen kommt es dennoch. Offene Sympathien einiger ungarischer Politiker für national gesinnte Kräfte in Budapest oder Äußerungen des slowakischen Staatspräsidenten Gašparovič, der die SMK als »nationalistisch« bezeichnete, belegen, dass auf beiden Seiten die an Kooperation interessierten Kräfte den politischen Diskurs noch nicht beherrschen. Zwar haben

radikale Strömungen in der ungarischen Minderheit traditionell schlechte Chancen, doch vor allem die anhaltenden sozialen und materiellen Schwierigkeiten der slowakischen Ungarn¹⁷² drohen allmählich Unmut auch über die Politik der bisherigen politischen Interessenvertretung hervorzurufen. Nachdem das in der Republik Ungarn durchgeführte Referendum über die doppelte Staatsbürgerschaft für Auslandsungarn scheiterte, tat sich insbesondere der SMK-Chef Bugár als Vermittler zwischen ungarischen Minderheiten auch anderer Staaten und Budapest hervor. Premier Dzurinda quittierte diese Aktivitäten und die anderer SMK-Politiker mit den Worten, die SMK habe wohl ihre bisherige Agenda ausgeschöpft und suche nach neuen Themen – ein Indiz für Sticheleien auch zwischen den beiden konservativen »slowakischen« Regierungsparteien und der SMK.

Außenpolitik

Wie soll sich die Slowakei in EU und Nato positionieren? Premier Dzurinda formulierte »zehn Gebote der Europäischen Union aus slowakischer Sicht«.¹⁷³ In diesem allgemeinen Zielkatalog finden sich altbekannte Forderungen (»Union gleichberechtigter Staaten«, »Union gleichberechtigter Bürger«, solidarische Union, Abwehr von Sicherheitsrisiken gemeinsam mit den USA), aber auch die Vorstellung einer EU, die das »nachhaltige Wirtschaftswachstum ihrer Mitglieder« unterstützt, einer »Union der gesunden und vernünftigen gemeinsamen Regeln«.

Jenseits dieser Leitlinien begann eine für ein kleines Land wie die Slowakei rege Diskussion über die neuen außen- und sicherheitspolitischen Ziele,¹⁷⁴ die sich

¹⁷² Diese leben hauptsächlich im landwirtschaftlich geprägten, strukturschwachen Süden des Landes.

¹⁷³ Mikuláš Dzurinda, »Slovenské Desatoro Európskej únie« [Der slowakische EU-Dekalog], in: *Listy SFPA*, 26.8.2004, <www.sfpa.sk/index.php?id=31&tema=listySFPA&page=clanok>.

¹⁷⁴ Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Ausarbeitungen *Zahraničná politika Slovenska po vstupe do Nato a EÚ* [Die Außenpolitik der Slowakei nach dem Beitritt zu Nato und EU] der Slowakischen Gesellschaft für Auswärtige Politik, *Postavenie SR v bezpečnostnej architektúre Európy* [Die Stellung der SR in der Sicherheitsarchitektur Europas] des Instituts für Sicherheits- und Verteidigungsstudien beim Verteidigungsministerium der Slowakischen Republik (IBOŠ MO SR) und Róbert Ondrejčák/Elemír Nečej (Hg.), *Bezpečnostná stratégia Slovenskej republiky po vstupe do Severoatlantickej Aliancie a Európskej únie (východiská a prístupy)* [Die Sicherheitsstrategie der SR nach dem Beitritt zu Nato und EU (Ausgangspunkte

¹⁷⁰ »Dzurinda: Programový dokument Smeru-SD je bezvýchodiskovosť« [Das programmatische Dokument der Smer-DU ist perspektivlos], in: *SME online*, 5.12.2005.

¹⁷¹ Sie betrafen insbesondere Großfamilien und damit vor allem die zahlreichen kinderreichen Roma-Familien.

ansatzweise in der offiziellen Außenpolitik oder zumindest in einigen programmatischen Erklärungen niederschlug. Drei große Prioritäten der slowakischen Außenpolitik sind bisher deutlich geworden: die Stabilisierung des westlichen Balkans, die Unterstützung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (und hierbei insbesondere eine Aufwertung der Beziehungen zur Ukraine), der Wunsch nach Fortführung des Erweiterungsprozesses.¹⁷⁵

Auf den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess des Westbalkans legt die Slowakei besonderes Gewicht; Bratislava möchte seine Bereitschaft zur Übernahme außenpolitischer Verantwortung signalisieren und »Mehrwert gegenüber der GASP der EU präsentieren«.¹⁷⁶ Für ihre Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) hat die Slowakei Serbien und Montenegro als (einziges) umfassendes »Programmland« auserkoren; etwa ein Drittel der gesamten slowakischen Aufwendungen fließt dorthin.¹⁷⁷ In der Nachfolge des schon 1999 angestoßenen Bratislava-Prozesses zur Reflexion der Verankerung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurde ein Fonds Bratislava-Belgrad eingerichtet. Aus diesem werden Vorhaben im Bereich Zivilgesellschaft, Infrastruktur oder Annäherung an die EU unterstützt.

Mit Blick auf die Ukraine ist die Slowakei bemüht, den im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik verabschiedeten Aktionsplan EU-Ukraine zu flankieren. Auf der Grundlage eines von der Regierung beschlossenen Maßnahmenpaktes sollen etwa Verwaltungsfachleute aus beiden Ländern ausgetauscht, Korruptionsbekämpfung, Justizreform und Rechtsangleichung an EU-Vorgaben unterstützt werden. Auch will man (nicht zuletzt, um Mittel aus dem künftigen Nachbarschaftsinstrument der EU abrufen zu können) Konsultationen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren. Überdies begrüßt Bratislava die von der EU initiierten Gespräche

und Herangehensweisen), Bratislava: Inštitút bezpečnostných a obranných štúdií MO SR, 2004.

175 Vgl. Vladimír Bilčík, »Shaping the EU as an External Actor: Slovakia's Shifting Role Conceptions«, in: *Slovak Foreign Policy Affairs*, 5 (2004) 2, S. 40–51.

176 So einer der führenden Mitarbeiter des slowakischen Außenministeriums, Miroslav Mojžita, »Slovensko a západný Balkán« [Die Slowakei und der Westliche Balkan], in: *Domino fórum*, 10.–16.11.2004.

177 Katarína Vajdová/Lubica Turčanová, »Slovensko podporuje rozvoj Srbska a Čiernej Hory« [Die Slowakei unterstützt die Entwicklung Serbiens und Montenegros], in: *Listy SFPA*, 26.8.2004.

mit der Ukraine über Visaerleichterungen.¹⁷⁸ Die Slowakei selbst führte im Mai 2005 ein liberaleres, das heißt nicht zuletzt kostenfreies Visaregime gegenüber der Ukraine ein.¹⁷⁹ Das Verteidigungsministerium plant, seine Hilfe für die Ukraine auszubauen.¹⁸⁰ Was eine EU-Mitgliedschaftsperspektive der Ukraine angeht, so ist die Slowakei grundsätzlich zwar dafür, wird aber vermutlich nicht so vehement darauf drängen wie etwa Polen. Hinsichtlich Belarus konzentriert die Slowakei ihr Engagement insbesondere auf die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Mit Blick auf die EU-Erweiterung ermächtigte der Slowakische Nationalrat Ende 2004 die Regierung mit einer klaren Mehrheit (113 von 150 Stimmen), der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zuzustimmen. Die dezidierte Gegnerin einer türkischen EU-Mitgliedschaft, die christdemokratische KDĽ, ist klar in der Minderheit, und die moderaten Zweifler können sich mit dem von der EU avisierten, stark auf die Erfüllung von Beitrittsbedingungen abgestellten Verhandlungsmodell abfinden.¹⁸¹

Klar hingegen ist das Ja zur kroatischen Mitgliedschaft (eine anders lautende Äußerung des Premierministers während seines Berlin-Besuchs Ende 2005 kann kaum als Ausdruck eines Strategiewechsels gewertet werden, sondern sollte wohl eher dokumentieren, dass man in Bratislava eine umsichtige Erweiterungspolitik verfolgt). Zusammen mit anderen Mitgliedstaaten initiierte Bratislava im Frühjahr 2005 die Einsetzung eines Monitoring-Teams der EU, das

178 *The Slovak Contribution to the European Neighbourhood Policy. Presentation of Slovak Minister of Foreign Affairs E. Kukan at the Finnish Institute of International Affairs (FIIA), Helsinki, 3.11.2005.* <www.hospodarskyklub.sk/index.cgi?resume>.

179 Die Einführung kostenfreier Visa wurde damit begründet, dass die Ukraine die Visumpflicht für EU-Bürger und damit auch für Bürger der Slowakei zum 1.5.2005 aufgehoben hatte. Außerdem habe es Fortschritte bei der Umsetzung des Rückübernahmeabkommens gegeben, »SR ruší poplatky za víza pre Ukrajincoŕ na štyri mesiace« [Die SR hebt vier Monate lang die Gebührenpflicht bezüglich der Visa für Ukrainer auf], Meldung der Nachrichtenagentur SITA, 27.4.2005.

180 Der slowakische Verteidigungsminister Liška kündigte im März 2005 an, die Slowakei wolle mit 30 000 Euro zur Vernichtung von Waffen und Gerät in der Ukraine beitragen und dem Land Konsultationen über den Verlauf der Streitkräfte reform anbieten, »Liška: SR chce pomôcť Ukrajine pri integrácii do Nato a EÚ« [Liška: Die SR will der Ukraine bei der Integration in die Nato und EU helfen], Meldung der slowakischen Nachrichtenagentur TASR, 5.3.2005.

181 Vgl. Bilčík: »Shaping the EU« [wie Fn. 175].

bewerten soll, wie Kroatien mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal kooperiert.¹⁸² Nach dem EU-Beschluss im Herbst 2005, in Verhandlungen mit dem Balkanland einzutreten, versprach Premier Dzurinda seinem kroatischen Amtskollegen, Experten aus dem slowakischen Verhandlungsteam nach Zagreb zu schicken, um dem Land bei den konkreten Schritten auf dem Weg in die EU zur Seite zu stehen.¹⁸³

In den vielschichtigen Vorüberlegungen zur Novelisierung der slowakischen Sicherheitsstrategie sowie in dem im Herbst 2005 angenommenen Dokument selbst¹⁸⁴ werden neben den »multidimensionalen« Risiken und einer Gefahrenhierarchie für die nationale Sicherheit nicht zuletzt die Perspektiven der ESVP thematisiert. Die Komplementarität von »EU und Nato« gilt dabei als größte Herausforderung für die europäische Sicherheit und die Stabilität in der Welt. Außerdem muss die Nato ihre militärische Handlungsfähigkeit jenseits des Bündnisgebiets ausbauen, da sie nur so als Plattform für die Zusammenarbeit der USA mit Europa relevant bleibe.¹⁸⁵ Für die Slowakei ist die Nato weiterhin »das zentrale Instrument zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Frieden in der Welt«¹⁸⁶ und das »wichtigste Forum des transatlantischen Dialogs und der politischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen und nordamerikanischen Mitgliedern der Allianz«.¹⁸⁷ Die enge und dauerhafte sicherheitspolitische Verankerung Europas mit den USA wird zweifelsohne zur

außenpolitischen Agenda einer jeden slowakischen Regierung gehören.

Die Ratifizierung des Verfassungsvertrags verläuft in der Slowakei stockend. Im Parlament wurde das Dokument mit klarer Mehrheit angenommen. Trotz Vorbehalten aus den Reihen der KDH (fehlender Gottesbezug in der Präambel, angeblicher Souveränitätstransfer) waren weder die christdemokratischen Verfassungsgegner noch die europakritischen Kommunisten in der Lage, das Vertragswerk im Slowakischen Nationalrat zu verhindern. Das Dokument erhielt daher am 9. Mai mit 127 Ja- gegen 27 Nein-Stimmen ohne Probleme die nötige Zustimmung (Drei-Fünftel-Mehrheit) der Legislative. Das slowakische Verfassungsgericht hob den Parlamentsbeschluss allerdings bis zur Prüfung einer Beschwerde slowakischer Bürger auf, die auf ein Referendum pochen. Bis zur Entscheidung des Gerichts sind dem Staatspräsidenten daher die Hände gebunden.¹⁸⁸

Das klare Bekenntnis zur Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten ist ein weiterer Pfeiler der slowakischen Außenpolitik. Nach eigenem Bekunden will Bratislava in diesem Viererrahmen vor allem den Schengen-Beitrittsprozess koordinieren sowie auf eine Intensivierung der Nachbarschaftspolitik und den Ausbau der regionalen Kooperation hinarbeiten.¹⁸⁹ Premier Dzurinda hat sich bei alledem aber gegen eine Vertiefung der Visegrád-Zusammenarbeit im Sinne einer regionalen Blockbildung ausgesprochen.¹⁹⁰ Ein gewisser Schwachpunkt sind in diesem Zusammenhang wiederkehrende Dissonanzen in den slowakisch-ungarischen Beziehungen. Hatte bereits das sogenannte Statusgesetz (in dem die Republik Ungarn Auslandsungarn in Nachbarländern bestimmte Vergünstigungen zusicherte) in den letzten Jahren zu Spannungen geführt, so stieß die nach dem Scheitern des ungarischen Referendums über die doppelte Staatsbürgerschaft von Budapest angestoßene Diskussion über Autonomie für die ungarischen Minderheiten bei slowakischen Politikern erst recht auf Ab-

182 Im Kern ging es darum, das an den Fall Gotovina (nicht erfolgte Auslieferung eines mutmaßlichen Kriegsverbrechers) geknüpfte vorläufige Nein der Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen im Lichte der Bemühungen Zagrebs, den Verbleib des früheren Generals aufzuklären, neu zu prüfen.

183 »Dzurinda chce pomoci Chorvatsku do EU« [Dzurinda will Kroatien (bei der Aufnahme) in die EU helfen], in: *Hospodárské noviny*, 13.10.2005, <ihned.cz//1-10073040-17012950-000000_d-87>.

184 Elemír Nečej, »Bezpečnostná stratégia Slovenskej republiky po vstupe do Nato a EÚ« [Die Sicherheitsstrategie der Slowakischen Republik nach dem Beitritt zu Nato und EU], in: *Medzinárodné otázky*, 13 (2004) 3, S. 3–33; *Bezpečnostná stratégia SR* [Sicherheitsstrategie der Slowakischen Republik], 27.9.2005, <www.mosr.sk/dokumenty/bezp_strategia_2005.pdf>.

185 Matúš Korba, »Európska bezpečnostná a obranná politika a jej limity« [Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihre Grenzen], in: *Medzinárodné otázky*, 13 (2004) 3, 2004, S. 34–67.

186 *Strednodobá stratégia zahraničnej politiky Slovenskej republiky do r. 2015* [Mittelfristige außenpolitische Strategie der Slowakischen Republik bis zum Jahr 2015], 29.9.2004, <www.foreign.gov.sk/files/strategia_zp_sr_do_2015.pdf>.

187 *Bezpečnostná stratégia SR* [wie Fn. 184].

188 Mitte Januar 2006 wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

189 *Zameranie Zahraničnej Politiky SR na rok 2006* [Zielsetzung der Außenpolitik der SR für das Jahr 2006], <www.rokovania.sk/appl/material.nsf/0/59F77A3BC22AAF46C12570D5003E6B77/\$FILE/Zdroj.html>.

190 »Dzurinda: V4 by nemala v EÚ pôsobiť ako lobistické zoskupenie« [Dzurinda: Die Visegrád-Gruppe sollte in der EU nicht als Lobby-Gruppe fungieren], in: *SME Online*, 1.1.2006.

lehnung.¹⁹¹ Die »Beneš-Dekrete« stellen eine weitere Belastung dar. Im Frühjahr 2005 sagte die slowakische Seite ein Treffen zwischen den Regierungschefs ab, weil ein ungarischer Außenstaatssekretär erklärt hatte, die Dekrete seien zwischen beiden Ländern politisch noch nicht abgeschlossen. Unverständnis löste in der Slowakei insbesondere die Forderung nach moralischer oder finanzieller Entschädigung aus, die anlässlich des 60. Jahrestags der Bekanntgabe des Kaschauer Regierungsprogramms (auf dessen Grundlage es zu Vertreibungen slowakischer Ungarn kam) am 5. April 2005 von Vertretern der ungarischen Minderheit in Anwesenheit offizieller Vertreter Budapests in der Stadt Komárno/Komárom unterzeichnet wurde.¹⁹²

Wirtschaft

Die Slowakei kann eine beeindruckende Bilanz der wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung vorlegen. Laut Finanzminister Mikloško hat das Land 2004 ein »Superreformjahr« absolviert. Nach fiskalischer Dezentralisierung, Gesundheitsreform und der Einführung eines linearen Einkommensteuersatzes (der wie die Mehrwert- und Unternehmenssteuer 19 Prozent beträgt) konzentrierte sich die Regierung 2005 auf das letzte große Reformvorhaben: die Bildungsreform. Hier scheiterte sie aber mit der Einführung von Studiengebühren am Parlament. Ansonsten, so die wohl auch bis zu den Wahlen 2006 geltende Linie, geht es vor allem darum, die bisherigen Reform- und Liberalisierungsschritte zu verteidigen und abzusichern.¹⁹³

Dank des anhaltenden Wirtschaftswachstums, das 2005 wahrscheinlich wieder 5 Prozent erreicht hat und sich in den nächsten Jahren voraussichtlich auf diesem Niveau fortsetzen wird, und der Struktur-reformen lässt sich das Haushaltsdefizit (2004 lag es

bei 3 Prozent) womöglich dauerhaft begrenzen.¹⁹⁴ Da überdies die Inflation auch nach Ansicht der meisten Analysten ihr Zwischenhoch von 2004 (damals lag die Teuerung bei etwa 8 Prozent) überwunden hat, dürften die Erfüllung der Maastricht-Kriterien in zwei bis drei Jahren möglich und die angestrebte Euro-Einführung im Jahr 2009 realistisch sein. Unverkennbar ist, dass das »Autoland« Slowakei in zunehmendem Maße vom Fahrzeugbau abhängig ist. Wenn in drei Jahren neben Volkswagen auch die Investoren Peugeot-Citroën und Kia produktionsbereit sein werden, sollen unter der Tatra jährlich 900 000 Autos hergestellt werden. Daneben gewinnen Investitionsvorhaben in der Zulieferindustrie für den Automobilbau immer mehr an Bedeutung.¹⁹⁵

191 Premier Dzurinda schloss einen Autonomiestatus für die ungarische Minderheit aus, »Dzurinda: Autonómia na Slovensku je vylúčená« [Dzurinda: Autonomie ist in der Slowakei ausgeschlossen], in: *Národná obroda*, 18.1.2005.

192 »A Kassai Kormányprogram kihirdetésének 60. évfordulóján, Nemzeti emléknap« [Am 60. Jahrestag der Verkündung des Kaschauer Regierungsprogramms, Nationaler Gedenktag], in: *Szabad Újság*, 6.–13.4.2005.

193 »Mikloš podľa Euromoney najlepším ministrom financií« [Gemäß Euromoney ist Mikloš der beste Finanzminister], Nachrichtenagentur SITA, 3.10.2004.

194 Vgl. F.A.Z.-Institut, *Länderanalyse Slowakei*, Mai 2005; Hans Holzhacker, »Slowakei. Euroeinführung 2009«, in: *CEE-Report* (Wien: Bank Austria Creditanstalt), (2005) 3, S. 14/15.

195 Hans Holzhacker, »Slowakei. Im Takt der vier Räder«, in: *CEE-Report* (Wien: Bank Austria Creditanstalt), (2005) 1, S. 12/13.

Ungarn

Innenpolitik

Die politische Szene in Ungarn ist durch die Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien, den regierenden Sozialisten (MSZP) und den oppositionellen Jungdemokraten (FIDESZ-Ungarischer Bürgerbund), gekennzeichnet. Das wird auf absehbare Zeit auch so bleiben.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament hatten die Sozialisten eine Schlappe einstecken müssen. Im Anschluss daran kam es in Regierung, Parteiführung und Basis zu heftigen Turbulenzen, die zum Abgang von Ministerpräsident Medgyessy und zur Entmachtung der alten Garde der MSZP führte, die sich um den abgetretenen Parteivorsitzenden Kovács gruppiert hatte. Im Kampf um Medgyessys Nachfolge setzte sich der 43-jährige Multimillionär Ferenc Gyurcsány durch, der sich durch seine Vorschläge zur programmatischen Neuausrichtung der MSZP einen Ruf als Vordenker und Parteistrategie erworben hatte. Die Sympathien der Parteibasis dürfte ihm aber weniger sein Bekenntnis zum Blairschen Modell und einem Dritten Weg sozialdemokratischer Politik¹⁹⁶ als vielmehr sein gewandtes und offensives Auftreten gesichert haben; die Basis setzte ihn denn auch gegen den Willen des Parteiestablishments durch. Für das Parteivolk war Gyurcsány der einzige Hoffnungsträger in der Auseinandersetzung mit dem in den Umfragen führenden FIDESZ und dessen Vorsitzenden Viktor Orbán. Den Wunsch nach einem Neuanfang bestätigte die MSZP auf ihrem Parteitag vom 16. und 17. Oktober 2004 mit der Wahl des 40-jährigen István Hiller, einem Verbündeten Gyurcsánys, zum neuen MSZP-Vorsitzenden. Obschon die alten Seilschaften nicht gänzlich ausgebootet wurden und Gyurcsánys Behauptung, die Transformation der ungarischen Linken sei nun definitiv beendet,¹⁹⁷ angezweifelt werden darf, ist die MSZP die erste exkommunistische Gruppierung in Ostmitteleuropa, die einen substantiellen Generationswechsel in Gang gesetzt hat.

¹⁹⁶ Vgl. Gyurcsány, »Merjünk baloldalinak lenni!« [wie Fn. 5].

¹⁹⁷ »Hiller István az MSZP elnöke, Szekeres választották elnökhelyettesnek« [István Hiller Vorsitzender der MSZP, Szekeres zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt], in: *Népszabadság Online*, 16.10.2004.

Der Führungswechsel in Regierung und MSZP-Spitze blieb nicht ohne Wirkung. Gyurcsánys Versuch, den selbstbewussten FIDESZ mit neuen Themen in die Defensive zu drängen, fruchtete zunächst. Zumindest holte die MSZP in den Umfragen Ende 2004 wieder auf. Einen wichtigen »Punktsieg« errang die Regierung, als das vom FIDESZ unterstützte Referendum über die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft für Auslandsungarn an der geringen Wahlbeteiligung scheiterte. In der Folgezeit ging die Zustimmung jedoch wieder zurück. Fehlschläge, wie die aus Sicht der MSZP ungeschickt vorbereiteten und umgesetzten Präsidentschaftswahlen, bei denen das ungarische Parlament den von der Opposition lancierten László Sólyom zum Staatsoberhaupt wählte, während die Kandidatin der Sozialisten durch den MSZP-Regierungspartner SZDSZ (Bund Freier Demokraten) verhindert wurde, ließen zudem die Koalition in einem ungünstigen Licht erscheinen. Mit einem Anfang Mai 2005 vorgelegten »Programm der hundert Schritte« zur Revitalisierung des Arbeitsmarkts und zur Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme ging Gyurcsány erneut in die Offensive. Außerdem soll eine umfassende Steuerreform (für den Zeitraum 2006–2010) die Wirtschaft ankurbeln und den Bürgern mehr Geld bringen.

Der FIDESZ tat sich mit dem Führungswechsel in der MSZP anfangs schwer. Erst im Spätherbst 2004 ergriff er wieder die Initiative. Die Partei setzte dabei stark auf die nationale Karte, wie ihr Engagement zugunsten der doppelten Staatsbürgerschaft und des Referendums am 5. Dezember zeigte. Bis zu den Wahlen setzt der FIDESZ strategisch auf eine Kombination aus »patriotischen« Themen, antikommunistischer Rhetorik (indem beispielsweise auf die Biographie des postsozialistischen Unternehmers Gyurcsány angespielt oder die Politik gegenüber den Auslandsungarn angeprangert wird) und Kritik an der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung. Gleichzeitig wird die Partei versuchen, ihre Vormachtstellung innerhalb der ungarischen Rechten weiter auszubauen: Der letzte noch verbliebene Konkurrent des FIDESZ, das Ungarische Demokratische Forum, hat trotz Profilierung als moderate Partei der rechten Mitte nur geringe Chancen, aus eigener Kraft ins

Parlament einzuziehen, und könnte mittelfristig ganz von der politischen Bildfläche verschwinden.

Da auch die liberalen Freien Demokraten schwächeln, könnten die im April 2006 anstehenden Parlamentswahlen den Übergang zu einem Zweiparteiensystem markieren. Wer am Ende vorne liegen wird, ist weitgehend offen. Ein Sieg des FIDESZ würde eine stärkere Betonung des Themas »Auslandsungarn«, möglicherweise aber auch einen moderat etatistischen Kurs in der Wirtschaftspolitik bedeuten. Die Sozialisten hingegen würden versuchen, einen sozialliberalen Modernisierungskurs umzusetzen, wie er Premier Gyurcsány vorschwebt. Nach anfänglichem innerparteilichem Widerstand könnten sie – ähnlich wie Mitte der neunziger Jahre mit dem damaligen Finanzminister Bokros – ein neues Konsolidierungspaket schnüren, ein Schritt, um den angesichts des desolaten Staatshaushalts auch eine FIDESZ-Regierung nicht herumkommen wird.

Außenpolitik

Die drei Grundziele der ungarischen Außenpolitik seit 1989 – euroatlantische Integration, Verantwortung für die ungarischen Minderheiten im Ausland und gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten – bleiben auch nach dem EU-Beitritt, allerdings in gewandeltem internationalen Kontext, für alle ungarischen Regierungen maßgeblich. Die Unionsmitgliedschaft Ungarns und die bereits vollzogene, anstehende bzw. mögliche Aufnahme der meisten seiner Nachbarn (Slowakei, Slowenien 2004; Rumänien 2007 oder 2008; Kroatien vor Verhandlungsbeginn; Serbien-Montenegro mit langfristiger Beitrittsperspektive) eröffnen dem Land die Chance, seinem langfristigen Ziel näher zu kommen, nämlich »die Mutterlands- und Auslandsungarn im Rahmen der EU zu vereinigen«.¹⁹⁸

Minderheitenpolitik und die Beziehungen zu den Nachbarn werden von den politischen Lagern unterschiedlich gewichtet. Die Parteien der Rechten setzen stärker auf die (wie auch immer verstandene) Fürsorge für die Auslandsungarn, während die Linke mehr auf die bilateralen Beziehungen achtet und die Ungarnpolitik außerdem in den Zusammenhang innenpolitischer Überlegungen stellt. Dies bedeutet auch, dass Regierungswechsel in Budapest in dieser Frage nicht

198 »Ungarn will Balkan-Politik mitbestimmen«, Interview mit dem ungarischen Außenminister Ferenc Somogyi«, in: *Die Presse*, 22.12.2004.

ohne Folgen bleiben, vor allem was das Verhältnis zu den Nachbarstaaten mit großen ungarischen Minderheiten angeht.

Die Diskussionen aus Anlass des Referendums über die doppelte Staatsbürgerschaft für Auslandsungarn sind exemplarisch für den Konflikt. Die Sozialisten und die Liberalen forderten dazu auf, das vom FIDESZ, dem ungarischen Weltverband und den politischen Organisationen der Ungarn in den Nachbarstaaten unterstützte Vorhaben abzulehnen. Man fürchtete nicht nur die Belastung der Sozialsysteme (die Regierung rechnete bei Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft mit einer Zuwanderung von bis zu 800 000 Menschen) und die Entvölkerung der ungarischen Siedlungsgebiete in den Anrainerstaaten, sondern auch Beeinträchtigungen im Verhältnis zu den Nachbarländern.¹⁹⁹ Diese hatten in der Tat signalisiert, dass sie die Ausgabe ungarischer Pässe an ihre Staatsbürger nicht stillschweigend hinnehmen würden. Der rumänische Außenminister etwa schickte seinem ungarischen Amtskollegen unmittelbar vor dem Referendum einen Brief, in dem er ankündigte, sich an europäische Institutionen zu wenden, sollte die Entscheidung für die Doppelstaatsbürgerschaft ausfallen. Rumänien (das selbst durch eine liberale Vergabepraxis Zehntausenden von Moldawiern die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht hat) werde die Vergabe der Staatsbürgerschaft an Ungarn, die in Rumänien leben, nur dann akzeptieren, wenn diese ihren rumänischen Pass abgäben.²⁰⁰

Der FIDESZ und andere Referendumsbefürworter rückten hingegen die Chancen für die Auslandsungarn in den Vordergrund, die ansonsten (vor allem in der Ukraine und in Serbien) von den negativen Folgen der EU-Mitgliedschaft Ungarns (etwa bei der Reisefreiheit) hart getroffen würden. Aus Sicht auslandsungarischer Funktionäre hätte die doppelte Staatsbürgerschaft die Möglichkeit eröffnet, »nach der Berliner Mauer auch die von Trianon niederzureißen«.²⁰¹ Dennoch stellte der FIDESZ-Vorsitzende Orbán un-

199 Zu den Argumenten der Befürworter und Gegner siehe »A kettős állampolgárságot támogatók/ellenzők válasza[i]« [Antworten der Befürworter und Gegner der doppelten Staatsbürgerschaft], in: *Népszabadság Online*, 3.12.2004.

200 »Vagy magyar, vagy román?« [Entweder ungarisch oder rumänisch], in: ebd., 1.12.2004; »Geoana-levél: jobbról és balról« [Brief des Außenministers Geoana: von rechts und von links], in: ebd., 2.12.2004.

201 So der Vorsitzende des Verbands der Vojvodina-Ungarn, József Kasza, siehe »Az MKP alelnöke Velemben tartott előadást« [Der stellvertretende Vorsitzende der MKP hielt in Velem einen Vortrag], in: ebd., 22.11.2004.

mittelbar vor der Volksabstimmung klar, dass die Doppelstaatsbürgerschaft das Problem der Auslandsungarn noch nicht lösen werde; dazu müssten auch das sogenannte Statusgesetz (das ethnischen Ungarn materielle Unterstützung an ihrem Wohnort sowie einige Privilegien in Ungarn gewährt) und die Forderung nach dem Recht auf Autonomie auf die politische Agenda gesetzt werden.²⁰²

Nach dem Scheitern der Volksabstimmung unternahm die Regierung Gyurcsány – nicht zuletzt, um das zerrüttete Verhältnis zu den auslandsungarischen Gemeinschaften wieder zu verbessern – einen neuen Anlauf in der Ungarnpolitik, wobei sie sich sogar einige Forderungen des FIDESZ zu eigen machte. Anfang Januar 2005 präsentierte Gyurcsány die Eckpunkte seiner »Politik der nationalen Verantwortung«. Diese als Alternative zur doppelten Staatsbürgerschaft gedachte minderheitenpolitische Konzeption umfasst fünf Vorschläge: die Ausarbeitung eines »Heimatprogramms«, das die Angehörigen ungarischer Minderheiten vor allem durch wirtschaftliche Anreize dazu bewegen soll, in ihren Heimatländern zu bleiben, die Einführung eines nationalen Visums (dieses wurde Anfang 2006 eingeführt), die Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens, die Unterstützung von Autonomiebestrebungen und die Schaffung eines neuen juristischen Status, der Auslandsungarn bestimmte Rechte in der Republik Ungarn sichern würde.²⁰³ Einige dieser Vorschläge der Budapester Regierung, dürften, so sie Wirklichkeit werden, neue Dissonanzen im Verhältnis zu einigen Nachbarn nach sich ziehen. Die Beziehungen zur Slowakei sind bereits getrübt: Der slowakische Außenminister hat Budapest angeblich dazu aufgerufen, von einseitigen Schritten in der Minderheitenpolitik Abstand zu nehmen.

Da der FIDESZ eine offensivere Ungarn-Politik verfolgt als die sozialistisch-liberale Regierungskoalition, wären nach einem Regierungswechsel 2006 also neue Kontroversen mit einigen Nachbarstaaten durchaus wahrscheinlich – zumal wenn dort (was nicht auszuschließen ist) ebenfalls stärker national orientierte Kräfte ans Ruder kommen. Klarere Autonomieforderungen etwa könnten für eine Abkühlung der

bilateralen Beziehungen sorgen. Diese hatten erst im Oktober 2005 einen positiven Impuls durch eine gemeinsame Kabinettsitzung der ungarischen und der rumänischen Regierung erhalten, auf der 15 Vereinbarungen unterzeichnet wurden,²⁰⁴ unter anderem über die Einrichtung neuer konsularischer Vertretungen sowie über rumänische Unterstützung für eine ungarische Privatuniversität in Rumänien. Bei einer Fortdauer bzw. einem Wiederaufleben der von ungarischer Seite insinuierten Übergriffe gegen Angehörige der ungarischen Minderheit in der serbischen Provinz Vojvodina würde eine FIDESZ-Regierung eventuell eine härtere Gangart einschlagen als die Sozialisten, deren diesbezügliche Eingaben in Brüssel und Belgrad auch nicht gerade zimperlich waren.

Abgesehen von diesen (nicht unbedeutenden) Ausschlägen in Sachen Auslandsungarn und bilaterale Beziehungen zu den Nachbarstaaten wird Ungarns Außenpolitik als EU-Mitglied unabhängig von innenpolitischen Kurswechseln weitgehend unbeirrt den bisherigen Maßgaben folgen: euroatlantische Schaukelpolitik (Loyalität gegenüber Amerika, ohne in Gegensatz zu Frankreich und Deutschland zu geraten); zügiger Eintritt in die Schengen-Zone; gemächliches Tempo bei der Euro-Einführung; Orientierung am Kernbereich der europäischen Integration, um ein Abdriften in periphere Zonen zu verhindern; verbales Ja zur Visegrád-Kooperation, aber keine mitteleuropäische Solidarität zu Lasten eigener Interessen; Profilierung als »Balkanexperte«²⁰⁵ in der EU und Partner bei der Stabilisierung Ost- und vor allem Südosteuropas (etwa im Rahmen des »Szeged-Prozesses« mit Blick auf den Westbalkan oder der »Nyíregyháza-Initiative«, die der Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Ukraine

202 »Orbán: több vasat a tűzbe« [Orbán: mehrere Eisen im Feuer], in: ebd., 3.9.2004.

203 »Gyurcsány Ferenc miniszterelnök levele a Magyar Állandó Értekezlet tagjaihoz« [Brief des Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány an die Mitglieder der Ständigen Ungarischen Konferenz], 6.1.2005, <www.htmh.hu/?menuid=18&news091_id=1690>.

204 »A közös magyar-román kormányülésen aláírt 15 dokumentum« [Die auf der gemeinsamen ungarisch-rumänischen Regierungssitzung unterschriebenen 15 Dokumente], in: *Népszabadság Online*, 21.10.2005.

205 »Gyurcsány: adócsökkentés minisztériumi elvonással« [Gyurcsány: Steuererleichterungen auf Kosten der Ministerien], in: *Népszabadság*, 14.7.2005.

dient) bei gleichzeitigen Reserven, die damit verbundenen Ankündigungen umzusetzen.²⁰⁶

Wirtschaft

Ungarns Wirtschaft wächst stetig, kränkelt aber.²⁰⁷ Das Wachstum lag 2004 über der 4-Prozent-Marke, dürfte 2005 jedoch nur etwa 3,7 Prozent erreicht haben. Das von Ministerpräsident Gyurcsány ausgegebene Zieldatum 2010 für die Euro-Einführung scheint gegenwärtig wenig realistisch. Nachdem das europäische Statistikamt Eurostat das ungarische Haushaltsdefizit für 2004 nach oben korrigieren musste, sah sich Budapest Betrugsvorwürfen bei der Ermittlung seiner budgetären Kennzahlen und massiver Kritik für seine Haushaltspolitik ausgesetzt. Dem Land wurden finanzielle Sanktionen angedroht.²⁰⁸ In Anbetracht haushaltspolitischer Unwägbarkeiten aufgrund der Parlamentswahlen 2006 könnte sich die Rückführung des Defizits verzögern. Die avisierten Entlastungen im Rahmen der von Gyurcsány geplanten Steuerreform sind dabei eine zusätzliche Herausforderung.

206 Einige dieser Punkte sowie das Ziel, auch die Kooperation mit »solch bedeutenden Faktoren der internationalen Politik wie Russland, China, Japan und Indien« zu intensivieren, sind auch in der Regierungserklärung des Kabinetts Gyurcsány genannt, *Lendületben az ország! A Köztársaság kormányának programja a szabad és igazságos Magyarorszáért. 2004–2006* [Das Land in Schwung halten! Regierungsprogramm für ein freies und gerechtes Ungarn. 2004–2006], Budapest, September 2004, <http://misc.meh.hu/binary/5987_program2004_2006.pdf>.

207 Vgl. Walter Pudschedl, »Ungarn. Euroeinführung 2010 wackelt beträchtlich«, in: *CEE-Report* (Wien: Bank Austria Creditanstalt), (2005) 4, S. 22/23.

208 »Ungarn schummelt bei Defizitmeldung«, in: *Financial Times Deutschland*, 12.10.2005.

Slowenien

Innenpolitik

In Slowenien vollzog sich nach dem EU-Beitritt erstmals seit der Erlangung der Unabhängigkeit eine echte politische Wende. Aus den Parlamentswahlen vom 3. Oktober 2004 ging die Slowenische Demokratische Partei (SDS) als Siegerin hervor, die zusammen mit anderen konservativen Gruppierungen, der christdemokratischen Formation Neues Slowenien (NSi) und der bäuerlichen Volkspartei (SLS), eine Regierung der rechten Mitte bildete. Aus arithmetischen Gründen wurde auch die eher linksorientierte Rentnerpartei DeSUS in das Regierungsbündnis aufgenommen, das damit über 49 der 90 Sitze im Parlament von Ljubljana verfügt (siehe Tabelle A-3, S. 66).

Der Machtwechsel wurde möglich, weil der bisherige Premierminister Rop seiner durch Dauerregieren verschlissenen Liberaldemokratie (LDS) keine neuen Impulse verleihen konnte. Gegenüber dem offensiv auftretenden SDS-Vorsitzenden Janez Janša verblasste Rop. Schon bei den Europawahlen hatten Rops Linksliberale 14 Prozentpunkte eingebüßt, während die oppositionellen Christdemokraten, beflügelt durch den europaweit profilierten Ex-Premier Lojze Peterle, die Wahlen für sich entscheiden konnten.²⁰⁹

Janša, von vielen seiner politischen Gegner als polternder Populist geschmäht, agiert in Regierungsverantwortung mit Augenmaß. Gegenüber den Parteien der (exkommunistischen) Linken und den Sozialliberalen fuhr Janša nach den Wahlen keinen Konfrontationskurs, sondern sondierte sogar die Möglichkeiten von Kooperation oder Tolerierung.

Diese Offenheit im Verhältnis zu anderen Parteien ist wichtig, da die Koalition der drei konservativen Parteien mit der DeSUS (»3+1«-Bündnis) leicht auseinander brechen kann. Die »Rolle des Staates in der slowenischen Wirtschaft zu reduzieren« und eine

»transparente Privatisierung« herbeizuführen,²¹⁰ wird schwer genug sein; bei der angestrebten Reform der sozialen Sicherung, insbesondere beim Rentensystem, hat sich gezeigt, dass auch handfeste koalitionsinterne Konflikte, etwa mit der DeSUS, möglich sind. Insgesamt hatte die Regierung Janša einen guten Start. Durch innere Auseinandersetzungen und den Druck der öffentlichen Meinung verlor sie jedoch an Fahrt, was sich auch in den Meinungsumfragen niederschlug. Im Herbst 2005 erreichte ihre Beliebtheit einen Tiefstand.²¹¹ Janšas SDS ist zwar weiterhin die populärste Partei, büßte aber zwischen Mai und September 2005 zehn Prozentpunkte ein. Schwierigkeiten könnten der Partei auch Janšas Steuerpläne bereiten – die vom Regierungschef angestrebten einheitlichen Steuersätze treffen selbst bei den Koalitionspartnern nicht auf Beifall, vor allem kommen sie in der mehrheitlich sozialstaatlich orientierten Bevölkerung nicht besonders gut an. Als die Regierung Janša die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes, die Privatisierung von Staatsbetrieben und beträchtliche Kürzungen im Sozialbereich in Aussicht stellte, erlebte Slowenien Ende November 2005 die größte Protestaktion seit Anfang der neunziger Jahre. Sollte Janša in der Tat einen marktwirtschaftlichen Schwenk vollziehen, vom »gradualistischen« slowenischen Ansatz abrücken und sich – wie er dies nach einer Baltikumreise kundtat – am estnischen Modell ausrichten,²¹² dürfte die Popularität der SDS weiter sinken.

Demgegenüber scheint sich der Erzrivale der Demokraten, die liberale LDS, von ihrem Wahlschock zu erholen. Zumindest demoskopisch hat die Partei sich stabilisiert. Obwohl eine von der LDS (und den Sozial-

²¹⁰ Vgl. *Pred nami so priložnosti, kakršnih doslej še nikoli nismo imeli! Govor Janeza Janše, kandidata za predsednika Vlade Republike Slovenije na 1. izredni seji DZ* [Auf uns warten Gelegenheiten, die wir bis jetzt nie hatten! Rede von Janez Janša, Kandidat zum Ministerpräsidenten der Republik Slowenien, auf der ersten außerordentlichen Sitzung des Parlaments], 9.11.2004, <www.sds.si>.

²¹¹ Center za raziskovanje javnega mnenja [Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung], *Politbarometer 11/2005*, Ljubljana, November 2005, <www.uvi.si/sloj/javno-mnenje/pdf/november-2005.pdf>.

²¹² »When Small Is Beautifully Successful«, in: *The Economist*, 13.10.2005.

²⁰⁹ Vgl. zu den Wahlen zum Europäischen Parlament: Alenka Krašovec/Simona Kustec-Lipicer/Damjan Lajh, »The European Parliament Election in Slovenia, June 13, 2004«, in: *European Parliament Election Briefing*, Nr. 18 (European Parties Elections and Referendums Network), <www.sussex.ac.uk/sei/documents/epnep2004slovenia.pdf>.

Tabelle A-3
Ergebnis der slowenischen Parlamentswahlen vom 3. Oktober 2004

Partei	Stimmenanteil (in %)	Mandate (insgesamt 90)	Stimmenanteil 2000 (in %)
Slowenische Demokratische Partei (SDS)	29,08	29	15,8
Liberale Demokratie Sloweniens (LDS)	22,80	23	36,3
Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (ZLSD) (seit April 2005 Sozialdemokraten, SD)	10,17	10	12,1
Neues Slowenien (NSi)	9,09	9	8,7
Slowenische Volkspartei (SLS)	6,82	7	9,1
Slowenische Nationalpartei (SNS)	6,27	6	4,4
Demokratische Partei der Rentner Sloweniens (DeSUS)	4,04	4	5,2
Nationale Minderheiten		2	

Quelle: <<http://volitve.gov.si/dz2004/>>.

demokraten) initiierte Volksabstimmung über ein neues Radio- und Fernsehgesetz im September 2005 knapp scheiterte, ist dies nicht als schwerer Rückschlag zu werten. Vielleicht gelingt es den Liberalen, ihre Positionen unter der Führung ihres neuen Parteichefs Jelko Kacin weiter auszubauen. Bei künftigen Regierungsbildungen werden voraussichtlich die reformierten und zentristischer gewordenen Sozialdemokraten des Pragmatikers Borut Pahor eine wichtige Rolle spielen. Sie sind als Koalitionspartner für die SDS und die LDS durchaus denkbar.

Außenpolitik

Sloweniens Handlungsweise in der EU wird sich voraussichtlich an zwei Leitlinien orientieren. Zum einen möchte das Land möglichst rasch wirtschaftlich aufholen – da Slowenien die höchste BIP-Konvergenz unter den Beitrittsländern aus Ostmitteleuropa aufweist, ist dies kein unrealistisches Vorhaben. Bereits das Kabinett Rop wollte innerhalb eines Jahrzehnts das durchschnittliche BIP der EU-15 erreichen.²¹³ Die derzeitige Regierung strebt bis Ende der neuen Legislaturperiode die Annäherung an die wesentlichen Ziele der Lissabon-Strategie an, auf deren Grundlage eine nationale Strategie zur Wirtschaftsentwicklung ausgearbeitet werden soll.²¹⁴ Avisiert wird deswegen

213 2007 wird Slowenien vermutlich aus der Ziel-1-Förderung der EU herausfallen, weshalb das Land statistisch in zwei Regionen untergliedert werden soll, damit zumindest die weniger wohlhabende Einheit in den Genuss entsprechender Mittel aus Brüssel kommt.

214 *Koalicijska Pogodba o Sodelovanju v Vladi Republike Slovenije za*

ein jährliches Wirtschaftswachstum, das drei Prozentpunkte über dem Wachstum der »alten« Mitgliedstaaten liegt.²¹⁵ Dem Wunsch, möglichst rasch zu den Altmitgliedern aufzuschließen, entspricht auch der zügige Marsch Richtung Euro-Zone – Slowenien schloss sich im Sommer 2004 dem Europäischen Wechselkursmechanismus II an und könnte, eine konsequente Inflationsbekämpfung vorausgesetzt, Anfang 2007 den Tolar durch den Euro ersetzen.

Zum anderen möchte Slowenien zu einem dynamischen Zentrum mitteleuropäischer Kooperation werden. Verkehrsprojekte beispielsweise sollen nunmehr auch aus europäischer Perspektive betrachtet werden, verlaufen doch wichtige europäische Verkehrs- und Infrastrukturverbindungen durch das Land.²¹⁶ Die Regierung Janša drängt daher darauf, den bislang schleppenden Ausbau der europäischen Transportkorridore, die das Land in west-östlicher und nord-südlicher Richtung kreuzen (Korridore Nr. V und X), schneller voranzubringen.²¹⁷ Aufgeschlossener als die Vorgängerregierung ist die neue Koalition außerdem gegenüber der Idee, eine gemeinsame Euroregion mit Österreich (Kärnten), Italien (Friaul-Julisch Venetien, Veneto) und Kroatien (Istrien) zu gründen – möglichst

mandat 2004–2008 [Vereinbarung über eine Koalitionsregierung der Republik Slowenien für die Legislaturperiode 2004–2008], Ljubljana, 23.11.2004, <www.nsi.si/nsi/dokument/KP.pdf>.

215 Ebd.

216 Diese Aussage stammt noch vom letzten Außenminister der Regierung Rop, Ivo Vajgl, siehe »Nepopustljivo prijateljstvo?« [Unerschütterliche Freundschaft?] (Interview mit Außenminister Ivo Vajgl), in: *Mladina*, (23.8.2004) 34.

217 *Koalicijska Pogodba o Sodelovanju* [wie Fn. 214].

mit Ljubljana als »Hauptstadt« eines solchen Verbundes. Im Koalitionsvertrag der Regierung Janša wird überdies die Gründung eines (nicht näher spezifizierten) »Mitteleuropäischen Rats« (nach dem Muster des Nordic Council) angeregt.

Der Regierungswechsel von 2004 hat nicht zu einer Abwendung vom Westlichen Balkan geführt. Zwar lässt sich auf symbolischer Ebene eine stärkere Abgrenzung gegenüber dem postjugoslawischen Raum feststellen,²¹⁸ nach wie vor betrachtet Slowenien aber die Sicherheit und Stabilität auf dem Balkan als eine »Priorität der neuen slowenischen Außenpolitik«.²¹⁹ Ljubljana will daher bei der Heranführung der Länder des westlichen Balkans an die »euroatlantischen Zusammenschlüsse« behilflich sein und dazu beitragen, die Region »prominent auf der Agenda der internationalen Gemeinschaft« zu verankern.²²⁰ Auch für die Lösung der Kosovo-Problematik engagiert sich das Land. Ein von Staatspräsident Janez Drnovšek vorgelegter Plan zur Zukunft des Kosovo, der unter bestimmten Voraussetzungen die Selbstständigkeit der serbischen Provinz in fünf Jahren vorsieht, wurde allerdings vor allem von serbischer, aber auch alba-

nischer Seite kritisiert;²²¹ das slowenische Außenministerium monierte die angeblich fehlende Absprache.²²² Beobachter werten dies als Beleg für eine unzureichende Harmonisierung in der slowenischen Außenpolitik. Derlei Kohärenzprobleme müssen rasch überwunden werden, soll die EU-Ratspräsidentschaft dieses ersten der 2004 beigetretenen Mitgliedsländer in der ersten Jahreshälfte 2008 erfolgreich verlaufen. Der OSZE-Vorsitz, den das kleine Land im Jahr 2005 innehatte, kann jedenfalls angesichts gänzlich andersartiger Herausforderungen kaum wie von Außenminister Rupel als »gute Vorbereitung« auf die EU-Präsidentschaft verstanden werden.²²³

Obwohl in der jetzigen Regierungskoalition nicht nur Politiker aus der Volkspartei eine harte Haltung gegenüber Kroatien befürworten, verfolgt man insgesamt einen pragmatischen Kurs. Offiziell möchte man mit dem südlichen Nachbarn, mit dem es immer wieder Reibereien wegen ungelöster Grenzfragen gibt, zu einem »Neuanfang« finden. Die Regierung Janša hatte für das Verhältnis zu Zagreb das Motto einer »bedingten Unterstützung« des kroatischen EU-Beitritts angekündigt: Slowenien hat ein strategisches Interesse an der Unionsmitgliedschaft Kroatiens, wird diese aber nur dann unterstützen, wenn strittige Fragen einvernehmlich gelöst werden.²²⁴ In der Praxis gehört Slowenien aber ungeachtet bilateraler Probleme (Grenzprobleme; Verlust von Spareinlagen kroatischer Anleger bei der Ljubljanska Banka; jahrelanger Zwist um das Kernkraftwerk Krško) zu den eifrigsten Befürwortern der kroatischen EU-Mitgliedschaft und einer raschen Aufnahme von Verhandlungen. Um den strittigen Grenzfragen die Schärfe zu nehmen, fassten die Regierungen zunächst die Entwicklung von Mechanismen ins Auge, die Grenzzwischenfälle (wie etwa im Herbst 2004, als ein slowenischer Politiker, der sich auf heimischem Territorium wähnte, von kroatischen Grenzern verhaftet wurde) verhindern sollen, und setzten auf eine inter-

218 In den »Grundlagen der Slowenischen Außenpolitik« vom Oktober 2002 wurde neben der mitteleuropäischen Identität Sloweniens auch auf »mediterrane Traditionen« und die »Verbindung zu Südosteuropa« verwiesen. Blickt man demgegenüber auf das wichtigste außenpolitische Dokument der stärksten Regierungspartei SDS, so ist dort nur von einer »mitteleuropäischen und mediterranen Identität« die Rede, vgl. *Primerna Zunanja Politika. Temeljne Prvine Zunanje Politike Republike Slovenije ob Vključevanju v Evroatlantske Povezave* [Die angemessene Außenpolitik. Grundlagen der Außenpolitik Sloweniens bei der Integration in die euroatlantischen Strukturen], 10.10.2002, <www.sigov.si/mzz>, und Slovenska demokratska stranka (SDS), *Program Odbora za Mandatno Obdobje 2004–2008* [Programm des Ausschusses für die Mandatsperiode 2004–2008], 11.8.2004, <<http://svet.sds.si/?section=comments&news=150>>.

219 *Koalicijska Pogodba o Sodelovanju* [wie Fn. 214].

220 Vgl. *Nastop ministra za zunanje zadeve dr. Dimitrija Rupla na 11. posvetu slovenske diplomacije z naslovom Načela in Nekateri Aktualni Problemi Slovenske Zunanje Politike* [Rede des Außenministers Dr. Dimitrij Rupel auf der 11. Konferenz der slowenischen Diplomatie mit dem Titel: Grundlagen und einige aktuelle Probleme der slowenischen Außenpolitik], Brdo pri Kranju, 4.1.2005, <www.gov.si/mzz/govori/05010401.html>; *Uvodni govor dr. Dimitrija Rupla na konferenci »Jugovzhodna Evropa na poti v Evropsko unijo« na temo »Proces širitve – izkušnje, ki jih je treba deliti«* [Eröffnungsrede von Dr. Dimitrij Rupel auf der Konferenz »Das südöstliche Europa auf der Schwelle zur Europäischen Union« zum Thema: »Der Erweiterungsprozess – Erfahrungen, die man teilen sollte, Zagreb, 3.6.2005; <www.gov.si/mzz/govori/05060301.html>.

221 Vgl. »Koga vse bo pomiril Vajgl?« [Wen wird Vajgl wohl versöhnen?], in: *Delo*, 21.10.2002, <www.delo.si>.

222 »Kosovska bitka: Drnovšek proti Ruplu« [Kosovo-Schlacht: Drnovšek gegen Rupel], in: *Mladina*, 29.10.2005, <www.mladina.si>; *Pobude Predsednika republike* [Erklärung für die Öffentlichkeit des slowenischen Außenministeriums], 14.11.2005, <www.gov.si/mzz/>.

223 »Minister v težavah. Leto slovenskega predsedovanja ovsjeju in perspektive zunanje politike« [Minister in Schwierigkeiten. Das Jahr der slowenischen OSZE-Präsidentschaft und die Perspektiven der auswärtigen Politik], in: *Mladina*, 5.12.2005.

224 *Uvodni govor dr. Dimitrija Rupla* [wie Fn. 220].

nationale Arbitrage.²²⁵ Seit sich die EU-Beitrittsperspektive Kroatiens konkretisiert, scheint jedoch zumindest das slowenische Außenministerium Gespräche unter Aufsicht der EU zu bevorzugen und möchte die Zeit der kroatischen Beitrittsverhandlungen zur Lösung bilateraler Probleme nutzen.²²⁶

Als gewisse Neuerung fallen in der Rhetorik der Regierung Janša US-freundliche Akzente auf. Aufgrund der amerikaskzeptischen Bevölkerung und einer traditionell eher ausgewogenen europäisch-atlantischen Grundausrichtung Sloweniens bleibt es bislang bei der Rhetorik. Spekulationen, Janša erwäge, slowenische Soldaten in den Irak zu schicken, räumte der Premier schnell aus.

Wirtschaft

Sloweniens Konjunkturmotor brummt weiter, das Wirtschaftswachstum hat sich 2005 um 4 Prozent herum bewegt; für das Folgejahr gibt es eine ähnliche Prognose.²²⁷ Dank des stetigen Wachstums und einer soliden Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren (seit 2003 liegt das Budgetdefizit kaum über 2 Prozent des BIP) blieben übermäßige soziale Spannungen bislang aus. Der Widerstand gegen die von der Regierung angekündigte zusätzliche Stringenz in der Fiskalpolitik zeigt allerdings, dass sich dies rasch ändern kann. Die Inflationsrate, die für Slowenien, anders als für die meisten übrigen neuen Mitgliedsländer, in den letzten Jahren ein größeres Problem auf dem Weg zur Euro-Übernahme darstellte als das Haushaltsdefizit oder die Staatsverschuldung (die lediglich bei 30 Prozent des BIP liegt), konnte erfolgreich gesenkt werden (3,6 Prozent 2004, vermutlich 2,5 Prozent 2005).

²²⁵ *Delovno srečanje hrvaške ministrice za zunanje odnose in evropske integracije in slovenskega zunanjega ministra na Otočcu* [Arbeitstreffen zwischen der kroatischen Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration und dem slowenischen Außenminister in Otočac] (Erklärung des slowenischen Außenministeriums), 23.7.2005, <www.gov.si/mzz/novinarsko_sred/foto_arhi/slohr.html>.

²²⁶ »Solana ponuja pomoč« [Solana bietet Hilfe an], STA (Slovenska Tiskovna Agencija), 24.11.2005, »Pri pogovorih o meji s Hrvaško bo pomagala tudi EU« [Bei den Verhandlungen über die Grenze zu Kroatien wird auch die EU helfen], ebd., 14.12.2005; *Stališča o mejnem vprašanju med Slovenijo in Hrvaško* [Stellungnahme zur Grenzfrage zwischen Slowenien und Kroatien] (Erklärung des slowenischen Außenministeriums), 12.12.2005.

²²⁷ Vgl. Walter Pudschedl, »Slowenien. Starkes 2. Quartal«, in: *CEE-Report* (Wien: Bank Austria Creditanstalt), (2005) 4, S. 16/17.

Abkürzungen

ANO	Aliancia nového občana (Allianz des Neuen Bürgers; Slowakei)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CBOS	Centrum Badania Opinii Społecznej (Meinungsforschungsinstitut, Warschau)
CEPS	Centre for European Policy Studies (Brüssel)
CSIS	Center for Strategic and International Studies
ČSSD	Česká strana sociálně demokratická (Tschechische Sozialdemokratische Partei)
CVVM	Centrum pro výzkum veřejného mínění
DeSUS	Demokratična stranka upokojencev Slovenije (Demokratische Partei der Rentner Sloweniens)
e-PINE	Enhanced Partnership in Northern Europe
ERM	Exchange Rate Mechanism
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EWU	Europäische Währungsunion
FIDESZ	Fiatal Demokraták Szövetsége (Bund der Jungen Demokraten; Ungarn)
FIIA	The Finnish Institute of International Affairs (Helsinki)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
HZDS	Hnutie za demokratické Slovensko (Bewegung für eine demokratische Slowakei)
KDH	Kresťanskodemokratické hnutie (Christdemokratische Bewegung; Slowakei)
KDU-ČSL	Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová (Christdemokratische Volkspartei; Tschechien)
KFOR	Kosovo Force
KSCM	Komunistická strana Čech a Moravy (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens; Tschechien)
LD	Sojusz Lewicy Demokratycznej (Demokratische Linksallianz; Polen)
LDS	Liberalna Demokracija Slovenije (Liberaler Demokratie Sloweniens)
LPR	Liga Polskich Rodzin (Liga der polnischen Familien; Polen)
LN	Lidové noviny
MOEL	Mittelosteuropäische Länder
MSZP	Magyar Szocialista Pártia (Ungarische Sozialistische Partei)
Nato	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organization
NSi	Nova Slovenija (Neues Slowenien)
ODS	Občanská demokratická strana (Bürgerlich-Demokratische Partei; Tschechien)
PAP	Polska Agencja Prasowa S.A.
PD	Partia Demokratyczna (Demokratische Partei; Polen)
PiS	Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit; Polen)
PO	Platforma Obywatelska (Bürgerplattform; Polen)
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Bauernpartei; Polen)
SDKÚ	Slovenská demokratická a kresťanská únia (Slowakische Christliche und Demokratische Union; Slowakei)

SDPL	Socjaldemokracja Polska (Polnische Sozialdemokratie; Polen)
SDS	Slovenska demokratska stranka (Slowenische Demokratische Partei)
SIS	Schengen-Informationssystem
SLS	Slovenska Ljudska Stranka (Slowenische Volkspartei)
SMK	Strana maďarskej koalície (Partei der Ungarischen Koalition; Slowakei)
SNS	Slovenska Nacionalna Stranka (Slowenische Nationalpartei)
SZDSZ	Szabad Demokraták Szövetsége (Bund Freier Demokraten; Ungarn)
UP	Unia Pracy (Arbeitsunion; Polen)
US	Unie svobody (Freiheitsunion; Tschechien)
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WKM	Wechselkursmechanismus
WTO	World Trade Organization
ZLSD	Združena Lista socialnih demokratov (Vereinigte Liste der Sozialdemokraten; Slowenien)